



43. Sitzung

Mittwoch, 12. Oktober 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Detlef Ehlebracht, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung**

2891

**Gedankworte und Schweigeminu-
te** zum Tod von Senatorin Dr. Barba-
ra Kisseler am 7. Oktober 2016.

2891

Aktuelle Stunde

2891

GRÜNE Fraktion:

**Der beste Laser der Welt: XFEL
ist ein Leuchtturmprojekt für
Hamburgs Wissenschaft und
ein Quantensprung für Ge-
sundheit, Technik und Astro-
nomie**

Christiane Blömeke GRÜNE 2891
Dr. Sven Tode SPD 2892
Carsten Ovens CDU 2893
Martin Dolzer DIE LINKE 2894
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2895
Dr. Jörn Kruse AfD 2896
Katharina Fegebank, Zweite Bür-
germeisterin 2897

Fraktion DIE LINKE:

**Der Erbschaftsteuer-Kompro-
miss ist ein Erfolg der Lobby
der Vermögenden. Der Ham-
burger Senat darf dem nicht
zustimmen**

Norbert Hackbusch DIE LINKE 2898, 2905
Jan Quast SPD 2900, 2906
Thilo Kleibauer CDU 2900, 2908
Farid Müller GRÜNE 2901, 2907
Katja Suding FDP 2902, 2907
Andrea Oelschläger AfD 2904, 2909
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister 2904

FDP-Fraktion:

**Der Wirtschafts- und Logistik-
standort Hamburg wird von
Stau blockiert und Rot-Grün
schaut hilflos zu**

(Fortführung am 13.10.2016) mit

CDU-Fraktion:

**Staufstadt Hamburg – Bürger
und Wirtschaft leiden unter rot-
grüner Verkehrspolitik**

(Fortführung am 13.10.2016)

AfD-Fraktion:

"Mogelpackung für Hamburg": Senatsvertrag hilft Bürgern gegen Flüchtlings-Großsiedlungen wenig	Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 3.2 der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Nachbewilligung gemäß § 35 LHO für das Haushaltsjahr 2016 – Wachstum, Vielfalt und Spitzenforschung für die Hochschulen in Hamburg (Senatsantrag)	
(Fortführung am 13.10.2016)	– Drs 21/6177 –	2917
SPD-Fraktion:	Dr. Sven Tode SPD 2917, 2923 Carsten Ovens CDU 2918 Dr. Carola Timm GRÜNE 2919, 2924 Martin Dolzer DIE LINKE 2920, 2924 Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2921, 2924, 2925	2922
Gemeinsam für ein gesundes Hamburg: Gesundheitsprävention auf der Grundlage des "Pakts für Prävention" stärken	Andrea Oelschläger AfD	
(Fortführung am 13.10.2016)	Beschlüsse 2925	
Antrag der AfD-Fraktion:	Senatsmitteilung:	
Die Abschaffung der Ministererlaubnis im Fusionsverfahren. Das EDEKA-Tengelmann-Kaiser's-Drama liefert weitere Evidenz – Hamburg muss Wettbewerb schützen	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Mai 2015 "StadtrAD-Stationen ausbauen – Bezirke bei der Standortsuche beteiligen", Drucksache 21/448	2925
– Drs 21/6173 – 2909	– Drs 21/6049 –	
Dr. Jörn Kruse AfD 2909, 2916 Hansjörg Schmidt SPD 2911 Michael Westenberger CDU 2912 Farid Müller GRÜNE 2913 Stephan Jersch DIE LINKE 2914 Michael Kruse FDP 2914 Dr. Bernd Baumann AfD 2916	Lars Pochnicht SPD 2926 Dennis Thering CDU 2927 Martin Bill GRÜNE 2929 Heike Sudmann DIE LINKE 2930 Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2931 Detlef Ehlebracht AfD 2931 Frank Horch, Senator 2932	2933
Beschlüsse 2916	Antrag der CDU-Fraktion:	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/4661:	Mobilität im Alter sichern – Verbesserungen im Straßenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) können Lebensqualität erhalten	2933
Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 3.2 der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Erschließung und Freimachung des Geländes sowie Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts für den Neubau des Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie (SDMA) auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld (Senatsantrag)	– Drs 21/6156 – Birgit Stöver CDU 2933 Frank Schmitt SPD 2935 Martin Bill GRÜNE 2936 Heike Sudmann DIE LINKE 2937 Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2937 Dr. Joachim Körner AfD 2938	2917
und	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/4847 (Neufassung):	

Beschluss	2939	Hamburger Sonntagsfrieden bleibt erhalten	
		– Drs 21/6325 –	2954
Senatsmitteilung:			
Hamburgs Landwirtschaft stärken – Bio-Stadt Hamburg		Jens Meyer FDP	2954
– Drs 21/6048 –	2939	Dirk Kienscherf SPD	2955
		David Erkalp CDU	2956
Christiane Blömeke GRÜNE	2939	Olaf Duge GRÜNE	2957
Gert Kekstadt SPD	2940	Heike Sudmann DIE LINKE	2958
Carsten Ovens CDU	2941, 2944	Detlef Ehlebracht AfD	2959
Stephan Jersch DIE LINKE	2942	Dorothee Stapelfeldt, Senatorin	2960
Dr. Kurt Duwe FDP	2942		
Andrea Oelschläger AfD	2943	Beschlüsse	2961
Frank Horch, Senator	2944		

Kenntnisnahme 2945

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Rückkauf der Hamburger Energienetze – Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?

– Drs 21/5758 – 2945

Stephan Jersch DIE LINKE 2945, 2951, 2953
 Dr. Monika Schaal SPD 2946
 Stephan Gamm CDU 2948
 Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 2950, 2952
 Michael Kruse FDP 2951
 Andrea Oelschläger AfD 2953

Beschlüsse 2953

Antrag der FDP-Fraktion:

Hamburger Innenstadt stärken und Überseequartier anbinden

– Drs 21/6147 – 2954

dazu

Antrag der CDU-Fraktion:

Innenstadtkonzept als städtebauliche Kompensationsmaßnahme zur Entwicklung des Überseequartiers zügig umsetzen

– Drs 21/6302 – 2954

und

Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN:

Beginn: 15.00 Uhr**Präsidentin Carola Veit:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Wir trauern um Frau Professor Dr. Barbara Kisseler, die am vergangenen Freitag im Alter von 67 Jahren verstorben ist.

Kultur gibt es nie genug in der Stadt, und in Hamburg schon gar nicht. So fasste sie einmal ihre Motivation zusammen. Für eine Kultursenatorin sollte das vielleicht eine Selbstverständlichkeit sein, aber wie es ihr gelang, andere Menschen von ihren Ideen zu überzeugen, sie für Kultur im besten Sinne zu begeistern, nämlich mit hohem Sachverstand, mit Intelligenz und auch mit viel Humor, das war schon etwas Einzigartiges.

Wir werden ihre offene und ehrliche Art vermissen, auch ihre Hartnäckigkeit, mit der sie sich jede Kunstform zu Herzen nahm, seien es die bildenden und darstellenden Künste oder Musik und Literatur. Sie hat in unserer Heimatstadt viele Spuren hinterlassen, erst in diesem Sommer durften wir gemeinsam die Auszeichnung der Speicherstadt und des Kontorhausviertels zum UNESCO-Weltkulturerbe feiern. Wir denken aber auch an die Neuausrichtung der Stiftung Historische Museen, die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes oder die Sanierung des Gängeviertels. Von Anfang an war Barbara Kisseler dabei ein Grundgedanke wichtig: Kultur darf nicht nur etwas für Eliten, sondern muss für jeden von uns zugänglich sein. So wie auch bei der Elbphilharmonie. Wie sehr hätten wir es ihr gewünscht, die Eröffnung des Hauses mitzuerleben.

So bleibt ihre letzte Rede, die sie hier in der Bürgerschaft am 31. März dieses Jahres hielt, ihr Vermächtnis. Dort sagte sie:

"Mit der Elbphilharmonie baut Hamburg auf eine wirklich überzeugende lange Tradition als Musikstadt auf. Wir begreifen das Konzerthaus gerade nicht als solitär, für uns ist es ein großer Teil einer sehr wichtigen und sehr vielfältigen Musiklandschaft."

Dass Hamburg sich mit dieser Einstellung einen so guten Namen in der deutschen Kulturrepublik gemacht hat, verdanken wir auch Barbara Kisseler. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie und ihren Freunden.

– Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Wir steigen in unsere heutige Tagesordnung ein und ich teile Ihnen zu-

nächst mit, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die beiden Deputationsnachwahlen zu vertagen. Die Debatte morgen zu TOP 53 entfällt, weil die antragstellende Fraktion den Antrag zurückgenommen hat. Wir beginnen mit der

Aktuellen Stunde

Sechs Themen sind angemeldet worden,

von der GRÜNEN Fraktion

Der beste Laser der Welt: XFEL ist ein Leuchtturmprojekt für Hamburgs Wissenschaft und Quantensprung für Gesundheit, Technik und Astronomie

von der Fraktion DIE LINKE

Der Erbschaftsteuer-Kompromiss ist ein Erfolg der Lobby der Vermögenden. Der Hamburger Senat darf dem nicht zustimmen

von der FDP-Fraktion

Der Wirtschafts- und Logistikstandort Hamburg wird von Stau blockiert und Rot-Grün schaut hilflos zu

von der AfD-Fraktion

"Mogelpackung für Hamburg": Senatsvertrag hilft Bürgern gegen Flüchtlings-Großsiedlungen wenig

von der SPD-Fraktion

Gemeinsam für ein gesundes Hamburg: Gesundheitsprävention auf der Grundlage des "Pakts für Prävention" stärken

und von der CDU-Fraktion

Staubstadt Hamburg – Bürger und Wirtschaft leiden unter rot-grüner Verkehrspolitik

Das dritte und sechste Thema wird gegebenenfalls gemeinsam aufgerufen. Wir kommen jetzt aber zunächst, auch wenn es noch ein wenig schwerfällt, zum ersten Thema, angemeldet von der GRÜNEN Fraktion. – Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es fällt nicht leicht, nach den bewegenden Worten der Präsidentin und nach unserer Schweigeminute zu Ehren der verstorbenen Senatorin Kisseler zur politischen Tagesordnung überzugehen. Aber wir wissen auch, dass Trauer und die Erinnerung an Menschen, die wir aus unserer Mitte verloren haben, nicht auf eine Schweigeminute begrenzt sind. Darum bin ich davon überzeugt und sicher, wenn ich Ihnen gleich über die faszinierenden neuen Forschungsmöglichkeiten durch den European XFEL etwas erzähle und berichte, auch Senatorin Kisseler hätte sich von diesem technischen Meisterwerk begeistern lassen und wäre als Mitglied des Se-

(Christiane Blömeke)

nats stolz darauf gewesen, dass Hamburg nun Standort für den besten Laser der Welt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der neue Röntgenlaser XFEL – ich will das einmal auf Deutsch übersetzen, es heißt röntgenlichtfreier Elektronenlaser – ist ein Quantensprung für die weltweite Forschung im Bereich der Medizin, der Physik, der Chemie, der Technik und der Astronomie.

Aber was verbirgt sich eigentlich genau hinter diesem Namen und 36 Meter tief unter der Erde zwischen Bahrenfeld auf Hamburger Seite und Schenefeld auf der anderen Seite? Was verbirgt sich in diesem 3,4 Kilometer langen Tunnel? Um es mit einem Wort zu sagen, mein Eindruck ist, es verbirgt sich Gigantisches dort. Ultrakurze Röntgenblitze, die 1,6 Millionen Mal pro Minute durch diesen Tunnel geschickt werden und 10 Trilliarden Mal heller sind als die Sonne, ermöglichen den Forschern völlig neue Einblicke. Forscher werden in der Lage sein, chemische Reaktionen zu filmen und dreidimensionale Aufnahmen von Nanoteilchen zu machen, die nur einen millionstel Millimeter groß sind. Ich glaube, das können wir uns alle kaum vorstellen. Viren, Enzyme und Eiweißstrukturen lassen sich so völlig neu analysieren. Sie merken schon, der XFEL hat mich begeistert, ich hoffe, er begeistert Sie auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber noch mehr beeindruckt mich die Aussicht, dass es durch die Forschung mit dem XFEL gelingen kann, neue passgenaue Medikamente für Krankheiten herzustellen. Vielleicht auch für Krankheiten, die bislang noch als unheilbar gelten. Das ist doch wirklich ein großer Schritt für die Menschen in Hamburg und für die ganze Welt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Auch in anderen Bereichen wird uns der XFEL neue Einblicke verschaffen. Im Bereich der Fotovoltaiktechnik ließe sich beispielsweise die Frage beantworten, warum Eiweiße in einem Blatt das Sonnenlicht überleben können, aber unsere Haut verbrennt. Im Bereich der Computerforschung kann es uns helfen, die Festplattentechnik so zu optimieren, dass wir völlig neue Speicherkapazitäten von Daten erhalten. Und nicht zuletzt ermöglicht der XFEL auch neue Erkenntnisse in der Erforschung von Planeten.

Die Möglichkeiten der Forschung sind so vielfältig und faszinierend, dass ich denke und hoffe, dass wir fraktionsübergreifend dem Senat und unserer Wissenschaftssenatorin Fegebank und all denen, die Wegbegleiter waren, den XFEL hier in Hamburg einzurichten, danken können. Danken können, dass er nun weltweit in aller Munde ist, wenn es hier um neue Maßstäbe in der Forschung für den Menschen geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch einen weiteren bemerkenswerten Punkt ansprechen, eine weitere Dimension, die ich ebenfalls mit dem XFEL verbinde. Vor dem Hintergrund, dass sich viele Länder zunehmend auf ihre nationalen Grenzen zurückziehen, zeigt nämlich der XFEL exemplarisch, wie erfolgreich internationale und grenzübergreifende Zusammenarbeit sein kann. Elf Länder haben sich hier zusammengeschlossen, um den besten Laser der Welt in Hamburg zu realisieren. Das können wir gerade in dieser heutigen Zeit nicht hoch genug schätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Und, lieber Senat, verehrte Senatorin Fegebank, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich habe beim Hineinvertiefen in dieses Thema gemerkt, wie ich wirklich begeistert werde, ich könnte sehr viel länger dazu reden. Meine Zeit ist knapp, aber ich möchte enden mit einer Bitte an die Senatorin. Ich würde mir nämlich wünschen, dass nicht nur die Bürgerschaft die Möglichkeit erhält, diesen XFEL, diesen besten Röntgenlaser der Welt, der hier in Hamburg steht, zu besuchen, sondern dass jedes Schulkind, jedes Hamburger Schulkind, und jeder Hamburger und jede Hamburgerin, die interessiert sind, die Möglichkeit erhalten, sich vor Ort von dem Nutzen des technischen Meisterwerks für Hamburg und für den Menschen überzeugen können. Frau Senatorin, vielleicht gibt es die Möglichkeit für uns, dieses Wunderwerk anzusehen, zusammen mit den Hamburgerinnen und Hamburgern. Er leistet einen Dienst für die Menschen, den man gar nicht hoch genug schätzen kann, und ich glaube, es ist etwas sehr Großartiges, was hier in Hamburg jetzt den Testbetrieb aufgenommen hat und ab dem nächsten Jahr regelhaft weiterläuft. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Sven Tode SPD:* Meine Damen und Herren! In der Tat ist es sehr schwierig, zum Alltag zurückzukehren, nachdem wir eine sehr engagierte, eine herzliche Frau verloren haben, die bei uns im Senat viele Sachen so auf den Weg gebracht hat, dass wir sie wahrscheinlich jetzt abschließend gar nicht genügend würdigen können. Ich darf auch für meine Fraktion der Präsidentin danken für die Worte, die sie gefunden hat. Wir sind doch alle noch, glaube ich, sehr geschockt, und nicht nur ich glaube, ich habe eine Freundin verloren, viel zu früh, in einer Situation, in der wir alle gehofft haben, dass der Kampf von Barbara Kisseler dazu führt, dass sie uns noch lange erhalten geblieben wäre. Natürlich sind unsere Gedanken bei ihrer Familie und bei den vielen Freunden, nicht nur denen, die sie hier in Hamburg hat, sondern die sie überall im ge-

(Dr. Sven Tode)

samten Kunstbetrieb der Bundesrepublik Deutschland hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Blömeke hat es schon gesagt, ich bin sicher, dass auch Barbara Kisseler dieses hervorragende Werk anerkannt hätte, das wir jetzt vor Augen haben, das vielleicht nicht so leuchtet wie die Elbphilharmonie, weil es doch verbuddelt ist, aber dennoch einen großen Quantensprung für uns, für die Wissenschaft bedeutet, für Europa, aber auch für den Wissenschaftsstandort Hamburg.

Und lassen Sie mich das sehr deutlich sagen, dies ist ein Projekt, das parteiübergreifend einen positiven Effekt für Hamburg hat. Es wurde 2005 auf den Weg gebracht mit den Stimmen aller Fraktionen dieses Parlaments, und es ist ein wichtiger Aspekt für alle. Ich glaube, wir sollten festhalten, dass das ein Bereich ist, wo wir uns alle darüber freuen können, wo wir uns also nicht in einem parteipolitischen Klein-Klein verhasen sollten, sondern wo wir sagen sollten, alle haben wir unseren Anteil daran, dass hier ein Quantensprung für die Physik gemacht worden ist, ein Quantensprung für die Wissenschaft. Insofern hoffe ich, dass wir hier einmal eine Gemeinsamkeit haben in der Wissenschaftspolitik, die wir eigentlich so oft haben könnten, wenn wir sie nur wollten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zunächst ist natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DESY ausgesprochen zu danken, denn man muss sich vorstellen, bei einer Bauphase, die 2005 mit der Planung angefangen hat und bis heute abgeschlossen wird, haben wir kaum Bürgerbeschwerden gehört, sondern im Gegenteil, wir haben gemerkt, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von DESY und Herr Dosch als Vorsitzender von DESY selbst zu Bürgerinnen und Bürgern gegangen sind und ihnen die Angst genommen haben, was denn passiert, wenn da all diese Atome unter ihrem Haus durchflutschen. Auch diese Strukturen sind sehr positiv, glaube ich, und man sollte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von DESY und all denen, die dieses Projekt gefördert haben, erst noch einmal seinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und, Frau Blömeke hat es schon erwähnt, es ist ein XFEL der gemeinnützigen Forschungsinstitutionen, das von elf europäischen Staaten, vom Bund, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen getragen wird. Das zeigt, dass es eine europäische Wissenschaftsgemeinschaft gibt, und zwar auch über die Europäische Union hinaus, denn den zweitgrößten Anteil dieses Forschungsprojekts finanziert die Russische Föderation immerhin mit 27 Prozent mit, und das sind ungefähr über 400 Millionen Euro. Auch das ist sicherlich eine Sache, die kaum hoch genug zu werten sein kann

in Zeiten, in denen wir teilweise in anderen Bereichen Konflikte haben. Hier sieht man, Wissenschaft ist international, Wissenschaft ist global, und es ist wissenschaftsübergreifend.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Die neue Forschungsanlage erweitert den Wissenschaftsstandort Hamburg um eine weitere Einrichtung mit internationaler Strahlkraft und der Aussicht auf Spitzenforschung. Mit dem europäischen XFEL wird in Hamburg Wissenschaftsgeschichte geschrieben. Das Projekt mit seinen insgesamt elf europäischen Partnerländern reiht sich nahtlos in die hochkarätigen Wissenschaftsinstitutionen unserer Stadt ein. Damit festigt Hamburg seine Position in der internationalen Wissenschaftslandschaft und nachhaltig auch als Schauplatz europäischer Wissenschaftskooperationen. Und das ist eine gute Nachricht für die Stadt, das ist eine gute Nachricht für Europa, eine gute Nachricht für Deutschland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die besondere Bedeutung des XFEL hat Frau Blömeke schon erklärt, darauf müssen wir nicht noch weiter eingehen. Aber trotzdem ist es natürlich faszinierend, wenn man weiß, dass 27 000 Mal in einer Sekunde die Bewegung ist. In Stanford sind es 120. Da sieht man, glaube ich, schon, wie der Unterschied ist, welcher Quantensprung das ist. Das ist nicht nur ein Quantensprung, das ist eine Potenzierung der Geschichte.

(Glocke)

Und – der letzte Satz – es ist auch der Metropolregion zu danken, dass wir eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg hatten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ovens von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

Carsten Ovens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Tode, Frau Blömeke, ich möchte mich tatsächlich Ihren Worten anschließen, und zwar so ziemlich allem, was Sie beide gesagt haben. Zu Ihren einleitenden Worten: Auch uns als CDU-Fraktion schmerzt der Verlust der Kultursenatorin, das steht völlig außer Frage, aber auch Ihre lobenden Worte auf dieses Gemeinschaftsprojekt. Sie haben es gerade so schön gesagt, Herr Dr. Tode, wir könnten gemeinsam in der Wissenschaft viel mehr erreichen, wenn wir denn nur häufiger zusammenarbeiten würden. Wir sind in diesen Tagen doch auch im Haushaltsausschuss, im Wissenschaftsausschuss dabei, über Finanzen zu sprechen, und ein so großes Projekt frisst natürlich über viele Jahre erst einmal noch einen signifikanten

(Carsten Ovens)

ten Anteil am Haushalt. Das ist auch gut so, denn es ist ein Leuchtturmprojekt für die Hamburger Wissenschaft und weit darüber hinaus.

Doch wenn man sich dann den übrigen Haushaltsplan, der bislang vorliegt, anschaut, dann sieht man, dass wir zwar auf der einen Seite Leuchtturmprojekte haben, aber auf der anderen Seite die Wissenschaft eben noch nicht dort ist, wo sie sein könnte. Es ist vielleicht auch gerade an Tagen wie diesen eine Gelegenheit, um gemeinsam zu überlegen, wie wir die Wissenschaft voranbringen können. Denn wenn ich mir anschau, dass die Universität Hamburg bis 2019 300 Stellen abbaut, die Technische Universität Hamburg-Harburg 180 Stellen, die HafenCity und die HAW ebenfalls künftig einige Mitarbeiter weniger haben werden, dann frage ich mich schon, bei allen Leuchtturmprojekten mit großer Strahlkraft, die unseren Standort international voranbringen sollen und sicherlich auch werden, wie die anderen Hochschulen denn noch mithalten wollen, wenn uns das fachkundige Personal für Forschung und Lehre fehlt?

Es sind immer zwei Seiten einer Medaille, Herr Dr. Tode; das eine ist das Feiern von Großprojekten, die Vorgänger-Senate auf den Weg gebracht haben, in diesem Fall der CDU-Senat, und das andere ist aber dann auch, für eine auskömmliche Finanzierung der gesamten Wissenschaft zu sorgen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Wenn Wissenschaftssenatorin Fegebank im September 2016 im Wissenschaftsausschuss gesagt hat, dass sie gern einen konstruktiven Dialog haben möchte und sich in einem konstruktiven Dialog befindet, was den sukzessiven Abbau von Stellen an den Hochschulen angeht, dann frage ich mich schon, ob ich sie da einfach missverstanden habe, sie wird es sicherlich gleich sagen, oder aber, ob es tatsächlich eben doch mehr um die Symbolik geht, auch an Tagen wie diesen, und weniger um das große Ganze. Und für das große Ganze sollten wir doch gemeinsam arbeiten. Da bin ich bei Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE bekommt das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE: * Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, vielen Dank für das Wort. Auch unsere Fraktion ist sehr erschüttert und in Trauer um die Kultursenatorin, und auch wir sind mit unseren Herzen und Gedanken bei der Familie und bei all denjenigen, die ihre Arbeit würdigen. Von daher ist es wirklich schwer, jetzt einfach in die De-

batte einzusteigen. Das müssen wir aber tun, deshalb tue ich es auch.

Wenn wir uns das XFEL ansehen, habe ich dazu ambivalente Gedanken. Auf der einen Seite freue ich mich sehr darüber, dass in der Forschung Medikamente erforscht werden können und andere Errungenschaften, und auf der anderen Seite muss ich an das Buch "Die Physiker" denken, wenn ich mir das Institut für dieses Forschungsprojekt anschau.

Ich habe vorgestern zufällig einen Physiker getroffen, der schon seit Jahren bei DESY arbeitet, der vorher bei CERN und in den USA in ähnlichen Forschungsprojekten gearbeitet hat, und das Gespräch war wirklich sehr interessant und auch sehr tief. Ich fragte ihn, was das Ziel der Forschung sei bei DESY und ob er sich auch Gedanken um mögliche positive oder auch negative gesellschaftliche Auswirkungen etwaiger Projekte wie das XFEL machen würde. Und er sagte, für ihn gebe es eigentlich kein konkretes Ziel, er mache sich auch keine Gedanken über die Auswirkungen, es gehe vielmehr darum, ein Puzzle zu lösen, das Puzzle, das ihm als Wissenschaftler in Auftrag gegeben wird. Dann haben wir uns über das Buch "Die Physiker" und die Hintergründe unterhalten. Wenn ich mir XFEL anschau, kann ich eben nicht einfach nur in das Lob einstimmen, sondern sehe mir auch kritische Stimmen an, zum Beispiel von einem führenden Physiker aus Deutschland, der sagt – Zitat –:

"In den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren schossen an vielen Universitäten und Forschungsinstituten riesige Labore aus dem Boden, in kilometerlangen Vakuumröhren wurden Atomkerne und Elektronen beschleunigt und rasend schnell. Die Forscher ließen die flotten Partikel aufeinanderprallen und schauten sich mit großen Detektoren die Trümmer an, die die Kollisionen hinterließen. Ein nicht gerade elegant erscheinendes Verfahren, vergleichbar mit dem Versuch, den Aufbau einer Armbanduhr zu ergründen, indem man sie mit aller Kraft gegen die Wand wirft. Eine bessere Methode, die Gestalt der Atomkerne und der Teilchen zu studieren, gibt es bis heute leider nicht."

Von daher ist die Art und Weise, wie dort geforscht wird, etwas umstritten. Wir sehen, dass 1,2 Milliarden Euro für ein Forschungsprojekt ausgegeben werden, das international ist. Wie Herr Tode begrüße ich es sehr, dass auch Russland sich daran beteiligt, das ist ein Teil der Entspannung, das ist notwendig, das ist wichtig und das ist auch richtig, davon können wir sicher viel lernen,

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP – *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Gleich kommt die Decke runter!)

(Martin Dolzer)

aber es gibt auch in Japan und in den USA ein ähnliches Forschungsprojekt, und daran sollten sich ebenfalls alle Nationen beteiligen. Dann stellen sich viele Expertinnen und Experten eben die Frage, ob man an jedem Standort die gleiche Forschung betreiben muss. Oder kann man das an einem Standort gemeinsam betreiben und dadurch an den anderen Standorten das notwendige Geld sparen, um, was Herr Ovens zu Recht eingefordert hat, die Forschung und Wissenschaft in Hamburg besser ausfinanzieren zu können?

(Beifall bei der LINKEN)

So sehen wir das als Links-Fraktion auch.

Eine zweite Frage, die ich mir stelle, ist, wie es sein kann, dass eine grüne Senatorin und die Partei der GRÜNEN diesem Projekt völlig unkritisch gegenüberstehen, wenn doch der wissenschaftliche Leiter dieses Projekts sagt, wie eine Assistentin beim Arzt den Raum verlässt, müssen wir auch beim Betrieb diesen Beschleuniger verlassen, weil hier hohe radioaktive Strahlung herrscht. 27 000 Röntgenblitze, die milliardenfach heller als bei normalen Röntgengeräten sind, werden hier genutzt, um Gegenstände zu zerstören.

Nun können Sie natürlich entgegnen, die Experten sagen, das sei ungefährlich, insbesondere die Leiter des XFEL sagen das. Aber das wurde uns und wird uns auch noch immer gesagt beim Forschungsreaktor Garching und bei unzähligen Atomkraftwerken. Es ist einfach nicht endgültig erforscht, welche Auswirkung dieser Tunnel auf die Gesundheit haben wird. Das finden wir unverantwortlich, das muss man zumindest kritisch hinterfragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann gibt es noch eine dritte Frage, die wir uns stellen. Starke Laser- und Röntgenstrahlen werden auch in neuen Waffensystemen eingesetzt. In dem Gespräch mit dem Physiker, das ich am Anfang erwähnte, sagte er, das meiste, was bei unserer Forschung am DESY, aber auch an den anderen Teilchenphysikforschungszentren abfällt, sind die Nebenprodukte, das, was wir gar nicht einberechnet haben oder was wir nicht als eigentliches Ziel hatten. Wenn man sich dann die neuesten Werbematerialien der Schmiede Rheinmetall anschaut, dann muss man auch darauf achten, dass diese Forschung auf jeden Fall friedlich bleibt.

Das sind nur einige der Fragen, die ich mir stelle. Es sind noch viele Fragen mehr. Die Zeit ist jetzt leider zu Ende, vielleicht gibt es noch eine zweite Runde. Wir sehen dieses Institut nicht negativ, aber auf alle Fälle kritisch. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keine Frage, das ist keine Debatte wie jede andere. Der Tod von Frau Professor Kisseler hat mich und unsere Fraktion ebenfalls stark erschüttert. Sie war eine Senatorin von Format, die über ihre Zeit hinaus strahlen wird, wenn man vor allem noch bedenkt, welche Situation sie 2011 übernommen hat und was sie daraus gemacht hat. Wir zollen Frau Professor Kisseler unsere allergrößte Hochachtung.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Es ist aber auch deshalb keine Debatte wie jede andere, weil es hier um ein Projekt geht, das nun wirklich über den Tag hinausgeht. Die meisten unserer Debatten betreffen einige wenige Jahre und Ergebnisse von Entscheidungen, die erst relativ kurz zurückliegen. Hier geht es um ein Projekt über Jahrzehnte, und außer von Herrn Dolzer haben wir auch gehört – na, die AfD wissen wir noch nicht –, dass alle Fraktionen das im Grundsatz sehr weitgehend, bis vielleicht auf Details, unterstützen, und das finde ich auch sehr gut so. Das ist in der Tat ein sehr, sehr gutes Projekt.

Herr Dolzer, ich weiß wirklich nicht, warum sie hier die UNESCO und "Die Physiker" zitiert haben, da geht es um absurdes Theater. Hier geht es weder um Theater noch um Absurdität, hier geht es um die Zukunft dieser Stadt und dieses Landes. Das sollten Sie unterstützen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dirk Kienschner SPD* und *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Im Übrigen verstehe ich gerade bei der Links-Fraktion nicht, warum sie sagt, wir müssten das Geld vielleicht gar nicht ausgeben, denn in den USA haben die auch schon so etwas. Gerade wenn wir sagen wollen, wir wollen ein bisschen unabhängiger von den USA sein, müssen wir natürlich hier in Europa ein eigenes Projekt haben. Herr Dolzer, ich habe Ihre Argumentation, ehrlich gesagt, überhaupt nicht verstanden.

Dieses Projekt XFEL ist ein herausragendes Projekt, extrem kleine Strukturen, Moleküle und chemische Reaktionen können untersucht werden, sehr faszinierende Möglichkeiten. Es werden auch modernste Technologien eingesetzt. Und der Punkt, den andere Redner schon erwähnten, hat auch mich sehr berührt, nämlich die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, maßgeblich mit Russland. 27 Prozent Beteiligung von Russland, und in der Zeit, die wir jetzt haben, das wusste man noch gar nicht, als XFEL begann, und mit der heutigen Situation sollten wir jede, aber auch wirklich jede Gelegenheit nutzen, in irgendeiner Weise mit Russland zusammenzuarbeiten. Ich freue mich sehr über die Blitze, aber ich freue mich auch sehr darüber, dass viele russische Forscher jetzt in

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Hamburg forschen werden, gemeinsam mit zahlreichen anderen Ländern. Das allein ist das Projekt, finde ich, wert in dieser schwierigen Zeit, in der wir momentan sind.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Ich persönlich habe noch ein ganz eigenes Interesse. Ich habe immer meinen Chemielehrern und Physiklehrern misstraut, ob die Moleküle wirklich so aussehen, wie sie uns das erzählt haben. Demnächst können wir es uns vielleicht einmal anschauen. Darauf freue ich mich. Die ersten Bilder eines schönen Wassermoleküls, ich würde sie gern als einer der Ersten sehen, würden mich sehr interessieren.

Dennoch, einige Äußerungen müssen noch sein, denn es besteht die Gefahr einer Legendenbildung, und einer gewissen Legendenbildung müssen wir ein bisschen vorbeugen. Die erste Legende könnte sein, Senatorin Fegebank habe das jetzt alles herbeigeführt. Nichts könnte falscher sein. Sie ist rein zufällig gerade in dem Amt. Dieses Projekt läuft seit 2003. 2003 ist es beschlossen worden und, unter uns gesagt, 2003 regierte in Hamburg die FDP. Mit anderen Worten, Sie können sicher sein, die FDP ist auch nicht unbeteiligt daran, dass wir heute XFEL hier haben.

(Heiterkeit bei der FDP – *André Trepoll CDU*: Das war aber Zufall!)

Zudem ist es nicht etwa so, dass es ein Hamburger Projekt ist, sondern Hamburg trägt gerade einmal 5 Prozent der Kosten bei. Also fangen Sie bloß nicht an zu sagen, jetzt hätten wir über 1 Milliarde Euro für die Hochschulen und für die Wissenschaft ausgegeben, gerade einmal 70 Millionen Euro davon sind aus Hamburg.

Ein weiterer Punkt: der Begriff Leuchtturmprojekt. Ich weiß nicht, ob Sie sich mit dem Leuchtturm schon einmal beschäftigt haben. Ich komme doch auch von der Küste. Beim Leuchtturm ist es oben hell und unten dunkel.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das leuchtet aber sehr hell!)

Und unten ist es dunkel bei den Hamburger Hochschulen.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Jetzt leuchtet es unten!)

Der Leuchtturm wird zwar weit zu sehen sein, aber umso dunkler ist das, was hier unten passiert. Schauen Sie einmal die Zahlen an. Man könnte doch denken, durch so ein Projekt kommen dann mehr Physikstudenten nach Hamburg. Dem ist nicht so. Die Bewerber für ein Physikstudium in Hamburg gehen ständig zurück, vor fünf Jahren waren es noch 352, jetzt sind es nur noch 246. Al-

so, das Leuchtturmprojekt hat zumindest bei Physik nicht funktioniert.

Der letzte Punkt, bei dem ich mir schon ein wenig Sorgen mache, das hat Herr Dolzer so ein kleines bisschen angedeutet: Ich verstehe nicht so ganz, warum Sie sich auf einen Quantensprung bei der Gesundheit freuen. Ich freue mich sehr darauf, aber wieso die GRÜNEN sich darauf freuen, das verstehe ich nicht. Welchen Teil der Medizin wird denn eine Maschine, die kleine Details bis in den molekularen Bereich untersuchen kann oder Viren, wie Frau Blömeke zu Recht sagte, verbessern? Genau. Die Gentechnik. Und Gentechnik ist das Allerschlimmste, das man sich vorstellen kann. Das ist fast so schlimm wie Fleisch essen oder Auto fahren. Ich wundere mich wirklich und befürchte ein bisschen, dass die GRÜNEN am Ende die tollen Ergebnisse von XFEL doch nicht so gut finden, wenn sie erst einmal merken, worum es da wirklich geht.

(*Farid Müller GRÜNE*: Alter Nörgler!)

Die FDP freut sich über dieses Projekt, wir werden es auch weiterhin unterstützen, und wir würden uns umso mehr freuen, wenn auch die Hamburger Hochschulen ein bisschen von dem Licht abbekommen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Professor Dr. Kruse von der AfD-Fraktion erhält das Wort.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin, ich möchte mich am Anfang der heutigen Debatte auch im Namen meiner Fraktion für die würdigen Worte bedanken, die Sie vorhin zum Tode von Frau Senatorin Kisseler gefunden haben.

Aber jetzt befassen wir uns mit etwas profaneren Themen, nämlich mit dem XFEL. Hier erweisen sich die GRÜNEN, die das Thema angemeldet haben, einmal wieder als echte Physiker. Nach ihrem ehemaligen Lieblingsthema Atomkraft jetzt also Röntgenlaser. Aber hier ist es wenigstens konstruktiv.

Ich will besser mir und Ihnen zuliebe auf eine inhaltliche Erörterung von XFEL verzichten. Ich habe nämlich das, was da abläuft, gerade so weit verstanden, wie man es in der Zeitung lesen kann, und das hat im Wesentlichen Frau Blömeke schon sehr zutreffend referiert, das muss ich nicht wiederholen. Aber die GRÜNE Fraktion ist immerhin sicher klüger als ich, denn sie weiß immerhin – Zitat –:

"... dass es sich um einen Quantensprung für Gesundheit, Technik und Astronomie handelt."

(Dr. Jörn Kruse)

Da kann ich an das anknüpfen, was Herr Schinnenburg eben gesagt hat. Ich hoffe, dass die GRÜNE Fraktion mit dieser Formulierung recht hat, denn sonst wäre es ein enorm teures – wir reden jetzt von 1,2 oder 1,3 Milliarden Euro – Spielzeug, das da zwischen Bahrenfeld und Schenefeld installiert wurde. Ich will das einmal glauben, weil die Experten das auch sagen. Und im Übrigen, was ich eben schon gesagt habe, kann ich es nicht wirklich selbst beurteilen, aber ich bin jemand, der Experten immer gern glaubt.

Für Hamburg ist es schon ein enormer Erfolg und ein Vorteil für den Wissenschaftsstandort, dass es überhaupt in Hamburg installiert wurde. Das belohnt die Arbeit der internationalen Forscherteams der vergangenen Jahrzehnte beim DESY in Bahrenfeld und liefert sehr gute Perspektiven für den Wissenschafts- und Physikstandort, so will ich es einmal nennen, Hamburg. Und wenn die GRÜNEN und ihre Wissenschaftssenatorin Fegebank sich für Spitzenforschung in Hamburg einsetzen, bin ich immer auf ihrer Seite. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Senatorin Fegebank.

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin, ich möchte mich herzlich für Ihre warmherzigen und sehr beeindruckenden Worte bedanken. Es ist für uns auch nicht leicht, wir verlieren mit Frau Kisseler nicht nur eine liebe Senatskollegin, sondern auch eine großartige, herausragende Kulturpolitikerin und, wie ich fand, eine wunderbare Frau, die mir in vielen Fragen Vorbild war und sicherlich künftig auch sein wird. Aber ich halte es so wie viele von Ihnen in Ihren Wortbeiträgen, dass ich sage, was wahrscheinlich Frau Kisseler auch gesagt hätte: weitermachen und nach vorn schauen. Und im nächsten Jahr steht in der Tat ein Jahr der Superlative an, im Januar mit der Eröffnung der Elbphilharmonie, und da wird ein Teil ihres Vermächnisses weiterleben und für folgende Generationen sichtbar und spürbar sein. Und wir werden im nächsten Sommer, das hätte sie sicher auch sehr gefreut, das richtige Loslegen des European XFEL erleben. Ich sage immer, das ist so ein bisschen wie die Elbphilharmonie unter der Erde. Das finde ich sehr beeindruckend und das werden zwei echte Aushängeschilder für die Welt, die nach Hamburg kommen wird und wegen derer Hamburg sicherlich auf der Weltkarte noch einmal eine ganz besondere Bedeutung bekommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nach einigen Sätzen, die ich gerade bei den Vordnern gehört habe, kribbelt es mir so richtig in den Fingern; ich möchte Sie einfach sehr herzlich einladen, vielleicht auch mit mir gemeinsam, sich

einmal zeitnah dort das Gelände anzusehen, auch Gespräche mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu führen, mit Frau Burger vom XFEL-Zentrum, aber auch mit Herrn Dosch, mit den vielen und zahlreichen Forscherinnen und Forschern, die schon jetzt am Standort – es sind in Schenefeld 230, die mit ihren Familien dort vor zwei, drei Monaten eingezogen sind, nicht in das Zentrum, sondern nach Schenefeld – und am XFEL selbst beziehungsweise am DESY schon jetzt zahlreich tätig sind. Ich möchte Sie wirklich herzlich einladen, um vielleicht mit der einen oder anderen Frage zu einer Beantwortung zu kommen.

Und, Herr Dolzer, um vielleicht auch Ihre Sorge zu nehmen, was den Aspekt der Sicherheit angeht, es befindet sich ein Sicherheitsgelände dort. Es sind äußerste Sicherheitsvorkehrungen, die dort auch zum Wohle der arbeitenden Menschen getroffen werden. Ich würde mir einfach wünschen, dass nicht nur, wie Frau Blömeke es ausgedrückt hat, irgendwann in einer Schullaufbahn jedes Kind, jeder jugendliche Mensch sich mit dem Gelände in Bahrenfeld und Schenefeld vertraut gemacht hat, sondern dass möglichst auch jeder Abgeordnete die Gelegenheit gehabt hat, sich dieses oder eines der spektakulärsten Forschungsprojekte weltweit anzusehen. Also meine Einladung dahin steht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD –
Christiane Blömeke GRÜNE: Genau das war mein Wunsch!)

Hamburg baut mit dem European XFEL seine Position an der Weltspitze der Forschung mit freien Elektronenlasern weiter aus. Ich erinnere an die sehr feierliche Eröffnung in der letzten Woche. Es war in der Tat beeindruckend, weil wir neben den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dort auch aus den Partnerländern Gastredner hatten. Herr Dosch hat in Richtung Fernsehen und NDR gesagt, ab nächstem Jahr hätten wir einen neuen Sender am Start, den neuen Discovery Channel. Er hat gesagt, hier würden Bilder und Filme gemacht, die es sonst so weltweit nicht gäbe. Es ist die beste Kamera der Welt, es ist das Mekka der Forschung mit Licht, und das ist in der Tat beeindruckend und lohnt sich einfach, intensiver angeschaut zu werden. Das gilt auch für die Felder Medizin, es gilt für die Felder Energiewende. Da versprechen wir uns natürlich in der Grundlagenforschung bahnbrechende Erkenntnisse, die dann übersetzt werden in Produkte, in die Anwendungsorientierung, und da haben wir in der Tat ein Zentrum geschaffen, das wirklich seinesgleichen sucht. Deshalb noch einmal an Sie, Herr Dolzer: Wir können nicht einfach eine solche Struktur in ein anderes Land legen, wo es vielleicht Anknüpfungspunkte gibt. Das, was hier passiert, was sich in Bahrenfeld über die letzten Jahre entwickelt hat, gibt es so kein zweites Mal, und ich glaube, das sollte man sich vergegenwärtigen, wenn man überlegt, was man mit wem wie zusammenlegen kann.

(Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Natürlich – und da richte ich meinen Blick in das gesamte Haus – haben solche Erfolge, haben solche Leuchttürme viele Mütter und Väter. Herr Schinnenburg, natürlich war vor einigen Jahren die FDP beteiligt und hat dieses Projekt auch wohlwollend begleitet.

(Beifall bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Dafür möchte ich an dieser Stelle auch meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Es hat nämlich wirklich von der Planungsphase bis heute 20 Jahre gedauert, von der ersten Idee bis hin zur Realisierung. Man muss sagen, es gehört zu den Projekten, die mit kleinen Ausreißern nach oben relativ im Zeitplan, relativ im Budgetplan geblieben sind, und das bei einem Konsortium – es ist eben schon angeklungen –, an dem elf Länder teilnehmen. Das finde ich durchaus beeindruckend bei einem Projekt dieser Größe, über einen so langen Zeitraum so viele verschiedene Regierungen, sowohl hamburgseitig als auch im Bund als auch in den anderen Ländern, an Bord zu halten und zu begeistern für dieses Projekt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Senatorin, bevor Sie fortfahren, gestatten Sie den Hinweis, dass die Redezeit der Abgeordneten in der Aktuellen Stunde jetzt abgelaufen wäre. Aber bitte fahren Sie fort.

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank: Ja, dann mache ich es jetzt schnell. Ist das auch neu? Ist das schon Teil der Reform?

(*André Trepoll CDU:* Das war eigentlich schon immer so! – Heiterkeit bei den Fraktionen)

Präsidentin Carola Veit: Das müssten Sie in der Senatsvorbereitungsrunde besprochen haben.

Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (fortfahrend): Dann war ich in dem Moment wohl kurz nicht aufmerksam in der Senatsvorbereitungsrunde und werde noch einen Punkt gern aufgreifen, weil er mir tatsächlich am Herzen liegt.

Neben der Qualität der Forschung – und das ist ein Punkt, den einige von Ihnen schon angesprochen haben – ist es die Frage des Zusammenhalts und der Integration, die ein solches Forschungsprojekt tatsächlich bewegen kann.

Wir sind in bewegten Zeiten, wir spüren alle fast täglich die Fliehkräfte, wir setzen uns mit dem Brexit auseinander, fremdenfeindliche Töne nehmen zu. Und wir haben hier ein Forschungsprojekt – Russland ist schon angesprochen worden –, bei

dem nicht nur europäische Partner dabei sind, sondern auch Russland, und wir über Forschung ein sehr starkes Signal für Integration setzen und über Forschung auch ein gemeinsames Ziel definieren. Das ist also ein echtes Stück gelebtes Europa, ein multinationales Kooperationsprojekt, und für mich sehr konkret in dieser Frage auch die Umsetzung des europäischen Gedankens in der Wissenschaft. Man kann es nicht oft genug betonen, dass das hier in Hamburg und Schleswig-Holstein stattfindet. Der European XFEL ist, glaube ich, ein sehr starkes Signal, sinnbildlich für einen zentralen Baustein unserer Wissenschaftspolitik im Senat, Magnet für die klügsten Köpfe, Forscherinnen und Forscher aus unterschiedlichen Bereichen zusammenzubringen und neue Perspektiven zu eröffnen, die einzigartigen Perspektiven in Bahrenfeld auf dem Forschungscampus rund um das DESY und der Universität weiter auszubauen, denn dort gibt es schon viele Kooperationen.

Aber wir wollen vor allem eines, und ich denke, das eint uns wieder: in Hamburg bahnbrechende Entdeckungen machen und dabei Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand schaffen. Ich danke noch einmal all denjenigen, die über die vergangenen Jahre hier, in Berlin, in den anderen Ländern dieses Projekt so maßgeblich mit angeschoben, auf den Weg gebracht und auch zur Umsetzung gebracht haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich jetzt nicht.

Dann kommen wir zum nächsten Thema, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE

Der Erbschaftsteuer-Kompromiss ist ein Erfolg der Lobby der Vermögenden. Der Hamburger Senat darf dem nicht zustimmen

Wer möchte das Wort? – Herr Hackbusch, bitte, Sie haben es.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dieser sehr abstrakten, unter der Erde liegenden Fragestellung kommen wir jetzt wieder etwas nach oben, real ins politische Leben. Unter anderem zu Herrn Scholz, der gegenwärtig da oben sitzt und am Freitag im Bundesrat mit abstimmen wird über die Frage, wie in der Erbschaftsteuer in Zukunft in dieser Republik verfahren wird. Und dazu sind noch einmal einige wichtige Worte notwendig.

Das Erste: Deutschland ist gegenwärtig, und das ist, glaube ich, vielen nicht bewusst, ein Eldorado für Vermögende, Unternehmen und Erben. Die OECD-Untersuchung dazu sagt, dass in allen Industrieländern prozentual mehr Steuern aufge-

(Norbert Hackbusch)

bracht werden bei Vermögenden und Unternehmern als in Deutschland, nur Österreich liegt noch darunter. Als Beispiel: 2,4 Prozent der Steuern in Deutschland, 8,5 Prozent der Steuern in Frankreich, und in Großbritannien fast 12 Prozent. Selbst in Skandinavien, das einen sehr hohen Spitzensteuersatz hat, liegt es noch bei 3 Prozent und dementsprechend über dem, was in Deutschland gemacht wird.

Stattdessen müssen in Deutschland vor allen Dingen diejenigen bezahlen, die ein normales Arbeitseinkommen haben. Diese Hauptverdiener tragen die Hauptlast der Steuerbelastung, weil die anderen geschont werden. Und so tragen wir, glaube ich, dazu bei, da wir eine hohe Frustration in dieser Gesellschaft haben, dass es eine Möglichkeit bei der Erbschaftsteuer gäbe, daran etwas zu verändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das in einer Situation, in der wir alle über die explosionsartige Zunahme von Vermögen diskutieren. Ich bezeichne das, was hier geschieht und in den vergangenen Jahren geschehen ist, als Klassenkampf. Als erfolgreichen Klassenkampf, leider nicht von unten, sondern von oben. Aber dem müssen wir begegnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch einmal sagen, um was es konkret ging. Die Begründung des Bundesverfassungsgerichts, mit der die alte Erbschaftsteuer außer Kraft gesetzt worden war, kämpfte vor allen Dingen dagegen, dass sie sagte, die Verschonung des betrieblichen Vermögens müsse verändert werden und ebenso die willkürlichen Betriebsaufspaltungen, mit der praktisch begründet wird, dass es nicht um die Familienunternehmen geht, die so schön in der Diskussion immer stattgefunden haben und die die Lobbygruppen so gern reingedrückt haben, sondern wesentlich um hohes und großes Betriebsvermögen, das in Cash-Gesellschaften aufgeteilt wird und dementsprechend im Wesentlichen nicht die Familienunternehmen davon profitieren, sondern praktisch diese Gesellschaften.

Das neue Gesetz hat einige Kleinigkeiten verändert und auch verbessert, das will ich gar nicht infrage stellen, aber der zentrale Kern hat sich nicht verändert. Weitgehende Begünstigungen bis hin zur Möglichkeit völliger Steuerfreiheit sind weiterhin vorgesehen, auch für große Aktienpakete, großes Immobilienvermögen, für land- und forstwirtschaftliches Vermögen. Und es geht eben nicht um die mittelständischen Familienunternehmen, sondern um die reichsten Familien der Republik. Das ist eine große Steuersubventionierung, wenn man durchliest, was das Bundesverfassungsgericht dazu festgestellt hat, in Höhe von 50 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren. Von daher ist

es meiner Meinung nach absolut notwendig, um in dieser Gesellschaft weiterhin existieren zu können, dass wir auch dagegen etwas machen, und die Erbschaftsteuer wäre ein wichtiges Instrument dafür.

(Beifall bei der LINKEN)

Bedeutend ist es zusätzlich deswegen für uns – wir haben doch gerade die Haushaltsberatungen –, weil wir angesichts von 250 Milliarden Euro vererbtem Vermögen nur 5 Milliarden Euro Einnahmen haben, dass man hier leicht eine Erhöhung der Einnahmen bekommen kann, die wir gerade in den Haushaltsberatungen in Hamburg gegenwärtig so dringend brauchen. Das haben wir immer wieder festgestellt in den letzten Tagen.

Es zeigt sich auch an einer anderen Stelle, nur um das einmal deutlich zu machen, was gesellschaftlich hier geschieht. Fragen Sie einmal herum, wer sich heutzutage eine Wohnung in Hamburg kaufen kann. Das sind nicht diejenigen, die gut verdienen, sondern es sind nur diejenigen, die erben. Das müssen wir gegenwärtig feststellen, und daran müssen wir etwas in dieser Gesellschaft verändern, sonst wird sich Leistung nicht mehr lohnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher haben wir meiner Auffassung nach eine Situation, in der wir eine Kampagne haben, in der diese wesentlichen Kennzahlen gar nicht mehr angeschaut worden sind, sondern es ist die Kampagne der Familienunternehmen, die einfach nicht stimmt, wie alle diejenigen, die sich darum kümmern, festgestellt haben. Und ich stelle leider fest, dass die auf der rechten Seite dieses Parlaments diesem Lobbyismus voll gefolgt sind. Wir werden das auch gleich in den Beiträgen noch einmal hören.

Bei der SPD hören wir unterschiedliche Stellungen.

(*André Trepoll CDU*: Das ist immer so!)

Frau Nahles hat deutlich gesagt, wir stellen eine Oligarchie der Reichen fest, noch vor 14 Tagen im "Spiegel" in einem Interview. Und ich sage einfach, da halte ich es einmal mit der bayrischen Verfassung. Die bayrische Verfassung sagt, die Erbschaftsteuer diene auch dem Zweck, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen Einzelner zu verhindern. Das unterstütze ich, und Frau Nahles sollte daran denken und Herr Scholz bei der Abstimmung am Freitag auch.

(Beifall bei der LINKEN – *Heike Sudmann DIE LINKE*: Und Herr Seehofer auch!)

Die GRÜNEN haben diesen Kompromiss im Bundestag mit guten Gründen abgelehnt. Ich bin einmal gespannt, wie die Entscheidung am Freitag aussehen wird. Wir lehnen diesen Kompromiss ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Bevor ich Herrn Quast von der SPD-Fraktion das Wort gebe, noch der Hinweis, dass die Aktuelle Stunde heute bis 16.30 Uhr dauert. Wenn Sie mögen. – Herr Quast, Sie haben das Wort.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die wichtigste Botschaft im Zusammenhang mit der Reform des Erbschaftsteuergesetzes ist, dass die Politik es geschafft hat, verfassungsgemäße Regelungen zu schaffen und die zentralen Kritikpunkte des Bundesverfassungsgerichts zu heilen. Die Politik hat es nämlich geschafft, unangemessene Verschonung großer betrieblicher Vermögen, die Freistellungsregelungen in Bezug auf die Lohnsummenregelung auf Unternehmen mit fünf Mitarbeitern zu begrenzen, und dass die Verschonung von Verwaltungsvermögen eingeschränkt wird. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Gefahr bestand doch, dass das Verfassungsgericht am Ende eine Entscheidung trifft, die die Aussetzung der Erhebung dieser Steuer bedeuten würde. Das heißt, keine Steuereinnahmen mehr und nicht mehr Steuereinnahmen, wie Sie es hier propagieren, Herr Hackbusch, was sicherlich schön wäre. Und es wäre vor allen Dingen offen, ob und wann es jemals im Bundesrat und Bundestag zum gleichen Zeitpunkt eine Mehrheit geben würde, um dann wieder eine Erbschaftsteuer einzuführen. Wir erleben es doch an anderer Stelle, dass wir seit 20 Jahren keine Mehrheiten zustande bekommen. Und dann, Herr Hackbusch, tritt das ein, was Sie gerade beklagt haben, nämlich ein Eldorado für Vermögende. Dann erst recht. Und das galt es zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn die Steuer ist besonders für die Länder wichtig. Das Aufkommen 2015 lag bei 6 Milliarden Euro, Hamburg plant, in den nächsten Jahren jeweils 200 Millionen Euro aus der Erbschaftsteuer einzusetzen für die Aufgaben, die diese Stadt hat. Für viele wichtige Aufgaben im Bereich Bildung, im Bereich Wirtschaftsförderung, im Bereich Soziales. Und ich frage Sie: Wer wäre denn der Erste, der monieren würde, wenn am Ende dafür die Mittel nicht mehr da wären, wenn wir für Soziales nichts mehr machen könnten? Dann sind Sie es doch, Herr Hackbusch, und auch zu Recht, der das beklagen würde. Deswegen geht es darum, dass wir dieses Steueraufkommen für Hamburg sichern, und deswegen haben wir ein Ergebnis erzielt, das ein Kompromiss war. Ja, alle mussten Zugeständnisse machen, und es besteht sicherlich kein Grund zur Euphorie, aber entscheidend ist, dass wir diese Steuer erhalten.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Man darf auch nicht verschweigen, dass gleichwohl unter Leitung des Ersten Bürgermeisters auch Verbesserungen erreicht wurden im Vermittlungsverfahren. Schlupflöcher wurden nachhaltig gestopft, die Cash-GmbH ist jetzt endgültig vom Tisch, bei der Ermittlung des Unternehmenswertes wurden im Sinne des Steueraufkommens Verbesserungen erreicht, und die sogenannte Bereicherungsgrenze für Familienunternehmen wurde eingeführt, sodass Entnahmen, die stärker als 37,5 Prozent des Gewinns sind, sich nachteilig auswirken würden.

Ebenfalls ein wichtiger Punkt: Die voraussetzungslose und zinsfreie zehnjährige Stundung von Steuerzahlungen ist ebenfalls entfallen. Also wir müssen nicht in Sack und Asche gehen, es gibt auch Erfolge zu verzeichnen im Vermittlungsverfahren, und dafür, glaube ich, gebührt unser Dank dem Verhandlungsgeschick unseres Finanzsenators und des Ersten Bürgermeisters. Deswegen ist es auch konsequent, am Freitag im Bundesrat diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Alles hätte besser werden können, aber auch viel schlimmer, insbesondere, wenn die Bayern sich stärker hätten durchsetzen können. Das wurde verhindert, deswegen lassen Sie uns diesen Weg jetzt gehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses zur Neuregelung des Erbschaftsteuerrechts ist angesichts der schwierigen Ausgangslage, die es bei diesem Thema durchaus gab, ein vernünftiger Kompromiss. Es schafft Planungssicherheit, insbesondere für die vielen betroffenen mittelständischen Familienunternehmen. Und es ist gut, dass viele Ideen – nicht nur von der LINKEN, sondern insgesamt aus dem rot-grünen Lager, viele Ideen –, viele Angriffe auf die privaten Unternehmen zum Nachteil familiengeführter Unternehmen hier abgewendet werden konnten. Insofern ist es ein gutes Ergebnis, was dort erzielt wird.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch gut, dass die Politik eine Entscheidung getroffen hat. Ich hätte mich zwar auch gefreut, wenn man die Fristen, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hatte, vielleicht nicht bis zum allerletzten Moment ausgereizt hätte, das habe ich durchaus schon an früherer Stelle gesagt. Aber die Lage war nun einmal so, wie sie war, und im Endeffekt wurde eine Lösung erreicht.

Im Übrigen, Herr Hackbusch, wenn man sich die Entscheidung des Verfassungsgerichts von vor einigen Jahren einmal durchliest, hat das Verfas-

(Thilo Kleibauer)

sungsgericht ausdrücklich festgestellt, dass es sehr gute Gründe gäbe, Betriebsvermögen in Familienunternehmen für den Fall der Schenkung oder Erbschaftsteuer zu begünstigen. Und dazu stehen wir auch. Gerade in Hamburg muss man doch sagen, Familienunternehmen sind hier das Rückgrat der Wirtschaft, und da müssen wir doch in diesem Moment auch für Planungssicherheit sorgen und können nicht neue Irritationen in diesem Umfang hier hineinbringen mit Ihrer Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Hackbusch, Sie tun immer so, als sei das ein großes Geschenk an die Familienunternehmen. Da muss man sich doch auch die Regelungen einmal durchlesen. Das ist nicht ohne jegliche Auflage, sondern die Begünstigung ist gebunden an den Erhalt von Arbeitsplätzen, an die Fortführung des Unternehmens über einen sehr, sehr langen Zeitraum.

(*Joachim Lenders CDU*: So ist es!)

Da übernimmt jemand unternehmerisches Risiko, da übernimmt jemand auch Auflagen, und genau für den Fall gilt das.

(*Joachim Lenders CDU*: Genau!)

Und das Betriebsvermögen ist häufig so, dass es in der Bilanz natürlich da ist, aber dass es faktisch im Betrieb gebunden ist, dass überhaupt keine Mittel da sind, noch hohe Steuerlasten zu begleichen, Herr Hackbusch. Ich habe nicht das Gefühl, dass Sie das begreifen, aber man muss es in dieser Öffentlichkeit sagen, es werden nicht alle Unternehmer immer pauschal begünstigt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Quast hat die Zahl genannt, es waren über 6 Milliarden Euro Aufkommen aus der Erbschaftsteuer im letzten Jahr, mehr als 100 000 Fälle, die steuerpflichtig waren. Auch das zeigt doch, es greift und es ist nicht so, dass ein Gesetz besteht, von dem alle nur begünstigt sind. Nein, das Erbschaftsteueraufkommen ist wichtig und das bleibt auch so, und die Erbschaftsteuer ist sicherlich auch wichtig für die soziale Marktwirtschaft, für den sozialen Zusammenhalt.

Sie haben das Wort Klassenkampf in den Mund genommen. Ich habe das Gefühl, der wird hier von Ihnen hereingetragen, weil es Ihr Leitgedanke ist zu sagen, private Unternehmer, privates Kapital seien schlecht, ohne dass Sie selbst irgendwann glaubhaft eine Alternative zu diesem Konzept dargelegt haben. Da kann man nur sagen, Unternehmer sind auch welche, die ins Risiko gehen,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das Risiko lohnt sich! Sie werden ja immer reicher!)

die auch in schlechten Zeiten haften und die mit dem Aufbau, mit Investitionsentscheidungen, mit dem Aufbau von Arbeitsplätzen und mit dem Erhalt

von Arbeitsplätzen sehr viel für den sozialen Zusammenhalt in diesem Land beitragen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Man kann mit so einem Verhandlungsergebnis glücklich sein oder nicht. Ich glaube, jede Fraktion, jede Seite hätte irgendwelche Aspekte, zu denen sie gesagt hätte, das hätte man besser machen können. Aber eines sage ich sehr deutlich, Herr Hackbusch: Wenn die Bundesländer sagen, sie kriegen es nicht gebacken, sie rufen den Vermittlungsausschuss an, dann muss man sich dort auch einbringen. Und Ihre Partei stellt doch einen Ministerpräsidenten in diesem Deutschland, wenn ich mir das richtig ansehe, Herrn Ramelow aus Thüringen. Herr Ramelow aus Thüringen ist Mitglied im Vermittlungsausschuss, war bei den Sitzungen aber gar nicht dabei. Dann frage ich mich doch, Herr Hackbusch, was für ein wirkliches Interesse Sie denn überhaupt haben,

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

hier zu einer Neuregelung beizutragen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg FDP*)

Insofern setzen wir darauf, dass der Senat im Bundesrat zustimmt, so wie das heute schon zu lesen war. Ob das jeder so euphorisch kommentiert wie der Erste Bürgermeister, bleibt einmal dahingestellt. Es ist im Moment ein gangbarer Weg und es ist gut, wenn er am Freitag im Bundesrat eine breite Mehrheit erhält.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für uns GRÜNE ist dies ein schwieriger Kompromiss, weil er aus unserer Sicht Deutschland nicht besonders weiterbringt in puncto Steuergerechtigkeit. Aber immerhin ist dieser Kompromiss nach der Prüfung von vielen Verfassungsexperten zumindest wohl verfassungskonform, und das ist das Mindeste, das man nach dieser langen Zeit auch erwarten kann von einem Gesetzentwurf von Bundesrat und Bundestag.

Die Ausgangslage vor dem Vermittlungsausschuss war alles andere als optimistisch im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit, insbesondere der CDU-Teil der Bundesregierung und auch das Bundesland Bayern haben darauf gedrängt, im Grunde genommen an ihrem Entwurf nichts zu ändern. Das war aber auch für uns Länder natürlich kein Weg, denn wir wollten ein Gesetz zustande bringen, das aus unserer Sicht wenigstens verfassungskonform ist. Es wird in jedem Fall in Karlsruhe landen, aber mit gutem Gewissen in einen neu-

(Farid Müller)

en Streit in Karlsruhe zu laufen, ich glaube, das kann kein Weg sein für uns in den Ländern.

In puncto Steuergerechtigkeit ist dennoch einiges erreicht worden. Der Kollege Quast hat das eben schon ein bisschen ausgeführt. Wir haben, und das ist nicht ganz unwichtig, die Stundungsregel, die bisher galt, im Grunde genommen zehn Jahre lang, abgeräumt. Wenn man ein Erbe antrat, wurde man vom Finanzamt gefragt, ob man jetzt zahlen oder es gestundet haben wolle. Dann haben natürlich alle gesagt, da es zinslos ist, mache man das einmal in zehn Jahren, einen besseren Kredit könne man gar nicht bekommen. Also das Thema haben wir in dieser Form abgeräumt und es gilt noch ein Jahr, nämlich 6 Prozent Steuerzinssatz, den wir alle in diesem Land zahlen, wenn wir nicht sofort beim Finanzamt alles hinterlegen. Das ist ein Stück weit mehr Gerechtigkeit und es ist ein gutes Zeichen, das von diesem Kompromiss ausgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist auch gelungen, die Besteuerung von Finanzunternehmen wie Vermögensverwaltungen und Cash-GmbHs zu ermöglichen, denn das war bisher nicht vorgesehen. Wir wissen alle, dass diese Steuervermeidungs-GmbHs sehr erfolgreich waren, und das ist überhaupt nicht im Sinne der Steuergerechtigkeit und des Gemeinwohls. Also auch das ist korrigiert worden.

Ein besonders ärgerlicher Punkt ist ebenfalls korrigiert worden, dass nämlich Unternehmer oder Unternehmen und deren Inhaber Luxusgüter, die sie eigentlich privat genutzt haben, umdeklarieren konnten in steuerbegünstigtes Betriebsvermögen. Auch das haben wir mit diesem Kompromiss beseitigt. Auch das ist nichts, was draußen verstanden wird, das ist nichts, was mit Steuergerechtigkeit zu tun hat, und es hat auch nichts mit dem Erhalt von Familienunternehmen zu tun. Gut, dass das jetzt gegessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dann gab es noch einmal die Frage, wann man nun und in welcher Höhe von Erbschaftsteuer befreit wird.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Und an die 100-prozentige Befreiung – dazu hat Karlsruhe im Urteil gesagt, sie sei einer der Hauptgründe, warum es verfassungswidrig sei und einer Neuregelung bedürfe – müssen wir herangehen. Hier haben wir es immerhin geschafft, dass eine Verschonung gegeben ist, wenn ein 20-prozentiger Anteil von Verwaltungsvermögen vorliegt.

Also, wir haben einiges erreicht. Was wir nicht verhindern konnten ist, dass die großen Vermögen, die nicht nur Familienunternehmen betreffen, sondern eben auch Privatvermögen, im Grunde ge-

nommen viel zu gut weggekommen sind. Das hat nichts damit zu tun, dass Arbeitsplätze gefährdet sind. Und auch das haben wir nicht der SPD und der rot-grünen Seite zu verdanken, sondern das haben wir ausschließlich der CDU und Bayern zu verdanken, dass hier sehr wenig Bereitschaft war, sich zu bewegen. Das ist schade und auch traurig, denn ich glaube, dass die Menschen in diesem Land sehr genau verstehen, was wir jetzt beschließen müssen.

Ich glaube, wir müssen den wirtschaftlichen Akteuren und auch den Erben von großen Vermögen ein bisschen mehr zumuten, als wir es jetzt am Freitag beschließen. Wir wissen aber auch, dass es dazu momentan keine Mehrheit in diesem Land gibt, und deswegen ist es gut, dass wir heute darüber reden und dass es zur Debatte angemeldet ist. Wir müssen uns erklären. Und dieser Kompromiss muss auch erklärt werden.

Aber ich will Ihnen sagen, warum wir GRÜNE in Hamburg beschlossen haben, warum wir schweren Herzens zustimmen werden: Wir glauben, dass nach so langer Zeit eine völlige Blockade des Politikbetriebs gegen das Verfassungsgericht gerade Wasser auf den Mühlen derer wäre, die an dieser Demokratie rütteln wollen, die sie infrage stellen und immer von den Altparteien reden. Ich glaube, dass es richtig war, dass wir hier eine politische Lösung finden, auch wenn sich nicht alle Parteien mit ihren Konzepten durchgesetzt haben. Ich finde das gut am Ende und das ist auch ein Wert, den man nicht unterschätzen darf.

(Glocke)

Zum Schluss: Hamburg kann auf 280 Millionen Euro Erbschaftsteuer nicht verzichten. Das stand tatsächlich zur Debatte; zudem haben wir gerade die Haushaltsberatungen.

(Glocke)

Ich kann nur sagen, das war ein sehr wichtiger Grund, dass wir zustimmen werden am Freitag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Müller. – Als Nächste erhält das Wort Katja Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In einem Punkt muss ich der LINKEN recht geben. Der Hamburger Senat darf diesem Kompromiss zur Erbschaftsteuer nicht zustimmen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber aus anderen Gründen!)

Damit hören tatsächlich die Gemeinsamkeiten auf, denn es ist richtig, dass natürlich unsere Argumente für diese Forderung vollkommen andere sind als

(Katja Suding)

diejenigen, die wir jetzt gerade von Norbert Hackbusch gehört haben.

Der LINKEN geht es allein um eine deutlich höhere Besteuerung von Erben, und die kann aus ihrer Sicht gar nicht hoch genug sein. Dass Ihr Ansinnen vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen trifft, dass Sie damit auch Arbeitsplätze, die vor allen Dingen von diesen Unternehmen geschaffen werden, damit gefährden, ist Ihnen offenbar egal.

Aber solche Fakten interessieren Sie auch weniger, Ihnen geht es vor allen Dingen darum, dass Sie eine Neiddebatte führen wollen, aber diese Debatte brauchen wir ganz und gar nicht.

(Beifall bei der FDP und bei *Stephan Gamm CDU*)

Was wir dagegen brauchen, ist eine Neufassung der Erbschaftsteuerreform. Und wir brauchen eine, die drei Kriterien erfüllt; nämlich eine, die erstens verfassungskonform ist und nicht Gefahr läuft, dass sie in einigen Monaten wieder gekippt wird; die zweitens dafür sorgt, dass größere Vermögen bei der Übertragung zur Finanzierung des Gemeinwesens auch da sind, und zwar unabhängig von der Art des Vermögens, das da übertragen wird; und die drittens dazu führt, dass inhabergeführte Unternehmen eben nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

Der vom Vermittlungsausschuss vorgelegte Kompromiss, der bereits im Bundestag beschlossen wird und am Freitag im Bundesrat auf der Tagesordnung steht, erfüllt leider keines der drei genannten Kriterien. Hier wurde eine wirklich große Chance vertan.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich den Kompromiss ansieht, dann findet man darin keine nachhaltigen Vereinfachungen, fast keine. Das deutsche Erbschaftsteuersystem bleibt zu kompliziert und damit auch in seiner Verwaltung und seiner Umsetzung viel zu teuer. Diejenigen, die sich darüber am meisten freuen werden, sind die Steuerberater. Für sie ist dieser Kompromiss ein wahres Konjunkturprogramm.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Da ist doch die FDP auch wieder dabei! – *Kazim Abaci SPD*: Das ist doch Ihre Klientell!)

– Wie bitte?

Außerdem finden sich im vorgelegten Kompromiss immer noch umfangreiche Verschonungsregeln von Betriebsvermögen, und daran, wir haben es bereits gehört, ist die Erbschaftsteuer vor dem Bundesverfassungsgericht doch schon einmal gescheitert. Jetzt sind die wieder drin, da überzeugen mich auch nicht die Ausführungen des Kollegen Kleibauer oder von Herrn Müller. Ich glaube nicht,

dass Sie recht haben. Und es ist wieder so, dass für die Unternehmen jetzt erneut eine Rechtsunsicherheit besteht. Es ist nichts schlimmer für diese Unternehmen als zu wissen, dass bei einer der nächsten Klagen, die mit Sicherheit kommen werden, das Ganze wieder gekippt werden kann.

Zudem ist niemandem zu vermitteln, dass auf der einen Seite immer neue Belastungen für Unternehmen und Mittelstand beschlossen werden – da war die Bundesregierung sehr erfolgreich – und auf der anderen Seite viel zu wenig von der Bundesregierung dafür getan wird, dass die großen Konzerne, Unternehmen wie Google, Apple, Starbucks oder Ikea, endlich ihren angemessenen Steuerbeitrag leisten. Diese Unternehmen nutzen unsere Infrastruktur, sie erzielen ihre Gewinne hier in Deutschland, sie leisten aber kaum einen Anteil an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben. Daran muss sich dringend etwas ändern, und zwar schnell.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jörn Kruse AfD*)

Wir hätten uns eine viel grundsätzlichere Reform der Erbschaftsteuer gewünscht und keine halbgarigen Kompromisse. Dazu hatten wir sehr konkrete Vorschläge gemacht.

Erstens: Wir wollen einen einheitlichen Steuersatz, und der muss für alle Arten der Vermögensübertragung gelten, also für ein privates Aktienpaket genauso wie für eine Unternehmensbeteiligung. Dieser Steuersatz müsste bei etwa 10 Prozent liegen, was nach unseren Berechnungen sicherstellen wird, dass das Gesamtaufkommen aus der Erbschaftsteuer für die Länder damit im Wesentlichen gleich bleibt.

Zweitens: Bei der Erbschaftsteuer handelt es sich um bereits versteuertes Vermögen, deshalb wollen wir einen Freibetrag von 1 Million Euro.

Und drittens: Die aus unserer Sicht verfassungswidrigen Verschonungsregeln für Unternehmensvermögen sollen abgeschafft werden.

Im Ergebnis hätten wir weniger Bürokratie und niedrigere Kosten bei der Erhebung der Erbschaftsteuer, weil sie einfacher zu berechnen wäre. Die Erbschaftsteuer wird gerechter sein, weil Ausnahmen und Privilegien wegfallen. Kleine und mittlere Unternehmen und Familienbetriebe bekommen wieder Planungssicherheit und können investieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Und den Ländern bleiben die Einnahmen auf dem bisherigen Niveau erhalten.

Wir fordern den Senat daher auf: Stimmen Sie dem vorgelegten Kompromiss im Bundesrat am Freitag nicht zu, sorgen Sie lieber dafür, dass ein besserer Vorschlag vorgelegt wird. Die Eckpunkte haben wir Ihnen gerade skizziert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält das Wort Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Hier ist schon sehr viel Richtiges gesagt worden, und zwar von verschiedensten Seiten. Meine erste Feststellung mag Sie ebenfalls überraschen, genau wie Frau Suding, denn DIE LINKE hat recht mit Ihrer Forderung, der Senat sollte diesem Reformvorschlag nicht zustimmen.

Das Bundesverfassungsgericht hat klare Vorgaben gemacht, welche Kriterien ein Erbschaftsteuergesetz erfüllen muss. Dazu gehört, vereinfacht ausgedrückt, vor allen Dingen die grundsätzliche Gleichbehandlung der zu vererbenden Vermögensarten Bargeld, Wertpapiere, Immobilien, Unternehmen. Und genau diese Vorgaben erfüllt der aktuelle Gesetzentwurf nicht. Vielmehr werden Privilegierungsregelungen von Firmenerben fortgeschrieben. Ein erneutes Kippen der Erbschaftsteuer durch das Verfassungsgericht erscheint wahrscheinlich.

Inhaltlich mag man dazu im ersten Schritt stehen, wie man will. Aber einem zum Scheitern geradezu verurteiltes Gesetz sehenden Auges zuzustimmen ist unverantwortlich und zeugt von fehlendem Respekt gegenüber dem Bundesverfassungsgericht.

In einem zweiten Schritt steht die Auseinandersetzung mit dem Inhalt. Was ist gut, was ist schlecht an der Erbschaftsteuer? Wie kann man hier eine bessere und gerechtere Lösung erzielen? Die wichtigsten Kritikpunkte hat insbesondere die FDP schon genannt. Der Verwaltungsaufwand der Erbschaftsteuer ist erheblich. Und dieser Verwaltungsaufwand fällt sowohl in der Finanzverwaltung als auch bei den Steuerpflichtigen an. Außerdem sind langwierige Gerichtsverfahren vorprogrammiert. Die umständlichen Regelungen führen bei vererbten Unternehmen zu Einschränkungen der unternehmerischen Entscheidungsfindung, sie kosten im besten Fall Verwaltungsaufwand und Nerven, im schlimmsten Fall Arbeitsplätze und unternehmerische Existenzen. Dies würde sich natürlich bei einer stärkeren Gleichbehandlung der Vermögensarten noch stärker auswirken. Die Erbschaftsteuer ginge dann vollends zulasten des Mittelstands. Sie ist darüber hinaus ungerecht, weil es die wirklich Reichen kaum betrifft. Wer sich Spitzenberatung und teure Unternehmenskonstruktionen leisten kann und rechtzeitig vorsorgt, wird Wege zur Vermeidung der Erbschaftsteuer finden.

Und zuletzt sollten wir uns fragen, ob die Erbschaftsteuer in ein umfassendes Konzept eingebettet ist. Wenn man mit ihr auch einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten soll zwischen denjenigen, die erben, und denjenigen, die keine Erbschaft erhalten, dann fehlt ein Element. Es würde auf der

einen Seite weggenommen, auf der anderen Seite aber nichts zur Förderung von Vermögensaufbau getan. Ein möglicher Baustein war in der Vergangenheit die Eigenheimzulage. Den Reichen nehmen und den Ärmeren nicht geben, das ist ein schlechter Witz. Der Staat ist dann ein höchst eigennützigster Robin Hood. Unter diesen Umständen lehne ich eine Erbschaftsteuer in Gänze ab. Eine gerechtere, verfassungsfeste, mittelstandsfreundliche, möglichst unbürokratische Lösung hingegen verdient jederzeit, offen diskutiert zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank. – Als Nächster erhält das Wort der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Deutschland ist ein föderales Land. Hamburg profitiert davon, und die alte Stadtrepublik Hamburg hat es bis heute geschafft, dass sie ihre Eigenständigkeit bewahren kann als eines der 16 Länder in unserer Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet aber auch, dass wir den Föderalismus in jeder Hinsicht leben müssen und Kompromisse und Verständigungen zustande bringen müssen, gerade bei Gesetzgebungen, die für die Länder von allergrößter Bedeutung sind.

Es ist hier schon gesagt worden, die Erbschaftsteuer ist eine bundesgesetzlich geregelte Steuer, das Aufkommen steht aber den Ländern zu. Und deshalb haben die Länder ein eminentes Interesse daran, sich über die Frage, wie diese Besteuerung in Zukunft erfolgen soll, auch zu verständigen. Wenn man nun in einem solchen föderalen System wie der Bundesrepublik versucht, das hinzubekommen, dann braucht man eine Mehrheit im Deutschen Bundestag mit den jetzigen Regierungsparteien von SPD, CDU und CSU. Und man benötigt eine Mehrheit im Bundesrat, in dem viele Ministerpräsidenten unterschiedlicher parteipolitischer Zugehörigkeit sind und viele Parteikoalitionen die jeweiligen Regierungen tragen. Das ist nicht einfach. Insofern ist es etwas ganz Besonderes, dass nach einem langen Prozess für die Erbschaftsteuer, die so wichtig ist, eine Verständigung erreicht wurde. Und ich bin sehr froh, dass es, ich glaube, um halb zwei nachts, im Vermittlungsausschuss gelungen ist, eine Einigung zu erzielen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei André Trepoll CDU)

Das ist auch deshalb wichtig, weil die Erbschaftsteuer unmittelbar etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat. Und um Gerechtigkeit geht es doch, nämlich in demokratischer Politik dafür zu sorgen, dass die Dinge in unserem Land sich auf eine vernünftige Weise erledigen und entwickeln. Klar ist aber auch,

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

dass die Vorstellungen, was in dieser Hinsicht gerecht ist, völlig auseinandergehen. Und insofern war es eben auch sehr schwierig, eine Lösung zustande zu bringen. Für mich war auch, als Vorsitzender des Vermittlungsausschusses, sehr wichtig, dass wir eine verfassungskonforme Lösung erreichen. Da war ich mir nicht so sicher, ob der Gesetzentwurf, den der Bundestag schon beschlossen hatte, das vollständig garantiert hat. Es gab begründete Zweifel. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass wir mit dem Kompromiss, den wir jetzt erreicht haben, den Korridor des Verfassungsgemäßen auch beschritten haben und deshalb hoffen dürfen, dass dieses Gesetz nicht wieder aufgehoben wird vom Bundesverfassungsgericht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen hat das Bundesverfassungsgericht in seiner letzten Entscheidung sehr klargestellt, dass das, was dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat, dem Gesetzgeber in Deutschland, bei der Erbschaftsteuer wichtig war, auch künftig wichtig bleiben kann, dass es aber richtig gemacht werden muss. Sie haben gesagt, es sei ein völlig akzeptabler Grund zu sagen, wir wollen Arbeit und Beschäftigung in Deutschland erhalten, und deshalb darf es für Betriebe und Vermögen, das in den Betrieben zur Arbeitsplatzsicherung steckt, auch Begünstigungen geben. Diese finden sich in der jetzigen Reform. Die durch die neue Gesetzgebung des Bundestages und die Veränderung, die der Vermittlungsausschuss zustande gebracht hat auf Wunsch der Länder, wurde erreicht, dass es auch tatsächlich Betriebsvermögen ist, das im Betrieb bleibt. Es wurde erreicht, dass nicht etwas hineingetan wird, was gar nicht real der Beschäftigung und den Arbeitsplätzen dient. Das ist auch ein wichtiger Fortschritt, denn wir alle wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicher sein können, dass ihre Arbeitsplätze nicht gefährdet werden, weil das Geld, das im Unternehmen steckt, herausgezogen werden soll. Das Verfassungsgericht hat gesagt, geht so, jetzt ist es auch auf richtige Weise gemacht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat auch gesagt, es sei in Ordnung zu berücksichtigen, dass ein Unternehmen ein Familienunternehmen ist. Die Frage ist, was man darunter versteht. Und für die Beratungen des Vermittlungsausschusses war wichtig, das muss dann schon etwas sein, das man als solches begreifen kann und nicht als Vorwand dient, eine Steuervergünstigung für sich in Anspruch zu nehmen. Zum Beispiel ist gesagt worden, es müsse sich auf die Familienangehörigen und bisher schon am Unternehmen Beteiligte, das sind zum Beispiel Manager, Geschäftsführer, beschränken. Zum Beispiel ist gesagt worden, man darf aus dem Unternehmen nicht alles, was an Gewinn anfällt, herausholen. Zum Beispiel ist gesagt worden,

wenn man einen Unternehmensanteil veräußert, dann darf das nur mit einer langen Veränderung erfolgen, und generell muss es die Regel geben, auch vor dem Erbfall, für viele, viele Jahre, nicht das gesamte Geld zu bekommen, das man sonst für einen solchen Unternehmensanteil bekommen würde, also dass man für weniger Geld aussteigt, damit das Geld im Unternehmen bleibt. Das ist immer ein berechtigtes Kriterium, und dies haben wir gewissermaßen zustande gebracht.

Ich glaube, das ist auf diese Weise eine ordentliche, vernünftige Reform geworden, zu der man stehen kann und die dazu beitragen wird, dass die Familienunternehmen, die in unserer Stadt aktiv sind und von denen es sehr viele gibt, auch in Zukunft erfolgreich ihre Tätigkeit verrichten können, und die dazu beitragen wird, dass Arbeitsplätze, die sich in Betrieben weiterentwickeln sollen, erhalten bleiben. Mehr kann man nicht wollen. – Schönem Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Thilo Kleibauer* und *Michael Westenberger*, beide CDU)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde liegen keine ...

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Halt, halt!)

– Ja, ich bin auf dem linken Auge blind.

(Beifall bei der CDU)

– Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE, bitte.

(Zuruf)

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* – Es sei meinem Kollegen gegönnt. Dass er auf dem linken Auge blind ist, das kenne ich.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Das übernimmst du ja für ihn!)

Herr Scholz, es geht etwas anderes, ist meine Auffassung. Sie haben jetzt in gewisser Weise zwei Sachen gesagt. Sie haben einige inhaltliche Argumente genannt, haben aber im Wesentlichen dargelegt, dass man in der gegenwärtigen Konstellation mit Bundesrat und Bundestag nichts anderes hinbekommen könne, weil verschiedene Interessen bestehen.

Dementsprechend sind das natürlich zwei verschiedene Herangehensweisen. Das eine ist, ist überhaupt etwas anderes denkbar und überhaupt etwas anderes möglich? Man muss sich aufgrund der Debatte, die vorher geführt worden ist, einmal deutlich klarmachen, dass die Situation Folgende ist: Wir reden hier nicht davon, dass ich gern die Erbschaftsteuer noch etwas erhöhen möchte. Es geht hier um die Frage von Ausnahmeregelungen,

(Norbert Hackbusch)

die wir besprechen, von Menschen und Vermögen, die nicht ordentlich herangezogen werden und nicht die normale Erbschaftsteuer bezahlen wollen. Das ist die Diskussion, um die es sich gegenwärtig handelt.

Da hat Frau Suding in einem Punkt recht, um das einmal wieder zurückzugeben, dieses Gesetz ist natürlich ein Eldorado für alle Finanzberater und Steuerberater, die man sich so vorstellen kann. Sie freuen sich auch schon, das bekommt man in der gegenwärtigen Situation mit. Und, Herr Scholz, Sie werden das ebenfalls festgestellt haben, weil diese Regelungen zum Teil so kompliziert sind und so viele Ausnahmemöglichkeiten da sind, sind sie wieder in der Lage, etliche Steuerbefreiungen dort zu erreichen, wo sie an und für sich dafür nicht vorgesehen waren. Das ist das eine negative Moment.

Das andere große Moment ist die Frage, wie das mit den Ausnahmeregelungen ist bei dieser kleinen Erbschaftsteuer, die doch nun kein großer Teil ist gerade für diejenigen, die richtig in der Familie arbeiten. Die einfache Situation der Ausnahmeregelung wäre doch zu sagen, dass man in dem Augenblick, wo das Unternehmen das braucht, es so lange stundet und so lange darauf wartet in dem Moment, in dem es Schwierigkeiten gibt mit dem Unternehmen. Dass man so lange die Erbschaftsteuer stunden kann, ist doch auch eine Möglichkeit, die bisher vorgesehen worden ist, und dass es nicht dazu führen kann, dass man diese Erbschaftsteuer überhaupt nicht bezahlen muss. Das ist gerade die Ungerechtigkeit, die dabei geschieht, denn alle großen Vermögen, die wir haben, sind doch im Zusammenhang mit Betriebsvermögen versehen, obwohl sie zum Teil natürlich gar nicht mehr etwas mit Betrieben zu tun haben. Meinetwegen, meine sehr geschätzte Familie, weil ich für die eine ganze Zeit lang immer gearbeitet habe, da weiß ich sehr genau, was dort vorhanden ist. Ein Unternehmen, also eine Familie, die praktisch kein einziges Unternehmen mehr führt, nur noch Kapitalbeteiligungen führt, dies natürlich als Betrieb in irgendeiner Form praktisch organisiert hat und die aufgrund dieser Regelung bei den Erbschaftsteuern durchaus positiv von diesen Ausnahmeregelungen profitieren kann. Und das ist der Punkt, den wir kritisieren. Den halten wir nicht für richtig und den muss man verändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Und Herr Scholz, wenn wir ...

(*Jörg Hamann CDU*: Haben die wenigstens gut gezahlt oder geht so?)

– Es geht so. Wollen wir darüber noch einmal extra reden?

Herr Scholz, in dem Augenblick, in dem Sie als Sozialdemokrat nicht mehr aufrechterhalten, dass wir uns für eine gerechtere Republik einsetzen kön-

nen, und zwar dafür, dass die größeren Vermögen stärker herangezogen werden müssen für das, was Sie an Steuern und für gesellschaftliche Aufgaben in diesem Land brauchen, und wo wir merken, dass da eine wichtige Stimmung in diesem Land ist, wo sollen wir dann eine Hoffnung auf eine Veränderung haben? Woher soll denn dort eine Veränderung für mehr soziale Gerechtigkeit kommen? Oder meinen Sie, die ist nicht mehr notwendig? Bei Ihren Worten habe ich keine Hoffnung auf Rot-Rot-Grün. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *André Treppoll CDU*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt hat das Wort Herr Quast von der SPD-Fraktion.

(Heiterkeit bei der CDU und der AfD – Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Jan Quast SPD:* – Zu der Hoffnung sage ich jetzt nichts, ich weiß gar nicht, wer davon mehr hat.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hackbusch, das Problem ist, die Gesellschaft verändern wir nicht durch theoretische Vorträge. Die Gesellschaft verbessern wir durch praktisches Handeln, und dafür sind wir angetreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dazu gehört es eben, dass wir die Mittel haben, um unseren Staat so weiterzuentwickeln, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und an vielen Stellen den Menschen zu helfen, dort, wo es nötig ist. Und dazu brauchen wir auch das Steueraufkommen der Erbschaftsteuer, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ging auch immer darum, Regelungen zu finden – und das ist gelungen –, die sicherstellen, dass Unternehmen fortbestehen, auch im Erbschaftsfall. Es geht also auch um Arbeitsplätze und Beschäftigung. Und dies war ebenfalls ein wichtiger Punkt, den wir mit den Regelungen, die wir jetzt am Freitag im Bundesrat beschließen werden, erreicht haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und alles das, was Sie sich noch wünschen und vorstellen und was Sie im Detail auch hier diskutieren können – ich weiß nur nicht, wer das bis zu welchem Punkt hier mitmacht und auch mitmachen will –, sind Dinge, die zu diesem Zeitpunkt jedenfalls keine Mehrheit gefunden haben, keine Mehrheit finden werden, und die uns deswegen auch nicht weiterbringen. Ich denke, Sie sollten sich darauf konzentrieren, die Frage zu beantworten, was Sie für Hamburg Gutes tun können. Und an dieser Stelle sind Sie auf einem Irrweg, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Gemeldet hat sich jetzt noch Farid Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Mit Bedauern muss man feststellen, dass sich FDP, LINKE und auch wohl die AfD aus der Verantwortung gezogen haben, dass man einen vernünftigen Kompromiss zwischen Bund und Ländern erreicht vor dem Hintergrund, dass Karlsruhe eine Frist gesetzt hat für ein verfassungswidriges Gesetz, und dass wir das heilen. Das mag Ihnen offenbar nicht genug sein.

(Zuruf von *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

– Nein, ich möchte kurz meinen Gedanken zu Ende führen, Herr Hackbusch.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich (unterbrechend): Aber lassen Sie dem Präsidenten die Chance, die Frage zu stellen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen? Wir haben genügend Zeit.

Farid Müller GRÜNE:* Ja, Herr Präsident, selbstverständlich. Meine Antwort bleibt die gleiche.

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Dann fahren Sie fort.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Das war ein Nein.

Farid Müller GRÜNE (fortfahrend):* Was ich sagen wollte, ist, Frau Suding und Herr Hackbusch, es kommt doch in diesem Augenblick darauf an, ob es uns wichtiger ist, die Konzepte der eigenen Parteien hochzuhalten, als in diesem Fall auch einmal zu sagen, dass es schon einmal ein demokratischer Wert ist, dass sich die Parteien in einer Parteidemokratie in einem so wichtigen Punkt einigen können. Ich finde das wichtig, und ich finde es eher traurig, dass Sie sagen, Ihnen sei alles wurscht, Sie machten hier nur die Nummer,

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Wer hat das gesagt?)

die Sie als Partei nach vorn bringt, und der Rest interessiere Sie nicht.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP:* Das würde euch ja nie passieren, Farid!)

– Ja, das hat schon etwas damit zu tun. Und dann hat es auch etwas damit zu tun, ob man nun wirklich Verantwortung übernehmen will.

Natürlich kann sich Thüringen mit 26 Millionen Euro Erbschaftsteuer eher einmal herausziehen, da findet man vielleicht noch einmal eine Gegenfi-

nanzierung, als Hamburg mit 280 Millionen Euro Erbschaftsteuer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist ein Unterschied. Und wenn ich mir dann Ihre Reden im Haushaltsausschuss anhöre, in denen Sie anführen, wo man noch alles mehr draufpacken solle, und mir jetzt anhöre, wir dürften nicht zustimmen mit dem Risiko, dass Karlsruhe diese Steuer, wie bei der Vermögensteuer, womöglich ganz streicht, dann kann ich das nicht mehr als Verantwortung verstehen, dann kann ich das nur noch so verstehen, dass Sie sich herausgezogen haben und Ihr eigenes Ding machen. Aber für die Hamburger Zukunft ist das kein Beitrag.

Und jetzt noch einmal zum Schluss zu Ihrer Bemerkung, ob es eine Zukunft für Rot-Rot-Grün gäbe: Ich glaube, das wird bei der Bundestagswahl entschieden. Und natürlich gehen wir davon einmal aus, dass, wenn es gut ausgeht, wenn es so gut ausgeht, wie ich mir das wünsche, es dann einen neuen Anlauf geben wird mit einer neuen Mehrheit, noch mehr Steuergerechtigkeit in diesem Land zu erreichen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Auch wenn mancher gern mehr dazu gehört hätte, so ist jetzt Frau Suding von der FDP dran.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Farid, ich bin dankbar, dass noch einmal der Hinweis auf die Frist gekommen ist, die das Bundesverfassungsgericht gesetzt hat. Das Ganze ist zwei Jahre her und ich glaube, daran muss man auch einmal erinnern. Bundestag und Bundesrat hatten zwei Jahre Zeit, hier zu einem Kompromiss zu gelangen, der es möglich gemacht hätte, das Ganze verfassungsfest umzusetzen. Das ist offenbar nicht gelungen. Die Frist wurde überschritten. Und da finde ich es wirklich dürftig,

(*Farid Müller GRÜNE:* An den Ländern hat es nicht gelegen! – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Die FDP ist nicht schuld!)

wenn wir jetzt aus den Reihen vieler Fraktionen und auch vom Bürgermeister nur Entschuldigungen dafür hören, warum das Ganze nicht so gelungen ist und warum das Ganze nicht so sicher ist, wie man sich es eigentlich wünscht.

Ich finde auch deinen Hinweis auf die Verantwortung hier völlig fehl am Platze. Ich glaube, ich habe in meinem Beitrag sehr genau dargestellt, dass wir uns die Erbschaftsteuer wünschen, dass wir sie für richtig halten. Es ist richtig und es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass beim Übertrag von großen Vermögen der Staat seinen Anteil bekommt, um das Gemeinwesen zu finanzieren. Des-

(Katja Suding)

wegen brauchen wir eine Regelung, die einfach ist, die ohne Privilegien auskommt, die ohne Ausnahmen auskommt. Das wäre der richtige Weg gewesen, um diese Erbschaftsteuer zu einem gerechten System und zu einem akzeptierten System zu machen.

Ich möchte auf den Bürgermeister eingehen. Wir alle wissen doch, wenn der Bürgermeister hier steht und von etwas wirklich überzeugt ist, wie er dann auftritt. Ich habe jetzt in puncto Verfassungswidrigkeit von Ihnen einen sehr defensiven, einen sehr unsicheren Wortlaut gehört.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was?)

Er hat so etwas gesagt wie, wir dürften uns Hoffnungen machen, er sei ziemlich sicher, dass es irgendwie gehen würde. Das ist nicht die Ausdrucksweise, die der Bürgermeister an den Tag legt, wenn er sich wirklich sicher ist. Und wir laufen jetzt mit diesem Gesetz Gefahr, weil es eben so lange gedauert hat, weil man sich nicht einigen konnte, dass das Ganze wieder beklagt wird.

(Farid Müller GRÜNE: Und bei Ihrem Entwurf hätte niemand geklagt?)

Wir können davon ausgehen, dass vor dem Bundesverfassungsgericht wieder Klagen eingehen werden und dass wieder eine Situation der Unsicherheit für die Unternehmen da ist, dass sie nicht planen können, dass sie nicht wissen, was auf sie zukommt. Und diese Hängepartie hätte man den vielen Unternehmern im Land wirklich ersparen müssen, indem man sich einfach viel früher, viel schneller, viel ernsthafter mit einem so wichtigen Thema auseinandergesetzt hätte. Man kann jetzt nicht ankommen und sagen, wie wichtig das sei mit der Erbschaftsteuer und wie sehr die Länder vom Aufkommen profitierten, wie sehr sie das brauchen. Das sehe ich auch so, aber wenn man das so sieht, dann hätte man sich vor längerer Zeit schon intensiver und ernsthafter damit auseinandersetzen müssen und nicht jetzt solche wachweichen Kompromisse vorstellen, die dann entschuldigt werden mit der Notwendigkeit, Kompromisse zu machen. Das reicht nicht aus.

(Beifall bei der FDP – Farid Müller GRÜNE: Es lag doch am Bundestag!)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir gerade noch einmal die Themenmeldung angesehen, Herr Hackbusch. Es heißt hier nicht, dass die Erbschaftsteuer das Leuchtturmprojekt ist. Das war die erste Debatte, aber Sie behaupten, es sei hier irgendwie nur der Kompromiss, nur ein Erfolg von Lobbyarbeit. Im Endeffekt ist der Kompromiss ein Beleg

von Handlungsfähigkeit realistischer Politik. Da bin ich ganz bei Herrn Quast. Das ist das, was man in dieser Situation und in diesem Zeitfenster erwarten konnte. Und es ist gut, dass große Teile der Politik sowohl von den Bundesländern als auch vom Bundestag und vom Bundesrat entsprechend geliefert haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit eines solchen Gesetzes, Frau Suding, können wir als Hobbyjuristen alle dann beurteilen. Ich habe da auch meine Meinung. Ich bin bei Ihnen, es wird in jedem Fall beklagt. Also wird heute alles beklagt. Das wird auch häufig von denen beklagt, die vielleicht nicht unter die Begünstigten fallen.

Ich glaube aber, das allein darf nicht das Motiv sein, sich davon jetzt leiten zu lassen oder irgendetwas anders zu machen. Denn in dieser Situation muss man etwas machen. Es ist etwas, was juristisch gut begründet ist, was juristisch abgewogen ist. Es kann immer sein – wir leben in einem Rechtsstaat –, dass Gerichte anders entscheiden. Ich glaube trotzdem, dass es nicht die Planungssicherheit, die wir jetzt haben, die wir auch in diesem Jahr haben, empfindlich tangiert. Insofern ist das nichts, was gegen diese Lösung spricht.

Im Übrigen finde ich es toll, dass Sie hier für Steuergerechtigkeit und ein einfaches Steuersystem kämpfen. Herr Dr. Schinnenburg weist gern darauf hin, wenn irgendeine Idee den Ursprung im Jahr 2002 oder 2003 hatte, dass die FDP maßgeblich in dieser Stadt daran beteiligt war.

Und das Problem, dass Steuergesetze kompliziert sind, ist nicht nur ein Thema der Erbschaftsteuer, sondern es verhält sich ebenso bei der Mehrwertsteuer oder der Einkommensteuer. Es ist ein bisschen die deutsche Mentalität, dass wir vieles über das Steuergesetz geregelt haben, dass wir vieles, wo es irgendwelche sozialen guten Ideen gab, immer ins Steuergesetz eingearbeitet haben, was dazu führt, dass wir teilweise Paragraphen haben von 3 a bis 3 y. Und an vielen dieser Gesetze, muss man auch sagen, war eine Bundesregierung, eine Bundestagsmehrheit mit der Hilfe der FDP beteiligt.

(Katja Suding FDP: Und mit der Hilfe der CDU!)

Es gibt immer viele Ideen, Dinge besser zu machen. Ich habe heute ein Statement gelesen – ich weiß nicht, ob es stimmt – von Frau Fegebank, dass sie auch für eine schöne Flat Tax wäre bei der Erbschaftsteuer, aber es ist immer die Frage, was dann, wenn alle diese Parteien in Berlin zusammensitzen, dabei herauskommt. Und das war in der Vergangenheit auch mit der Hilfe der FDP nicht so viel anders.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

(Thilo Kleibauer)

Insofern ist jetzt ein Schritt gemacht. Wir nehmen Sie aber nicht aus der Haftung, Herr Bürgermeister. Es gibt noch andere Themen im Bereich Bund-Länder-Finanzien, bei denen Sie auch schon einmal bei einem Thema vorgeprescht sind und die große Lösung verkündet haben. Auch da warten wir noch auf den Durchbruch. Auch da geht es noch um Hamburger Interessen. Insofern schauen wir, wann es kommt.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Und als letzte Rednerin erhält das Wort Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion für drei Minuten.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Mir war nicht bewusst, dass man in der Aktuellen Stunde nur die Regierung loben soll und ausgehandelte Kompromisse dann entsprechend mit großer Begeisterung aufnehmen soll.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Jetzt haben Sie noch etwas gelernt!)

Denn eigentlich hatte ich gedacht, hier darf man auch seine Meinung sagen und entsprechend andere Vorschläge machen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Hier herrscht Meinungsfreiheit!)

– Das ist schön, das freut mich. Das freut mich sehr.

Mir ist klar, dass die Erbschaftsteuer für Hamburg durchaus keine Bagatelsteuer ist. Darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren, ich sitze auch im Haushaltsausschuss. Dass Hamburg Geld braucht, ist ebenfalls gar keine Frage.

Ansonsten hat Frau Suding schon gesagt, was ich noch sagen wollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Damit sind wir dann am Ende der Aktuellen Stunde angekommen. Es verbleiben weniger als zwei Minuten für den Rest, also deutlich weniger als 15 Minuten. Ich gehe davon aus, dass die antragstellenden Fraktionen ...

(Zurufe)

– Nein, die Debatte war abgeschlossen. Ich habe jetzt die Frage gestellt, ob die antragstellenden Fraktionen des dritten und sechsten Themas damit einverstanden sind, dass wir das morgen in der Aktuellen Stunde fortsetzen. – Das ist der Fall.

Damit kommen wir zu Punkt 52 der Tagesordnung, Drucksache 21/6173, Antrag der AfD-Fraktion: Die Abschaffung der Ministererlaubnis im Fusionsverfahren. Das EDEKA-Tengelmann-Kaiser's-Drama liefert weitere Evidenz – Hamburg muss Wettbewerb schützen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Die Abschaffung der Ministererlaubnis im Fusionsverfahren. Das EDEKA-Tengelmann-Kaiser's-Drama liefert weitere Evidenz – Hamburg muss Wettbewerb schützen
– Drs 21/6173 –]**

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. – Das Wort wird gewünscht von Herrn Professor Kruse von der AfD-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Wo ist eigentlich Ihre Fraktion?)

Dr. Jörn Kruse AfD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Jetzt kommt der Aufpasser!)

Im vorliegenden Fall spielt ein Hamburger Unternehmen, nämlich EDEKA, eine Hauptrolle, aber der Schurke im Stück vom Standpunkt deutscher Konsumenten aus ist Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Jetzt weiß ich, warum alle rausgegangen sind!)

Es gibt eine ziemlich klare empirische Evidenz dafür, dass die Gewinne in einem Markt beziehungsweise einer Branche mit zunehmender Konzentration ansteigen, insbesondere in Märkten, die schon relativ hochkonzentriert sind. Mit anderen Worten: Die Preise sind höher und die Nachfolger zahlen die Zeche für die höheren Gewinne.

Im Lebensmitteleinzelhandel, um den es hier geht, sind das in sehr bemerkenswerter Eindeutigkeit die Konsumenten, und zwar alle Konsumenten. Dass die normalen Konsumenten in Hamburg und anderswo den Preis für eine höhere Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel zahlen, ist das erste wichtige Faktum, das ich hier betonen möchte.

Das zweite Faktum ist die dadurch steigende Nachfrage auf der Beschaffungsseite. Das heißt, die Großen, hier insbesondere EDEKA, erhalten tendenziell noch höhere Rabatte von den Lebensmittelproduzenten und damit Beschaffungsvorteile gegenüber den kleineren Handelsunternehmen als vorher schon. Gleichzeitig geraten kleinere Produzenten von Lebensmitteln eventuell

(Dr. Jörn Kruse)

in verschärfte Existenznöte mit der Gefahr von Arbeitsplatzverlusten.

Die bei Weitem wichtigste Entstehungsursache erhöhter Konzentration sind Unternehmenszusammenschlüsse, also Fusionen. Gleichzeitig sind Zusammenschlüsse die einzige Konzentrationsursache, die die staatliche Wettbewerbspolitik wirksam kontrollieren und verhindern kann. In Deutschland ist das möglich durch die präventive Fusionskontrolle, die 1973 mit der Zweiten Novelle in das GWB, also das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, eingeführt wurde.

Das war sachgerecht und positiv mit einer Ausnahme. Es wurde in Paragraph 42 GWB eine sogenannte Ministererlaubnis eingeführt. Diese ermöglicht dem Bundeswirtschaftsminister trotz Untersagung der Fusion durch das Bundeskartellamt, die Fusion zu genehmigen, wenn – so steht es im Text – im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkungen von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen oder der Zusammenschluss durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt sei. Diese Regelung, die von der damaligen SPD-FDP-Bundesregierung unter Willy Brandt gewollt war, weil sie dem unabhängigen Kartellamt nicht vertraut hat, ist von Anfang an skeptisch betrachtet worden und insbesondere von Ökonomen als Lobbyparagraf bezeichnet worden, da evident war und weiterhin ist, dass der jeweilige Wirtschaftsminister unter heftigem Lobbydruck der betreffenden Unternehmen und ihrer Betriebsräte geraten würde.

(Beifall bei *Dr. Bernd Baumann* und *Dr. Joachim Körner*, beide *AfD*)

Um nun zu verhindern, dass eine für die langfristige Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs so wichtige Sache für eine marktwirtschaftliche Branchenstruktur zum Opfer kurzfristigen politischen Opportunismus wird, schreibt Absatz 4 von Paragraph 42 GWB vor, dass vom Bundeswirtschaftsminister vorher eine Stellungnahme der Monopolkommission einzuholen sei.

In allen Fällen seither – das sind nämlich 31 Anträge, wir sind vor dem EDEKA-Fall – ist der jeweilige Wirtschaftsminister der Empfehlung der Monopolkommission gefolgt. In drei der vier Fällen, in denen der Minister anders entschieden hat, ist das für die jetzige Monopolisierung und Vermachtung im deutschen Energiesektor wesentlich mitverantwortlich. Das waren nämlich die Fälle, mit denen wir unseren Energiesektor ruiniert haben, möchte ich einmal sagen, indem man diese Fusion genehmigt hat.

(Beifall bei *Dr. Bernd Baumann* und *Dr. Joachim Körner*, beide *AfD*)

Das hätte eigentlich Herrn Gabriel zu denken geben sollen. Der vorliegende Fall der geplanten Übernahme von Kaiser's Tengermann GmbH und

noch ein paar Nebengesellschaften ist ein klassisches normales Fusionsverfahren. Das Bundeskartellamt als zuständige unabhängige Behörde hat auf 340 Seiten eine detaillierte und überzeugende wettbewerbsökonomische und rechtliche Analyse geliefert. Das Bundeskartellamt kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die beantragte Fusion wettbewerbschädlich wäre und hat den Zusammenschluss untersagt. Die Unternehmen EDEKA und Tengermann haben dann beim Bundeswirtschaftsminister einen Antrag auf Ministererlaubnis gestellt mit dem Argument, eine Nichterlaubnis der Fusion würde einen Arbeitsplatzverlust zur Folge haben.

Die Monopolkommission wurde nach Paragraph 42 Absatz 4 mit der Erstellung eines Sondergutachtens beauftragt zwecks Würdigung, wie es im Gesetz steht, der gesamtwirtschaftlichen Effekte oder eines eventuellen Vorliegens überwiegender Gründe des Gemeinwohls. Die Monopolkommission hat in ihrem Sondergutachten eindeutig klargemacht, dass keineswegs sicher ist, dass bei einer Fusion Arbeitsplätze gerettet werden würden. Es könnte im Gegenteil genauso gut der Fall sein, dass mehr Arbeitsplätze verlorengehen. Auf jeden Fall gibt es keinen Grund anzunehmen, dass die überwiegenden Gründe des Gemeinwohls die Kartellamtsentscheidung relativieren können. Die Monopolkommission hat also dem Bundesminister der Wirtschaft empfohlen, keine Ministererlaubnis zu erteilen.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat dann aus, ich möchte einmal sagen, kurzfristiger politischer Opportunität die Ministererlaubnis doch erteilt und damit nicht nur das Votum der Monopolkommission, sondern auch die Ratschläge der Experten im eigenen Hause ignoriert, ohne sich mit diesen und deren Argumenten inhaltlich auseinanderzusetzen, ohne insbesondere seine Arbeitsplatzvermutung, möchte ich es einmal nennen, in irgendeiner Weise zu plausibilisieren. Das ist ein schockierendes Beispiel von Beratungsresistenz eines Ministers.

(Beifall bei *Dr. Bernd Baumann* und *Dr. Joachim Körner*, beide *AfD*)

Aber wenn es nur darum gehen würde, einen erneuten Beleg dafür zu liefern, dass Sigmar Gabriel als Bundeswirtschaftsminister ungeeignet ist, hätten wir nicht diesen Antrag geschrieben. Von genereller Bedeutung ist nämlich Folgendes: Man kann in dem aktuellen Fall EDEKA-Tengermann-Kaiser's einen weiteren Beleg dafür sehen, dass die Ministererlaubnis im Fusionsverfahren von Anfang an eine Fehlkonstruktion war. Die hohe fachliche Expertise der unabhängigen Institutionen im Bundeskartellamt, in der Monopolkommission und gegebenenfalls der zuständigen Gerichte, die so gut wie immer damit befasst werden, und die langfristige Marktstruktur, um die sie sich sorgen soll-

(Dr. Jörn Kruse)

ten, sollte auf keinen Fall der kurzfristigen politischen Opportunität geopfert werden, was hier nämlich häufig heißt, dem Lobbydruck der zufällig betroffenen Betriebsräte nachzugeben. Und ich sage einmal bewusst: Diese Betriebsräte sind nur die der betroffenen Unternehmen, und die scheren sich in der Regel überhaupt nicht um den Arbeitsplatzverlust an anderer Stelle, insbesondere nicht an anderen Handelsunternehmen oder etwa bei Produzenten. Dies wäre auch ein dramatisches System in der deutschen Wettbewerbspolitik.

Was folgt jetzt aus den bisherigen schlechten Erfahrungen mit der Ministererlaubnis? Meine Zeit hier am Podium erlaubt es mir nicht, auf die Fälle einzugehen, obwohl ich die meisten ziemlich gut kenne, weil ich über Jahrzehnte quasi im Bereich der Wettbewerbspolitik gearbeitet habe. Die bisherigen schlechten Erfahrungen müssen doch eine Konsequenz haben.

Die konsequenteste Lösung wäre es, die Ministererlaubnis schlicht zu streichen. Dann gilt die Entscheidung des Bundeskartellamts beziehungsweise die Entscheidung der Gerichte, die so gut wie immer im Anschluss angerufen werden. Allerdings – und das ist ein Argument, das häufig vorgetragen wird – käme dann das Bundeskartellamt selbst unter enormen politischen Druck vonseiten der Parteien und der Betriebsräte, was möglicherweise die Unabhängigkeit des Kartellamts in Gefahr bringen könnte.

Wenn man diese Auffassung teilt – und für einige Fälle würde ich persönlich diese Sorgen auch teilen –, dann könnte man das anders machen, indem man nämlich dann die Monopolkommission von einem Beratungsgremium zu einem Entscheidungsgremium umwandelt. Das heißt, es würde dann die Monopolkommission diejenige Institution sein, die schlussendlich entscheiden würde über möglicherweise vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorteile einer entsprechenden Fusion, natürlich wie immer mit entsprechender gerichtlicher Überprüfung.

Dies sind die beiden Möglichkeiten, die man hat. Und so haben wir das auch im Antrag geschrieben. Der Hamburger Senat sollte sich also mit dem Bundesrat dafür einsetzen, dass entweder die Ministererlaubnis aus der Fusionskontrolle ganz gestrichen wird, also aus dem GWB, oder die Ministererlaubnis bei der Fusionskontrolle zu einer Monopolkommissionserlaubnis umzuwandeln, sodass die Möglichkeit der Einbeziehung gesamtwirtschaftlicher Effekte auf Antrag dann trotzdem gegeben wäre, aber in diesem Falle eben keine politisch abhängige Institution damit betraut wäre. Das haben wir vorgeschlagen. Und wir möchten Sie bitten, diesen Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei *Dr. Bernd Baumann* und *Dr. Joachim Körner*, beide *AfD*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Hansjörg Schmidt von der SPD-Fraktion.

Hansjörg Schmidt SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ähnlich wie der Rest der Studentenverbindung von Herrn Professor Kruse, die zu Alpha-Beta, oder wie auch immer die Truppe jetzt heißt, gewechselt ist, haben Sie es auch geschafft, dass zwei Drittel Ihrer Fraktion vorher den Raum verlassen haben, aber wenigstens ist einer Ihrer Aufpasser noch da. Insofern haben Sie ein bisschen etwas erzählt.

Wenn Sie bei dem Vortrag des Herrn Professors nicht komplett eingeschlummert sind, werden Sie festgestellt haben, dass hinter der höflichen und freundlichen Fassade von Herrn Kruse die gleiche Haltung steckt wie bei dem Rest hier rechts außen. Menschliche Schicksale und soziale Werte spielen bei denen keine Rolle.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN – *Dr. Bernd Baumann AfD*: Das ist doch niederträchtig!)

Mit Ihrer technokratisch verklausulierten Sprache verkleistert die *AfD* immer wieder, dass ihr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben völlig egal sind.

(*Dr. Bernd Baumann AfD*: Die wählen aber dann uns!)

Marktteilnehmer sind immer nur die Unternehmen, nie die in ihnen handelnden Personen und auch nie die abhängig Beschäftigten. Dieser Antrag ist ein weiterer Beleg für die unsozialen Vorstellungen, die die *AfD* in Sachen Wirtschaftspolitik hat, eine Politik, die sich insbesondere gegen die eigene Klientel richtet, meine Damen und Herren von der *AfD*.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir reden hier über eine selten beantragte und noch seltener erteilte Ministererlaubnis zur Fusion von Unternehmen. Die Geschichte der Bundesrepublik kennt 22 Anträge und 9 Genehmigungen. Denn in besonderen Fällen kann ein Bedürfnis bestehen, Gründen des Allgemeininteresses einen höheren Wert zu bemessen als rein wettbewerblichen Gesichtspunkten. Diese Ministererlaubnis soll nun abgeschafft werden, weil sie nicht in das neoliberale Weltbild der *AfD* passt.

Die *AfD* kann sich gar nicht vorstellen, dass es Werte gibt, die höher stehen als wirtschaftliche Interessen. Die Abwägung zwischen wettbewerblichen Aspekten, sonstigen wirtschaftlichen und dem Allgemeinwohl dienenden Zielen ist in der Tat eine politische Entscheidung. Hierfür trägt eine politisch legitimierte Instanz die Verantwortung. Dabei handelt es sich zudem um einen gerichtlich nachprüfbaren Ausnahmezustand.

(Hansjörg Schmidt)

Die von der AfD präferierte Monopolkommission ist eine Instanz ohne jegliche politische Verantwortung. Während die AfD an anderer Stelle Transparenz und politischen Diskurs verlangt, will sie an so entscheidender Stelle fünf Leute aus Wissenschaft und Wirtschaft Entscheidungen im Hinterzimmer treffen lassen, die die gesamte Volkswirtschaft betreffen. Das ist hanebüchen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Stephan Jersch DIE LINKE*)

Im aktuellen Fall der Handelskette Kaiser's Tengelmann hat der Wirtschaftsminister Gabriel stets betont, nur um die 16 000 Jobs zu erhalten, habe er gegen das Kartellamt entschieden und die Fusion befürwortet. Tatsächlich waren die Auflagen für die Fusion hoch. Die Mitarbeiter sollten nahezu komplett vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt werden und für die kommenden Jahre unter den Tarifvertrag der Gewerkschaft ver.di fallen.

Nach dem Gerichtsurteil in Düsseldorf hatte die Gewerkschaft ver.di nun einen Gipfel organisiert und alle beteiligten Firmen an einem Tisch versammelt. Und neben EDEKA und Kaiser's Tengelmann waren da auch REWE, NORMA und Markant dabei. ver.di verkündete dann auch, die Parteien haben sich auf das Ziel verständigt, dass die Ministererlaubnis nach Rücknahme der anhängigen Beschwerden umgesetzt werden kann. Hierfür gilt ver.di unser Dank.

(Beifall bei der SPD)

Das Bekenntnis der Gipfelteilnehmer zur Ministererlaubnis ist eine gute Nachricht für die Belegschaft. Wir Sozialdemokraten hoffen, dass das Ergebnis des Gipfels den Knoten durchschlagen hat, und hoffen im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine baldige Lösung des Problems.

(Beifall bei der SPD)

Denn anders als weiland beim Umgang mit Schlecker hat dieses Mal dank Sigmar Gabriel und der SPD das Bundeswirtschaftsministerium ein Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze. Die FDP hat damals das Schicksal der sogenannten Schlecker-Frauen billigend in Kauf genommen. Vielen geht es heute immer noch schlechter als zu Schlecker-Zeiten. Die AfD eifert der FDP in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten nach, doch wer braucht schon eine billige Kopie oder, liebe Kollegen von der FDP, wie sehen Sie das?

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Aber wir brauchen das Original!)

Andererseits lässt die AfD hier auch ihre Maske fallen. Sie geriert sich gern als Partei der kleinen Leute. Sie ist aber nichts weiter als eine Kampforganisation gegen die Interessen eben dieser kleinen Leute.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Kazim Abaci SPD*: Sehr gut!)

Sätze in ihrem Programm wie – Zitat –:

"Wir wollen auf breiter Front deregulieren, je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle [...]"

finden Sie nicht einmal bei der FDP. Die Opfer Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik sollen dann am Ende in einer von Ihnen propagierten privaten Arbeitslosenversicherung landen und allein für die Kosten der Arbeitslosigkeit aufkommen. Viel weiter weg von den Bedürfnissen der eigenen Leute kann man gar nicht sein.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Stephan Jersch DIE LINKE*)

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass die AfD die Menschen nicht weiter für dumm verkauft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Stephan Jersch DIE LINKE*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster erhält das Wort Herr Westenberger von der CDU-Fraktion.

Michael Westenberger CDU: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als Kampftruppe sehe ich die Kollegen von der AfD nun gerade nicht. Im Beitrag von Professor Kruse schwingt noch so ein bisschen mehr mit, aber er zeigt dieses tiefe Misstrauen gegenüber allen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen demokratischen Strukturen. Er ist Ausdruck eines "Ich weiß das besser" und wir Experten, wir vermeintlichen Experten stehen sowieso vielleicht nicht über dem Gesetz, aber zumindest über denen, die die Gesetze ausführen, die die Gesetze machen und die die Gesetze verwalten. Und die Ministererlaubnis, lieber Kollege Kruse, ist eigentlich auch Ausdruck eines demokratischen Spielregelmechanismus.

Sie haben es vorgelesen. Die Ministererlaubnis darf nur angewandt oder ausgesprochen werden in dem Fall, in dem ein überragendes allgemeines Interesse besteht für die Bevölkerung oder Güte unserer Werteordnung. Und wenn wir jetzt – ich erlaube mir es auch einmal, einen kleinen Ausflug zu machen – die Wesentlichkeitsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts heranziehen, dann darf das Parlament in allen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, der Werte, im Rahmen der Gesetzgebung auch Sachen aus der Verwaltung an sich ziehen und da eine Entscheidung treffen.

Die Ministerentscheidung beruht eigentlich auf dem Grundsatz, dass ein wirkliches Gut zu schützen ist. Und der Minister muss dann auch gegenüber seinem Kollegialorgan Regierung und gegen-

(Michael Westenberger)

über dem Parlament zumindest Rede und Antwort stehen. Es ist also nichts Neues. Es ist kein Durchbruch innerhalb unseres Systems, das wir als demokratischen Rechtsstaat kennen, sondern es ist etwas, das wir auch innerhalb der Demokratie leben.

Ich bin allein schon deswegen der Auffassung, dass wir die Ministererlaubnis weiterhin brauchen. Man müsste nur einmal folgende Situation betrachten: Wir erleben gerade eine Situation am Markt, wie wir sie schon einmal in den Siebziger- und Achtzigerjahren und auch in den Neunzigerjahren erlebt haben. Es finden wieder Fusionsfälle im Bereich der Schifffahrt statt, um gewisse Technologien, Arbeitsplätze und auch Wissenschaft, die damit zusammenhängt, am Standort Norddeutschland zu halten.

Ich möchte in der Zukunft nicht in die Situation geraten, dass ein Bundeskartellamt von vermeintlichen Experten der Auffassung ist, dass Rendsburg, Kiel, Hamburg, Bremen und Bremerhaven eine zu dominierende Rolle im Bereich der Ostsee und Nordsee erhalten können und möglicherweise Arbeitsplätze, aber auch Technologie am Standort Hamburg und in Norddeutschland nicht mehr gehalten werden können, weil eine politische Entscheidung in diesem Sachverhalt nicht mehr getroffen werden kann. Jede Verwaltung in Hamburg und auch in der Bundesrepublik Deutschland muss im Zweifel einer parlamentarischen Kontrolle obliegen. Und dazu gehören auch Kartellämter und sonstige Einrichtungen. Im Übrigen, liebe Kollegen von den GRÜNEN, auch der Datenschutzbeauftragte, darüber reden wir dann aber im November.

Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir glauben auch nicht, dass es sinnvoll ist, all das noch einmal im Ausschuss für Wirtschaft zu diskutieren. Wir denken, dass die Ministererlaubnis ihren Platz hat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt bislang nur einen einzigen Fall, und da muss ich der SPD einmal ein bisschen wehtun. Wer sich einmal die Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf ansieht, der kommt aus dem Staunen gar nicht mehr heraus. Etwas hemdsärmelig, vielleicht von guten Freunden schlecht beraten, hat der Bundesminister Gabriel versucht, das Ding einfach einmal durchzuziehen, verwechselt in der Aktennotiz auch noch EDEKA mit REWE. Das kann man vielleicht ein bisschen besser machen. Ich will jetzt nicht die ver.di loben, was sie dann geschafft hat,

(Wolfgang Rose SPD: Warum nicht?)

aber einmal außerhalb eines Ministeriums alle an einen Tisch zu holen und zu versuchen, Lösungen zu finden, war gar nicht schlecht. Auf jeden Fall jedoch gehört die Ministererlaubnis in unser Land.

Sie macht Sinn. Sie muss nur gut ausgeübt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Wolfgang Rose und Hansjörg Schmidt, beide SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank. – Als Nächster erhält das Wort Farid Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind nicht für die Abschaffung der Ministererlaubnis. Gleichwohl haben wir im Bundestag an der Ausübung in diesem konkreten Fall durchaus Kritik formuliert, weil sie, wenn man das einmal an diesem Fall so schön aufmachen will, nicht besonders transparent ist und natürlich auch missbrauchsanfällig für Klientelpolitik.

Deswegen, haben die Kollegen im Bundestag gesagt, würden sie eigentlich erwarten, dass es einen Automatismus gibt, dass der Bundestag nicht nur auf Anfrage informiert wird, sondern automatisch. Das ist in diesem Fall erst auf Anfrage im Ausschuss passiert. Und natürlich muss man auch darüber nachdenken – aber das ist nicht unsere Sache hier im Landesparlament, und die Abgeordneten im Bundestag denken durchaus darüber nach –, ob es ein Mitspracherecht des Deutschen Bundestags dazu geben sollte oder nicht.

Das sind aber alles Sachen, die mit der eigentlichen Angelegenheit eines Hamburger Unternehmens wie EDEKA mit der Übernahme von Tengelmann erst einmal in der Sache nichts zu tun haben, aber hier eben noch einmal besonders in Erscheinung getreten sind, weil es einen anderen Beschluss der Monopolkommission gegeben hat, weil es einen Gerichtsbeschluss von Düsseldorf gegeben hat, vom Oberverwaltungsgericht, und nun das Ganze noch einmal auf die nächste Ebene des Bundesverwaltungsgerichts gezogen wird. Da könnte man sich erhoffen, dass dieses Bundesgericht vielleicht einmal ein paar Eckpunkte formuliert, in welchem Rahmen so eine Ministererlaubnis ausgeübt wird. Wenn es vorher eine Einigung gibt, die im Interesse der Beschäftigten wäre, dann würde das natürlich nicht mehr passieren. Dann würde die Klage zurückgezogen.

Wir GRÜNE hoffen jedenfalls, dass in diesen Gesprächen, die nicht mehr lange Zeit haben, jetzt eine gute Lösung gefunden wird. Es scheint auch so, dass auch andere Unternehmen wie REWE oder LIDL sich nun an der Rettung von Tengelmann beteiligen. Im Sinne des Marktes ist das aber im Ergebnis keine so schlechte Lösung, weil wir natürlich keine großen Riesen haben wollen. Und natürlich gibt es nie eine Supergarantie, wie lange die Arbeitsplätze im Zweifel erhalten bleiben.

Insofern finden wir es erst einmal richtig, dass Minister Gabriel sich um die Arbeitsplätze bemüht

(Farid Müller)

hat, dass er gekämpft hat. Ich finde aber, gleichwohl kann man darüber nachdenken, dieses Instrument der Ministererlaubnis zu reformieren, damit es eben nicht von interessierter Seite in den Dreck gezogen werden kann. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe in letzter Zeit selten so viel Gewerkschaftsbashing gehört wie heute von dieser Neuunternehmerpartei am Rechtsaußenrand dieses Parlaments.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit offenbart sie doch, wes Geistes Kind sie wirklich ist. Wettbewerb ist Bestandteil unserer Marktwirtschaft und es gibt Regulative, die diesen Wettbewerb auch sozial ausgleichen sollen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Dazu gehören in der Tat das Kartellamt und die Monopolkommission, aber es ist auch richtig, dass man eine soziale Gemeinschaft nicht nur mit betriebswirtschaftlichen Parametern steuern kann. Es gibt andere Dinge. Es gibt mehr Farbtöne zwischen Schwarz und Weiß, als sich zumindest am rechten Rand manch einer vorstellen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Kollege Schmidt hat es bereits gesagt. Es gab 22 Anträge für eine Ministererlaubnis, nur 9 sind genehmigt worden und die meisten davon auch nur teilweise beziehungsweise unter Auflagen.

Da muss man einmal die Kirche im Dorf lassen. Insofern ist es für uns völlig klar, dass wir eine Ministererlaubnis – und der Kollege Müller ist darauf schon ein bisschen eingegangen – als zumindest zweitbestes Instrument in dieser Republik zum Ausgleich verschiedenster Interessen brauchen.

Wenn ich sehe, dass die AfD mit ihrem Antrag ein solch wichtiges Instrument, mit dem wir auch soziale Gerechtigkeit, soziale Aspekte in Wirtschaftsthemen einbringen können, der Politik aus der Hand schlagen will, dann führt das letztendlich zu einer Entsozialisierung unserer Gesellschaft. Und das ist, glaube ich, auch Sinn und Zweck ihres Daseins.

(Beifall bei der LINKEN)

Wirtschaftspolitik, und da ist die Ministererlaubnis ein sehr zentrales Thema, braucht aber auch weniger Hinterzimmerpolitik. Wirtschaftsminister Gabriel hat an dieser Stelle vielleicht das eine oder andere falsch gemacht. Das mag man einmal dahin-

gestellt sein lassen. Sein Doing war an mancher Stelle schwach. Und nichtsdestotrotz ist diese Entscheidung richtig und es ist gut, dass sie so getroffen worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Um auf den Kollegen Müller einzugehen, auch wir sind durchaus der Meinung, dass es eine stärkere Einbeziehung der Parlamente in solche Entscheidungen geben muss, und ich denke, zur Weiterentwicklung dieses Instrumentes in eine völlig andere Richtung, als die AfD dies haben will, sollten wir uns zusammen an einen Tisch setzen, denn dass das Instrument gut ist, sehen wir an den Erfahrungen. Und ich denke, daran können wir weiterarbeiten, ohne uns weiter mit solchen rechtsaußenpopulistischen Vorstellungen beschäftigen zu müssen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Farid Müller GRÜNE* und *Dr. Monika Schaal SPD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kollegin! Ich finde, diese Debatte ist spannend, und ich finde es insbesondere spannend, dass wir jetzt zum wiederholten Male einen Effekt erleben, den wir von der FDP-Fraktion hier in Hamburg für nicht richtig halten, nämlich den Effekt, dass überwiegend der Antragsteller und nicht der Inhalt des Antrags debattiert wird.

Sie können zu dem Antrag stehen, wie Sie möchten, das bleibt Ihnen unbenommen, Sie haben alle ausführlich dargestellt, wie Sie dazu stehen, aber wir halten es nicht für richtig, jedes Mal zu diskutieren, von wem der Antrag kommt. Da ist ein Antrag, mit dessen Petition man sich auseinandersetzen kann. Ich finde, man wird allen Fraktionen hier im Hause am besten gerecht, wenn man genau das tut und nicht immer nur alles andere darum herum kommentiert.

(*Sabine Boeddinghaus DIE LINKE:* Man kann auch beides machen!)

– Man kann auch beides machen. Können Sie machen, aber Sie werden dann dem Inhalt des Antrags nicht richtig gerecht.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Jetzt möchte ich einmal zunächst auf die Zielstellung des Antrags eingehen, denn dazu habe ich sehr wenig gehört. Es geht darum, dass Marktmacht ein wesentliches Problem ist. Da habe ich mit Freude zur Kenntnis genommen, dass insbesondere die Rede des Kollegen Farid Müller wesentlich differenzierter war als die des SPD-Abgeordneten Hansjörg Schmidt, bei dem ich mittlerwei-

(Michael Kruse)

le wirklich nur noch den Eindruck habe, dass er für seine Facebook-Blase redet.

(Beifall bei der FDP und bei *Carsten Ovens CDU*)

Die Vorwürfe und die politischen Argumentationen, wenn es eine hohe Konzentration in Märkten gibt, hören wir auch von all Ihren politischen Gruppierungen. Ich nehme jetzt einmal als erstes Beispiel den Energiemarkt.

Im Energiemarkt ist es so, dass die Preise steigen seit dem Jahr 2001. Drei Wochen, nachdem es die Ministererlaubnis gegeben hat, die das Bundeskartellamt nicht empfohlen hat, wo das Bundeskartellamt empfohlen hat, eben keine Fusionen zuzulassen, drei Wochen nachdem der Staatsrat – auch damals übrigens ein SPD-Staatsrat unter einem SPD-Wirtschaftsminister – von dieser Ministererlaubnis Gebrauch gemacht hat, drei Wochen nach dieser Entscheidung hat es in Deutschland angefangen, dass die Marktpreise im Energiemarkt, im Strommarkt, gestiegen sind. Und es hat seitdem nicht mehr aufgehört. Es gibt hier einen Zusammenhang. Wenn Sie nicht in der Lage sind, den auch zu beleuchten, dann muss ich ehrlich sagen, springen Sie deutlich zu kurz.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Ich möchte Ihnen zu diesem Thema noch ein zweites Beispiel nennen, das ist der Milchmarkt. Auch da hören wir aus Ihren politischen Gruppierungen berechnete Kritik an dem, was passiert, nämlich dass diejenigen, die Produzenten sind, sich schon lange nicht mehr in der Lage sehen, die Preise, die sie gern erzielen möchten, auch am Markt durchzusetzen. Wie kommt das eigentlich? Was ist denn da eigentlich das Problem? Das Problem ist eine hohe Konzentration im Handel. Und das, was hier jetzt die Entscheidung ist, die Entscheidung, die Herr Gabriel mit der Ministererlaubnis herbeiführen möchte, ist, diese Konzentration noch zu erhöhen.

Dass Sie sowohl von der SPD als auch von der Links-Partei mit keinem Wort darauf eingehen, dass dies hochproblematisch ist, zeigt mir nur, Sie haben absolut kein Recht mehr, in Zukunft bei diesen Themen auch noch irgendeine Form von Kritik zu äußern,

(Zurufe von der LINKEN)

denn Sie sind diejenigen, die mit dieser Form von Politik gerade Marktmacht herbeiführen. Und das ist am Ende schädlich, und zwar für die Produzenten und für die Konsumenten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der AfD)

Herr Schmidt, Sie waren heute wirklich sehr unsauber in Ihrer Argumentation. Das OLG Düsseldorf hat doch mehrere Dinge erklärt zu dieser Ent-

scheidung des Bundeswirtschaftsministers und warum sie qualitativ minderwertig ist. Erstens gibt es überhaupt keinen Gemeinwohlbelang des Erhalts der Arbeitsplätze bei Kaiser's Tengelmann. Das war die Feststellung des Gerichts. Mich würde interessieren, ob das dem Gericht jetzt auch alles egal ist, ob das auch ein neoliberales Gericht war, wie Sie wahrscheinlich sagen würden. Alles, was zu Ihrer Argumentation nicht passt, ist doch neoliberal. Also halten wir einmal fest, das OLG Düsseldorf hat dies gesagt.

Dann lautet die eigentliche Frage, ob jetzt der Bundeswirtschaftsminister, und zwar in Person, eigentlich derjenige ist, der auch dieses Gericht einfach beiseite wischen und sagen kann, er wisse besser, was Gemeinwohlinteresse ist. Nein, das ist er aus unserer Sicht nicht.

Zweitens gibt es eine Befangenheit des Bundeswirtschaftsministers, und das ist eigentlich die größte Peinlichkeit für Sigmar Gabriel. Und das ist auch die große Peinlichkeit, warum dieses Verfahren sich denn überhaupt so lange hinausgezögert hat und warum all die Arbeitnehmer – und natürlich haben die berechnete Sorgen – sich immer noch sorgen müssen. Weil Kaiser's Tengelmann schon längst abgehängt wurde vom Wettbewerb und weil Ihr Bundeswirtschaftsminister es in dieser Situation nicht geschafft hat, eine Situation herbeizuführen, die für alle zufriedenstellend ist. Das war das Zweite.

Drittens: Er hat seine Entscheidung, und jetzt wird es richtig blamabel, auf einer unvollständigen Tatsachengrundlage getroffen. Ein derartiges Gerichtsurteil habe ich überhaupt noch nicht gelesen. Wir haben im letzten Jahr hier viel über die Flüchtlingspolitik oder ähnliche Dinge geredet, aber eine unvollständige Tatsachengrundlage, das muss man erst einmal schaffen bei einer Entscheidung, die so einen langen Vorlauf hat und die so dermaßen wichtig ist für den deutschen Handel

(*Milan Pein SPD*: So ein Quatsch!)

und für die vorgelagerten und nachgelagerten Stufen. Sie sind in keiner Ihrer Argumentationen darauf eingegangen, wie das Problem, das gerade entsteht, überhaupt gelöst werden soll. Das finden wir sehr schwach. Wir finden, dass das Ansinnen dieses Antrags sehr wohl das berechnete Interesse hat, auch im Ausschuss diskutiert zu werden.

Wenn ich dann noch ein Letztes sagen darf: Ich finde es äußerst bemerkenswert, was gerade innerhalb der SPD passiert, denn der Beschluss des OLG kam am 12. Juli 2016. Dann hat sich der Bürgermeister dazu geäußert, dass er dieses Urteil bedauere, am 15. Juli 2016. Drei Tage für eine Pressemitteilung mit fünf Zeilen, in der der Bürgermeister also eine Entscheidung eines Gerichts bedauert. Wissen Sie, was das ist? So sägt man am Stuhl eines Konkurrenten, der auch Bundesspit-

(Michael Kruse)

zenkandidat für die SPD werden möchte. Das ist das, was hier eigentlich innerhalb der SPD nebenbei noch passiert bei diesem Urteil. Schöne Vorlage. Ein ordentliches Kümmern um die Probleme in diesem Bereich ist das nicht. Eine gute Entscheidung ist das auch nicht gewesen. Und deswegen werden wir dem Antrag zustimmen, weil wir diese Form des Missbrauchs der Ministererlaubnis in Zukunft in diesem Land nicht mehr erleben wollen, und zwar vor allem nicht von SPD-Ministern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kruse von der AfD-Fraktion.

Dr. Jörn Kruse AfD:* Ich möchte einmal, Frau Präsidentin, an das anknüpfen, was mein Namensvetter Kruse von der anderen Fraktion am Anfang gesagt hat, nämlich dass es bei Diskussionen häufig gar nicht darum geht, was in einem Antrag steht, sondern wer den Antrag einbringt. Wenn jemand hier am Pult steht und sich gegen wirtschaftliche Machtmonopolisierung, -kartellierung, -konzentration einsetzt, dann hätte ich eigentlich erwartet, dass DIE LINKE und die SPD applaudieren, denn die sind doch eigentlich gegen wirtschaftliche Macht, gegen Konzentration. Nichts dergleichen ist hier passiert.

Meine letzte Bemerkung war, dass diejenige Institution, die das feststellt, das Bundeskartellamt ist, eine hervorragende Institution, eine der besten, die wir haben in Deutschland. Es hat eine klare Entscheidung getroffen.

Und jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Punkt. Natürlich bin ich der Auffassung, dass es Fälle geben kann, wo es gesamtwirtschaftliche Effekte geben kann, die die Entscheidung relativieren können. Das könnten auch Arbeitsplatzeffekte sein, natürlich. Das ist gewissermaßen das, was als eine solche Komponente genannt worden ist. Aber das ist genau das, was die Monopolkommission prüft. Und die Monopolkommission hat festgestellt, es gäbe solche Effekte nicht, es gäbe nicht einmal positive Arbeitsmarkteffekte. Deshalb verstehe ich das auch nicht. Und bei Herrn Schmidt wundere ich mich schon gar nicht mehr. Immer, wenn er zur Ökonomie spricht, frage ich mich, ob er es überhaupt verstanden hat. Aber der generelle Tenor war einfach komplett falsch, und das bemängele ich an dieser Diskussion. Aber sei's drum.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

(Wolfgang Rose SPD: Der Aufpasser!)

Dr. Bernd Baumann AfD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal etwas sagen zu den Einlassungen von Herrn Schmidt von der SPD. Er ist nun gar nicht auf den Antrag eingegangen, hat uns aber wörtlich vorgeworfen, die AfD wolle die Wähler und die Bevölkerung für dumm verkaufen. Das waren Ihre Worte. Er hat das begründet, er hat ein Argument dafür genannt, das einzige Argument, das er hatte, er hat angeblich aus dem Programm zitiert und behauptet, die AfD würde im Programm und auch sonst fordern, die Arbeitslosenversicherung zu privatisieren. Das ist völlig falsch. Nichts davon auch nur im Ansatz fordern wir. Wieso erfinden Sie einen solchen Unsinn und behaupten das hier vor den Kameras? Noch nicht einmal im Ansatz haben wir das gesagt.

(Beifall bei Dr. Jörn Kruse AfD)

Kommen Sie jetzt hierher und sagen Sie, wo Sie das herhaben. Das ist eine freie Erfindung.

(Zuruf: Nein!)

Das ist doch unglaublich.

(Dr. Monika Schaal SPD: Regen Sie sich mal wieder ab!)

Damit verletzen Sie sämtliche parlamentarischen Standards und Grundanforderungen von Ehre, auf die Sie sich berufen. Und jetzt lachen Sie auch noch. Ich hoffe, die Kameras nehmen das auf, Herr Schmidt. Die Wähler rennen doch schon weg von Ihnen. Insofern kann ich nur sagen, machen Sie weiter so. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich wage es jetzt noch einmal und stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und wir zu den Abstimmungen kommen können.

Wer nun zunächst die Drucksache 21/6173 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer dem AfD-Antrag aus der Drucksache 21/6173 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu den Punkten 29 und 30 unserer heutigen Tagesordnung, Drucksachen 21/6176 und 21/6177, Berichte des Haushaltsausschusses zum Haushaltsplan 2015/2016, hier Einzelplan 3.2 der Behörde für Wissenschaft, Forschung und

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Gleichstellung: Erschließung und Freimachung des Geländes sowie Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts für den Neubau des Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld, und: Nachbewilligung gemäß Paragraf 35 LHO für das Haushaltsjahr 2016, Wachstum, Vielfalt und Spitzenforschung für die Hochschulen in Hamburg.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/4661:

Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 3.2 der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Erschließung und Freimachung des Geländes sowie Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts für den Neubau des Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie (SDMA) auf dem Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld (Senatsantrag)

– Drs 21/6176 –]

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 21/4847 (Neufassung):

Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 3.2 der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, Nachbewilligung gemäß § 35 LHO für das Haushaltsjahr 2016 – Wachstum, Vielfalt und Spitzenforschung für die Hochschulen in Hamburg (Senatsantrag)

– Drs 21/6177 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion.

Dr. Sven Tode SPD:* Meine Damen und Herren! Schon wieder Wissenschaft und schon wieder eine gute Nachricht. 40 Millionen Euro für die Wissenschaft, das ist nicht nur eine gute Nachricht, das ist eine sehr gute Nachricht. Ich freue mich, dass wir diese Möglichkeit schaffen konnten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Leider gibt es diesen Konsens nicht. Man wundert sich, wenn 40 Millionen Euro mehr für Wissenschaft ausgegeben werden, dass der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses und FDP-Abgeordnete sich der Stimme enthält und auch DIE LINKE. Bei der LINKEN wundert man sich vielleicht nicht mehr so sehr, aber die Begründungen sind doch schon interessant. Wenn ich einmal zitieren darf aus dem Protokoll der Bürgerschaft, Drucksache 21/6177, Stellungnahme des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung. Da begründet der FDP-Abgeordnete unter anderem, warum man sich da enthält:

"Mehr als die Hälfte der Mittel werden aufgewendet, um eine Exzellenzinitiative auszustatten mit dem Ziel, eine Förderung durch den Bund zu erhalten."

Das ist seine Begründung, warum er sich enthält. Erstaunlich. Wahrscheinlich werden die Universitäten das auch wahrnehmen. Sehr komisch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liest man das Protokoll des Haushaltsausschusses, wundert man sich zudem über die CDU. Oder vielleicht auch nicht.

(Ksenija Bekeris SPD: Ich wundere mich nicht!)

Die CDU fragt sich nämlich, warum bei der Finanzierung der neuen Exzellenzcluster 4,5 Millionen Euro veranschlagt wurden. Das ist natürlich für die CDU neu, denn in ihren Haushaltsplänen gab es nie eine Gegenfinanzierung für die Exzellenzcluster. Also insofern ist das vielleicht tatsächlich überraschend für die CDU.

Wir betreiben eine andere Politik. Wir sorgen für Planungssicherheit an den Universitäten und wir unterstützen die Universitäten bei ihrem Bemühen, weitere Sonderforschungsbereiche und Exzellenzcluster einzuwerben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Dafür wird die Landesforschungsförderung mit der vorliegenden Drucksache weiter ausgestattet, und der Senat plant entsprechend mehr Geld, um weitere Exzellenzcluster zu fördern. Das ist gutes Regieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich die Wissenschaftslandschaft in Deutschland ansehen, ist es schon eine Besonderheit, eine Universität mit mehr als zwei Exzellenzclustern zu finden, wie die Hamburger Universität sie bereits hat. Wenn Hamburg sich aber künftig sogar um drei oder weitere Exzellenzcluster, möglicherweise sogar um vier Cluster bewirbt, dann wäre das ein großer Erfolg für die Hamburger Wissenschaftslandschaft. Und diese Entwicklung wollen wir gemeinsam fördern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch in Bahrenfeld mit dem Institut für Struktur und Dynamik der Materie entsteht ein neues Cluster, mit dem wir auch sicherlich werben können. Wir haben bereits das CHYN für die Materienforschung, und wir werden dort auch weitere Möglichkeiten der Forschung haben mit DESY, mit dem XFEL, über das wir vorhin schon gesprochen haben. Und es geht auf einen gemeinsamen Beschluss 2012 der Bürgerschaft zurück. Auch hier sollten wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Leider ist es so, dass sich eine Fraktion aus diesem Konsens der Wissenschaftler und Wissen-

(Dr. Sven Tode)

schaftspolitiker in diesem Hause verabschiedet, und das ist leider DIE LINKE. Denn zu der Begründung der LINKEN, warum sie dieses Max-Planck-Institut, gegen das überhaupt nichts einzuwenden ist, ablehnt, darf ich vielleicht ein Zitat aus der Drucksache 21/6176 hervorheben. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE bemerkt im Hinblick auf die Gesamtorientierung des Senats, wie sie anlässlich der Beratung zum Haushaltsplan-Entwurf dargestellt worden sei, könne seine Fraktion der Drucksache nicht zustimmen. Mit dieser Begründung können Sie eigentlich gar keiner Drucksache mehr zustimmen. Das ist etwas irritierend. Vielleicht sollten Sie sich doch noch einmal überlegen, ob Sie den Einzelfall prüfen und sich überlegen, ob Sie dem zustimmen oder nicht. Insofern: Kommen Sie doch einmal wieder auf die Realität in der Wissenschaftspolitik zurück.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Da waren die doch noch nie!)

Insgesamt haben wir durch die finanzielle Unterstützung der kleinen Forschungseinrichtungen und vor allen Dingen auch der kleineren Kunsthochschulen eine breite, eine große neue Aufstellung erreicht, indem wir sie weiter fördern. Durch den Ausbau der Landesforschungsförderung untermauern wir gleichzeitig unseren Anspruch, in Hamburg weitere exzellente Spitzenforschung zu leisten. Schritte wie die Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie sowie der Fraunhofer-Strategie, über die wir sicherlich demnächst sprechen werden, führen Hamburg auf den Weg zu einer europäischen Wissenschafts- und Innovationsmetropole. Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und jeder Gesellschaft. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Tode, in der Tat eine gute Sache, was hier vorliegt. Wir haben es im Wissenschaftsausschuss schon diskutiert und auch am Rande der Veranstaltung. Und gleichzeitig ist es doch irgendwie ein Treppenwitz der rot-grünen Senatgeschichte, dass es fast eineinhalb Jahre gedauert hat vom Beschluss des Koalitionsvertrags bis zu dem Punkt, an dem wir heute tatsächlich in zwei Lesungen beschließen sollen, dass es 40 Millionen Euro mehr für Hamburgs Wissenschaft geben soll. Das haben Sie selbst, wenn ich es recht entsinne, auch schon kritisiert. Das ist einfach traurig, weil dieser Senat eineinhalb Jahre in den Sand gesetzt hat, dabei hätte man in einein-

halb Jahren Hamburgs Wissenschaft tatsächlich voranbringen können.

Wenn wir uns anschauen, was jetzt beschlossen wird, dann sind das alles gute Projekte. Aber mit 40 Millionen Euro – da sind wir uns sicherlich einig, auch wenn Frau Senatorin Fegebank sie so gern feiert – bringen wir Hamburgs Wissenschaft noch lange nicht auf das Niveau, auf dem wir sie beide gern sehen würden. Und wir bringen sie auch noch lange nicht in die Herzen der Hamburgerinnen und Hamburger. Diese 40 Millionen Euro sind ein Treppenwitz, mehr aber auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Dr. Tode, ich schätze Sie sehr, aber das, was Sie gerade heruntergebetet haben an einzelnen Fakten und Zahlen, hat nichts mit gutem Regieren zu tun, das ist lediglich Kegelclubrhetorik, mehr aber auch nicht.

Wenn wir uns anschauen – ich habe es vorhin schon gesagt –, wie es denn tatsächlich um Hamburgs Wissenschaft bestellt ist, dann habe ich Ihnen gesagt, wie es in den nächsten Jahren an den Hochschulen im Personalbereich zu Kürzungen kommen wird. Über 500 Stellen fallen weg in der Organisation, in der Verwaltung und in der Lehre. Das ist auch die Realität Ihrer Wissenschaftspolitik, meine Damen und Herren von Rot und Grün. Es sind über 500 Menschen weniger, die im Wissenschaftsbereich arbeiten werden, als es derzeit der Fall ist. Da bringt es auch nichts, das eine oder andere exzellente Institut zu feiern und zu sagen, wir fördern doch die Exzellenz der Wissenschaft. Es ist genau das passiert, was wir im Februar hier schon diskutiert haben. Finanzsenator Tschentscher hat im Doppelinterview mit der Wissenschaftssenatorin gesagt, mehr Geld könne er nicht geben, mehr Geld wolle er eigentlich auch nicht geben, denn er habe so viele Freunde, die Geld von ihm wollen. Für die Wissenschaft gibt es genau die 40 Millionen Euro und keinen Cent mehr. Das ist jetzt das Ergebnis. Sie haben viel geplaudert, Sie haben viel Dampf abgelassen, aber es bleibt am Ende bei dem überschaubaren Betrag von 40 Millionen Euro, die Sie im Koalitionsvertrag bereits vor eineinhalb Jahren beschlossen haben.

Aber Sie lassen sich dafür regelmäßig abfeiern, so auch heute hier. Wir werden Sie dabei unterstützen, damit Sie auch fröhlich nach Hause gehen können. Wir werden morgen noch einmal über Wissenschaft diskutieren, dann geht es nämlich ebenfalls um etwas sehr Handfestes, nämlich um die Unterkunft. Ihr A-Team hat schon gesagt, Sie wollten die Zahl der Studenten in Hamburg gern auf 100 000 und mehr erhöhen. Bislang ist aber noch nichts dazu gekommen, wo Sie all die Menschen dann unterbringen wollen. Deswegen diskutieren wir morgen über Studentenwohnheime. Heute werden wir zustimmen. Aber, Herr Dr. Tode, es

(Carsten Ovens)

bleibt trotzdem nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein und mehr nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Timm von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ovens, ich kann nicht verstehen, wie Sie nach dem Verlauf dieser Aktuellen Stunde jetzt auf diesen 40 Millionen Euro herumreiten können und sie nur als Peanuts oder als Tropfen auf den heißen Stein oder was auch immer bezeichnen können, denn Sie sehen doch, was wir im Wissenschaftsbereich alles machen.

(*Carsten Ovens CDU:* Ich sehe, was Sie alles nicht machen!)

Das kann man nicht wegleugnen und das kann man auch nicht auf diese Summe reduzieren, zumal das nicht gerade wenig Geld ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn wir haben gerade über den XFEL diskutiert, diesen neuen Röntgenlaser, der weltweit einmalig ist, und diese bahnbrechende europäische Großforschungsanlage ist nur ein Beispiel für den enormen Innovationsschub, den Hamburg zurzeit im Wissenschaftsbereich leistet. Wir investieren auf vielfältige Weise mit diversen Bauprojekten und Maßnahmen im Bereich Wissenschaft und Forschung. Das zeigt auch die laufende Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Timm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ovens?

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Nein, heute nicht.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Ovens, tut mir leid.

Dr. Carola Timm GRÜNE (fortfahrend):* Aber ich gehe noch auf Ihren Beitrag ein, Herr Ovens, weil Sie die Dauer des Verfahrens kritisiert haben, bis die Drucksache über die 40 Millionen Euro, die wir übrigens schon einmal debattiert haben in der Bürgerschaft, zustande gekommen war. Das liegt nämlich daran, dass wir ein Beteiligungsverfahren durchgeführt haben mit den Universitäten. Die Behörde hat zusammen mit den Universitäten erläutert, wie dieses Geld sinnvoll eingesetzt werden kann. Und Beteiligungsprozesse brauchen eben ihre Zeit. Das ist vielleicht bei der CDU noch nicht aus praktischer Erfahrung bekannt, aber wir GRÜNE leben doch für Beteiligung, und das hat eben eine gewisse Dauer, wenn sie gut ist und wirklich

auch die geäußerten Standpunkte berücksichtigt werden im Entscheidungsprozess.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vor allem profitiert von den 40 Millionen Euro nicht nur die Spitzenforschung, die natürlich insbesondere, sondern auch kleinere Universitäten, die strukturell gefördert werden durch Anhebung der Grundfinanzierung, und auch Fachbereiche außerhalb der Naturwissenschaften erhalten Gelder für die wissenschaftsgeleitete Projektförderung von neuen Forschungsthemen. Da können sich insbesondere die Geisteswissenschaften einbringen.

Darüber hinaus verbessern wir die Studienbedingungen, also die Qualität der Ausbildung, und wir erhöhen die Studierendenanfängerzahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zweites Thema dieser Debatte ist der Neubau des Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie, abgekürzt SDMA, dessen Forschungsanliegen im Zusammenhang mit dem XFEL stehen und das auch auf dem Forschungscampus Bahrenfeld angesiedelt werden wird, denn in Bahrenfeld arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt gemeinsam auf engstem Raum und auf höchstem Niveau an der komplexen Erforschung von Materie. Sie profitieren von der einzigartigen Infrastruktur am Forschungscampus, auf dem sich unter anderem das Helmholtz-Zentrum DESY befindet. Auf diese Weise kann dort hochkarätige, zukunftsweisende Forschung stattfinden, unter anderem zu Materialwissenschaften, Infektionsforschung, Luftfahrt und erneuerbare Energien. All das, von der Grundlagenforschung bis zur Produktentwicklung.

Es handelt sich um einen in diesem Sinne optimalen Forschungskontext, und in dem entsteht nun das SDMA. Damit wird wissenschaftliches Neuland betreten, weil mithilfe neuer Strahlungsquellen die Eigenschaften und das Verhalten von Materie mit höchster räumlicher und zeitlicher Auflösung abgebildet werden kann. Davon erhoffen wir uns wichtige Erkenntnisse unter anderem für die medizinische Wirkstoffforschung, einem sehr wichtigen Bereich, der hoffentlich vielen Patientinnen und Patienten dann zugutekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Hierfür haben der Senat und die Bürgerschaft schon 2012 die Weichen gestellt, für die Gründung dieses Forschungsinstituts, das eine richtungweisende Entscheidung ist für den Wissenschaftsstandort Hamburg und die dort stattfindende exzellente Strukturforschung. Und dementsprechend hat auch die gemeinsame Wissenschaftskonferenz, also auf länderübergreifender Ebene, 2013

(Dr. Carola Timm)

einer überregionalen Finanzierung der Bund-Länder-Gemeinschaft zugestimmt zugunsten dieser exzellenten Forschungsvorhaben.

Das hochkarätige, für die Metropolregion Hamburg zukunftsweisende Institut wird in Bahrenfeld entstehen. Dort wird ein Grundstück im Rahmen des Erbbaurechts bestellt, und Beginn der Baumaßnahme ist ziemlich bald, nämlich bereits Anfang 2017. Und die Fertigstellung wird für 2020 anvisiert. Das SDMA wird in Hamburg zu einem internationalen Zentrum für Strukturforschung, das noch mehr hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Hamburg locken wird. Das ist ein weiterer Meilenstein exzellenter Forschung. Unsere Stadt ist damit auf dem Weg zu einer Wissenschaftsmetropole mit internationaler Strahlkraft. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Präsidentin! Herr Tode, das, was Sie gesagt haben, und dieser Antrag sind wieder symbolisch für die falsche Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung, nicht nur in der letzten Zeit, sondern auch in den letzten Legislaturperioden. Es geht hauptsächlich um Exzellenz und Spitzenforschung. Auch in diesem Fall sind es wieder drei Viertel der Gelder, die dort investiert werden, und nur ein Viertel geht in die Finanzierung des Fundaments. Das ist grundlegend falsch. Und genau deshalb können wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben es hier doch gehabt in den Debatten, die Zukunft der Berufsschullehrerinnen und -lehrer, das Gesundheitswesen, Sonderpädagogik und Holzwirtschaft, und andere werden folgen. Wir wissen es. Und es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, die Studienanfängerzahlen würden angehoben, nein, wir haben es gesehen in den Haushaltsplänen, sie werden sinken. Das können Sie auch nicht verdrehen. Die Ausrichtung Ihrer Hochschulpolitik geht zuungunsten der Studierenden, und sie geht wirklich zuungunsten des Wissenschaftsstandortes Hamburg, denn nur Exzellenz mit sehr wenig Ausfinanzierung in der Ebene, das ist nicht unsere Zielrichtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ohnehin sind 40 Millionen Euro viel zu wenig. Wir brauchen eine Ausfinanzierung der Hochschulen, wir brauchen eine Ausfinanzierung auch der Forschung. Und genau dafür fehlt das Geld. Da sind wir wieder beim Sparschweinchen, Herr Tode, die Vermögensteuer oder die Schuldenbremse, das wären Lösungen, oder auch das Finanzrahmengen-

setz. In anderen Bereichen konnte man das dehnen, im Wissenschaftsbereich nicht. Das ist ein Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben über das Max-Planck-Institut gesprochen. In der Debatte habe ich schon skizziert, dass es an anderen Standorten Korruptionsvorwürfe gab, die auch wirklich berechtigt waren. Und dann hat die Bürgerschaftskanzlei gesagt, ja, das sei ihr bewusst, man wolle das in Hamburg ausschließen. Das finde ich gut und wichtig und richtig.

Das Problem ist aber, dass in der gleichen Argumentationsreihe gesagt wurde, Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher müssten mit innovativen Methoden angelockt werden, und dafür müssten eben manchmal mehr oder weniger innovative Methoden genutzt werden, die sich nicht im Rahmen des Normalen bewegten. Das ist natürlich mehr als fraglich. Das sollten wir nicht tun, die Bürgerschaftskanzlei hat auch gesagt, sie mache das nicht, aber an den anderen Standorten ist das passiert. Wie sollen wir das ausschließen? Da müssen wir nachbessern und auf jeden Fall unsere Augen darauf werfen.

Ich möchte noch etwas sagen zum Max-Planck-Institut insgesamt. Sie haben gesagt, da gebe es nichts zu kritisieren. Ich zitiere einmal aus der Selbstbeschreibung:

"Neue Methoden ermöglichen es Physikern und Biologen am Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie, Neuland in der Wissenschaft zu betreten. Mithilfe neuer Strahlungsquellen, vor allem mit dem Röntgen-Freie-Elektronen-Laser, der am DESY in Hamburg gebaut wird, können die Forscher die Eigenschaften und das Verhalten von Materie mit einer räumlichen Auflösung von wenigen Nanometern und in Zeitintervallen und wenigen milliardstel Bruchteilen einer milliardsten Sekunde abbilden, und dann können sie in die Struktur dieser Materie eingreifen durch die Bündelung der Strahlen."

Klingt erst einmal alles sehr nett. Wenn wir jetzt aber zurückkommen auf das Buch "Die Physiker" von Friedrich Dürrenmatt – ich weiß nicht, ob Sie das verstanden hatten, Herr Schinnenburg –, so ist das nichts Triviales, sondern da wird sich auf hohem geistigen Niveau auseinandergesetzt mit den Wirkungen der Physik und Rückwirkungen der Physik auf die Gesellschaft. Da geht es um einen Physiker, der gesagt hat, wenn meine Forschung in die Praxis umgesetzt wird in einer Gesellschaft, in der nicht humanitäre und menschenrechtliche Werte im Mittelpunkt stehen, dann ist das verheerend, und diese Physik könnte zur Vernichtung führen. Er hat deshalb versucht, seine eigene Forschung unter dem Deckel zu halten. Das passiert

(Martin Dolzer)

nachher nicht, weil die Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter in der Hirnanstalt, in die er sich geflüchtet hat, seine Forschung kopiert und meistbietend verschreibt haben, um es einmal lax auszu-drücken. Es ist ein sehr, sehr interessantes Buch.

Und wenn wir uns das Max-Planck-Institut anschauen und sehen, was dort geforscht wird, so kann das sehr gute Auswirkungen haben, aber es ist ein Spannungsfeld. Es kann genauso gut genutzt werden für das, was bei Rheinmetall schon Realität ist. Sie sagen, die Zukunftswaffe Hochenergielaser war bei Rheinmetall schon Realität. Und dann wird mit sehr ähnlichen Worten beschrieben, wie mit einem Laser festes Material wie in der Forschung beim Max-Planck-Institut vernichtet werden kann bis hin zu Flugzeugen mit Insassen.

In Hamburg wird nicht militärisch geforscht, aber die Trennlinie dazwischen ist so dünn und so schmal, dass wir es überhaupt nicht ausschließen können, dass die Forschung, die hier friedlich betrieben wird, an anderer Stelle anders genutzt wird. Genau dieses Spannungsfeld müssen wir meines Erachtens ausloten, und genau deshalb müssen wir kritisch sein.

Also zwei Punkte: Wir können nicht zustimmen, weil erstens in der Fläche ausfinanziert werden muss, und zweitens ist nicht jede exzellente Forschung eine Forschung, die auch im Frieden und im Sinne der Menschenrechte ist. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sagen Sie einmal, Herr Tode, warum melden Sie eigentlich immer wieder irgendetwas aus dem Bereich Wissenschaft zur Debatte an? Ich meine, das sind doch alles reine Kamikaze-Anmeldungen. Sie können doch damit überhaupt nichts gewinnen. Sie können auch mit diesem Etat nichts gewinnen, und Sie können mit dieser Senatorin nichts gewinnen. Warum tun Sie sich das eigentlich immer wieder an?

(Beifall bei *Martin Dolzer DIE LINKE – Dr. Sven Tode SPD:* Nur um Sie zu hören!)

Die Hochschulen sind unterfinanziert. Es gibt immer neue Horrormeldungen.

(Beifall bei *Katja Suding FDP – Dr. Sven Tode SPD:* Sprechen Sie zum Thema!)

Das sind einmal die Holzwirtschaft, das Steuerrecht und das Seerecht. Die Liste ist fast beliebig lang. Die Situation ist katastrophal, das werden Sie mit noch so schönen Debattenanmeldungen nicht vermeiden können, ganz im Gegenteil, das wird

immer nach hinten losgehen. Aber wenn Sie die Debatte wollen, dann bekommen Sie sie halt.

Nun fangen wir einmal an. Das Positive ist an sich, dass insgesamt 40 Millionen Euro mehr für Hochschulen zur Verfügung stehen. Aber das ist doch schon eine Mogelpackung, denn die 40 Millionen Euro sind nicht pro Jahr, sondern pro Jahr sind es nur 8 Millionen Euro. 8 Millionen Euro, nicht 40 Millionen Euro. Wenn Sie hier also von 40 Millionen Euro reden, dann greifen Sie auf etwas vor, was wir später einmal beschließen werden. 8 Millionen Euro sind es pro Jahr.

Und dann werden diese 8 Millionen Euro in der Tat völlig falsch verteilt. Die Universität Hamburg wird 2016 einen Verlust von 30 Millionen Euro machen, die TU von etwa 4,5 Millionen Euro, das steht im Haushaltsporträt der Senatorin, Seite 16. Die bekommen nichts. Das heißt, da, wo ständig von der Substanz gelebt wird, gibt es nicht einmal etwas von den 8 Millionen Euro.

Und dann die Sache mit dem Missbrauch. Sie verwenden dieses Geld für die Eitelkeit der Senatorin. Sie möchte ablenken, auch von ihrer schlechten Wissenschaftspolitik, und versucht irgendwie, im Exzellenzwettbewerb des Bundes zu punkten. Dafür verwendet sie über die Hälfte dieses Geldes, dieser 40 Millionen Euro über fünf Jahre. Und da sie genau weiß, dass das nicht einmal reicht, weil selbst dann die Hamburger Hochschulen immer noch völlig unterfinanziert sind, hat sie auch noch den Bürgermeister losgeschickt oder er sie – umgekehrt, ich glaube, eher Letzteres, weil sie sich das wahrscheinlich gar nicht zutrauen würde –,

(*Dorothee Martin SPD:* Ach, Mensch!)

und noch kurzerhand die Kriterien aufgeweicht. Also was sich bisher Exzellenz auf Bundesebene nannte, ist durch den Einfluss von Fegebank und Scholz zu einem Exzellenzchen vielleicht geworden. Dieselben Mittel werden auf wesentlich mehr Hochschulen verteilt. Und ganz nebenbei haben sie die kleinen Hamburger Hochschulen rausgekegelt, denn man braucht künftig mindestens zwei Institute, das können Uni und TU wenigstens theoretisch leisten, aber die kleinen Hochschulen können das gar nicht, und viele andere kleine Hochschulen in Deutschland auch nicht. Sie versuchen also nur simpel, ein gutes Projekt, nämlich die Exzellenzstrategie, für sich auszunutzen, und zerstören damit eigentlich eine gute Initiative auf Bundesebene. Das ist schändlich. Das müssen Sie sich anhören, wenn Sie schon so eine Debatte anmelden.

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt. Wie gesagt, etwa 8 Millionen Euro pro Jahr wollen Sie in der Tat mehr ausgeben. Nun war ich selbst vor etwa sechs Wochen überrascht, als ich das Haushaltsporträt Ihrer Senatorin bekam. Oben steht 8 Millionen Euro mehr, und dann steht ein paar Zeilen darunter, globale Minderkosten würden um

(Dr. Wieland Schinnenburg)

9 Millionen Euro erhöht. Das heißt, was oben mehr hineingegeben wird, wird unten gleich wieder ein-kassiert. Im Ergebnis: Nicht einmal 8 Millionen Euro kommen bei den Hochschulen an, sondern sogar einige Hunderttausende Euro minus. Das ist die wahre Lage. Davon können Sie weder mit Ihrer Debattenanmeldung noch mit dieser Drucksache ablenken. Es ist einfach eine Mogelpackung, was Sie uns hier vorlegen.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir auf die wahre Lage der Hochschulen. Das kann man so schön in den Jahresabschlüssen der Hochschulen nachlesen. Die sollten eigentlich im März oder April jeden Jahres vorgelegt werden. Unsere Fraktionsvorsitzende und haushaltspoliti-sche Sprecherin hat einmal – ich glaube, im Au-gust war es – nachgefragt, wo denn all diese Ab-schlüsse bleiben würden. Dann kamen sie, aber nicht etwa als Drucksache – die Drucksache hätten Sie einmal bringen sollen –, sondern sie sind nur im Internet zu finden. Aber da wir auch ein Internet haben, habe ich natürlich nachgelesen. Und darin steht, wie die reale Lage ist. Alle Hochschulen – ich kann das gern zitieren, das haben wir auch im Ausschuss schon gemacht – beklagen sich, sie hätten eine reale Senkung der zur Verfügung ste-henden Mittel. Kein Wunder, wenn es um 0,88 Pro-zent steigt, die Kosten immer mehr steigen, ist es eine reale Kürzung.

Es wurde schon gesagt, dass mehrere Hoch-schulen deswegen Personal abbauen müssten. Al-so nicht irgendwie Aufwachs- oder Schwerpunkt-setzung, sondern Abbau. Die HCU muss es tun, die TU, und die Universität Hamburg muss es auch tun. Einzige Ausnahme ist das UKE, das ist ein an-deres Thema.

Und dann kommt die Hafencity Universität, ab 2021 kann sie ihren Betrieb nicht mehr weiterfüh-ren, teilt sie mit in diesen Jahresabschlüssen. Das ist die wahre Lage der Hamburger Hochschulen, nicht das, was Sie uns hier per Drucksache ver-kaufen wollen.

Was sagt nun unsere Senatorin dazu? Hat sie mehr Geld? Wir haben festgestellt: nein. Aber sie hat doch etwas. Sie hat gesagt, das konnte man nachlesen in der Zeitung, sie möchte die Hoch-schulen in den Herzen der Hamburger verankern. Warme Worte zu trockenem Brot. Das ist ungefähr die Strategie der Senatorin. Sie werden verstehen, Herr Dr. Tode, dass wir das nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP und bei *Carsten Ovens CDU*)

Jetzt noch zur anderen Drucksache, der SDMA-Drucksache. Ja, wir werden dem am Ende zustim-men. Es ist ein gutes Ziel, aber es ist eine dilettan-tische Drucksache. Die Senatorin hat es nicht ge-merkt, ihre Mitarbeiter haben es nicht gemerkt, Sie haben es nicht gemerkt, Herr Dr. Tode, Frau Timm

sowieso nicht. Die Drucksache war dilettantisch geschrieben. Hinten ist eine Karte mit den Flur-stücken, die zur Verfügung gestellt werden sollen. Die war schlicht und ergreifend falsch. Darin stan-den die falschen Flurstücke. Das hat keiner von Ih-nen gemerkt. Wir haben es gemerkt.

Diese dilettantische Art und Weise der Arbeit ist nicht das erste Mal, darüber würden wir uns gar nicht aufregen. Genauso war es bei CML, Druck-sache 21/4034. Da konnte man überhaupt zu vie-len Dingen gar nichts sagen, und der Senat in Form des zuständigen Amtsleiters räumt ein, das sei eine eher schlechte Qualität, man hätte das sehr schnell machen müssen, die Senatorin wollte noch schnell etwas haben. Das ist die Art und Wei-se, wie Frau Fegebank arbeitet.

Oder die Technikzentrale der Bundesstraße. 100 Euro Miete pro Quadratmeter werden da ein-mal kurz angesetzt. Darin sind keine hochtechni-sierten Dinge, das sind einfach schlichte Räume, wo Geräte eingebaut werden, die es schon gibt. Dafür verwenden Sie 100 Euro pro Quadratmeter.

Dilettantismus in jeder zweiten Drucksache. Das ist die Arbeit von Frau Fegebank. Und eigentlich hat sie es selbst eingesehen. Denn dieses berühmte Zitat gibt es bei der Diskussion des Ausbildungska-pazitätsgesetzes, ein hochriskantes Gesetz, das ich nicht im Einzelnen diskutieren will. Da sagt Frau Fegebank, Wortprotokoll vom 8. April:

"Ich habe dieses Gesetz sicherlich noch nicht bis in den letzten Detaillierungsgrad durchdrungen."

– Zitatende.

Eines der wichtigsten und riskantesten Gesetze hat sie nicht wirklich verstanden. Das ist nichts an-deres als Dilettantismus. Diese Senatorin speist die Hochschulen mit trockenem Brot ab, macht ir-gendwelche blumigen Sprüche und beherrscht nicht einmal ihr Fach. Das ist keine Grundlage für Hochschulpolitik, das ist einfach nur peinlich. Ich empfehle Ihnen, keine Wissenschaftsdebatten mehr anzumelden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort be-kommt Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Prä-sidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns auf das Institut für Struktur und Dyna-mik der Materie der Max-Planck-Gesellschaft, das in Bahrenfeld entstehen soll. Dieses Institut ist eine tolle Sache. Der Wissenschafts- und Forschungs-standort Hamburg wird gestärkt. Auch die Stand-ortwahl ist gut durchdacht. In unmittelbarer Nähe zu DESY und den angeschlossenen Forschungs-

(Andrea Oelschläger)

einrichtungen wird so ein Hochtechnologiecluster entwickelt.

Zur Konzeption der Ansiedlung passt auch das 60-jährige Erbbaurecht. Üblich sind zwar eher 50 Jahre, aber beide Seiten haben ein Interesse an einer möglichst langen Laufzeit, die Max-Planck-Gesellschaft wegen der bei ihr anstehenden hohen Investitionen in das Institut, Hamburg wegen der dadurch gesicherten langfristigen Bindung der Max-Planck-Gesellschaft an Hamburg.

All dies gibt es nicht ohne Kosten. Knapp 5 Millionen Euro kostet Hamburg die Erschließung des Geländes, inklusive Kostenrisiken. Außerdem kommt über die Laufzeit ein Verzicht auf Erbpachtzinsen in Höhe von rund 1,25 Millionen Euro hinzu. Viel Geld in der Tat, und in der Tat stellt sich zuerst die Frage, warum wir diese Kosten tragen. Die Max-Planck-Gesellschaft erforscht in ihren Einrichtungen von Astronomie über Geoforschung, Sozialwissenschaften bis hin zur Zellbiologie auf allen Gebieten des Lebens.

Grundlagenforschung ist nicht nur wegen des damit verbundenen Erkenntnisgewinns wertvoll, sondern ist ein zentraler Innovationstreiber. Nur, wenn wir die Welt verstehen, können wir sie auch zum Besseren ändern, dann werden wir frei von Ideologie, unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zukunftsfähige Entscheidungen treffen können.

Viele Städte wollen bei dieser Entwicklung mit dabei sein. Daher gibt es einen regelrechten Wettbewerb um die Ansiedlung zukunftsweisender Institute. Und daher ist die Antwort auf die Frage, warum wir das zahlen: Weil sonst diese Entwicklungen nicht stattfinden und wir positive Effekte auf den verschiedenen Ebenen verpassen. Aus diesem Grunde werde ich die Kosten auch nicht bekritteln, sondern freue mich auf innovative Forschung am Standort Hamburg. Mehr Geld für die Wissenschaft ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tode von der SPD-Fraktion.

Dr. Sven Tode SPD:* Meine Damen und Herren! Alle, die sich mit Wissenschaft nicht beschäftigen, erleben jetzt, was wir im Ausschuss so alles mitbekommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Schlimm!)

Und vielleicht müsste man das auch einmal klarstellen: Herr Dolzer, es ist einfach nicht einfach mit Ihnen.

(Michael Kruse FDP: Das bedurfte keiner Klarstellung!)

Wenn Sie jetzt jedem Einzelnen immer einen Korruptionsverdacht unterstellen, wäre das ungefähr so, als wenn Sie sagen wollten, es gibt Bankräuber, und deswegen seien alle im Raum hier potenzielle Bankräuber. Diese Dokumentation ist ein bisschen unsinnig. Und genauso unsinnig ist es zu sagen, man könne eine Sache auch tatsächlich als Nicht-Friedensforschung nutzen. Ja, das kann man, das ist richtig. Man kann auch ein Messer nutzen, um Brot zu schneiden, um Brot zu schmieren, man kann mit einem Messer aber auch jemanden erstechen.

Also es geht darum, welche Regeln man aufsetzt. Aber darauf zu sagen, wir forschen nicht mehr weiter oder wir machen grundsätzlich keine Max-Planck-Institute, das ist wirklich das Ende jeglicher Wissenschaftspolitik, und da haben Sie sich total verabschiedet aus diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Dolzer, ich würde Ihnen doch dringend empfehlen, einmal das kleine Einmaleins zu lernen, was ein Drittel ist, was ein Viertel ist und so weiter. Vielleicht ist das mit den Zahlen nicht Ihre große Stärke, aber zu behaupten, dass drei Viertel der 40 Millionen Euro nur in Exzellenz gehen, ist absolut absurd. Es wird die Hochschule für Musik und Theater unterstützt, es wird die Hochschule für Bildende Künste unterstützt, es wird die Leistungsförderung unterstützt. Wahrscheinlich gibt es auch in der SUB Bücher, die Ihnen nicht gefallen. Vielleicht dürfen wir auch deswegen die Staats- und Universitätsbibliothek nicht mehr unterstützen. Die werden alle unterstützt. Wie Sie da auf drei Viertel kommen für Exzellenz ist mir völlig schleierhaft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Schinnenburg, warum melden wir Wissenschaft an? Es gibt eine gute Begründung, weil wir nämlich einfach so gute Sachen zu erzählen haben. Das ist der eine Grund, Herr Dr. Schinnenburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der zweite Grund ist, weil wir auch bei Ihnen die Hoffnung nicht aufgeben, dass Sie irgendwann ein Mal zum Thema sprechen und dass Sie sich vielleicht nicht an der Senatorin abarbeiten, an ihrem Geschlecht abarbeiten, an ihrer Funktion abarbeiten, sondern Sie einfach einmal etwas zur Wissenschaftspolitik sagen, und zwar zu der Drucksache, die gerade auf dem Tisch liegt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und da Sie doch Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses sind, ist es, wie gesagt, eine Grundvoraussetzung, gut zu lesen. Es ist so, dass zwei Flurstücke zu einer neuen Nummer zusammengefasst wurden, wie Ihnen in der Protokollklärung sehr ausführlich beschrieben worden ist. Und diese neue Flurnummer, die völlig richtig ist, steht auch

(Dr. Sven Tode)

in der Drucksache. Also ist es keine falsche Flurnummer, es ist eine völlig richtige. Hilft, wenn man liest.

Ein letzter Satz: Vielleicht aber, Herr Dr. Schinnenburg, haben wir mit Ihnen auch einfach Mitleid. Offensichtlich können Sie sich in der Fraktion nicht durchsetzen und Wissenschaftsdebatten anmelden. Wir hoffen, dass auch die FDP-Fraktion künftig inhaltliche Diskussionen anmeldet, und dann können wir uns darüber auseinandersetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Sie ahnen es, es gibt weitere Wortmeldungen. Das Wort bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Herr Tode, das ist lustig, dass Sie mit so einem Holterdiepolter-Populismus hier ankommen und versuchen, einfach dadurch jemand anderem die Qualifikation abzusprechen, zu versuchen, etwas durchzusetzen oder zu rechtfertigen, wo man vielleicht einfach einmal darüber nachdenken sollte.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Wenn Sie das mit drei Viertel nicht verstehen!)

Ich kenne Sie eigentlich als einen sehr reflektierten Menschen. Ich dachte, Sie hätten auch "Die Physiker" gelesen und zumindest würden Sie Abwägungen machen, was mit Forschung passiert, und nicht einfach und simpel diffamierend sagen, diese Abwägungen müssten wir nicht mehr machen. Das ist doch der Bankrott eines jeden Reflektierens über die notwendige Ausrichtung von Forschung und Wissenschaft und über die notwendige Reflexion der Gefahren dadurch. Das, was Sie eben gemacht haben, ist wirklich gefährlich, Herr Tode, und das muss ich aufs Strikteste zurückweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

30 Millionen von 40 Millionen Euro sind wie viel?

(*Christiane Blömeke GRÜNE:* Sagen Sie es uns!)

30 Millionen von 40 Millionen Euro sind wie viel, Herr Tode? Ist das drei Viertel oder nicht? Nein. Alles klar. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

(*Farid Müller GRÜNE:* Aber zur Sache! – *Dirk Kienscherf SPD:* Aber zur Drucksache! Nehmen Sie sie einmal mit nach vorne!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Tode, erst machen Sie eine Kamikaze-Anmeldung, jetzt machen Sie noch einen Kamikaze-Beitrag. Sie haben uns gerade einreden wollen, da wären nur zwei Zahlen zusammengefasst gewesen. Dann kann ich es Ihnen nicht ersparen, die Mitteilung der Senatskanzlei, Geschäftsstelle des Senats vom 21. September 2016, zu dieser Drucksache 21/4661 einmal kurz vorzutragen. Keine Angst, das ist insgesamt so peinlich, ich gebe eine Zusammenfassung.

Nicht weniger als fünf Änderungen für wenige Seiten einer Drucksache. Die musste nach der Erkenntnis im Wissenschaftsausschuss, von uns herbeigeführt, an nicht weniger als fünf Stellen geändert werden: Abbildung 3.1, 4.4, Anlage 1, Anlage 1, zweiter Teil, und die Karte. Das ist ein Zeichen von Peinlichkeit.

(*Farid Müller GRÜNE:* Nein, das ist ein Zeichen von Stärke der Bürgerschaft!)

Herr Tode, warum tun Sie es Ihrer Senatorin an, das auch noch einmal so offenzulegen, wie dilettantisch Ihre Behörde Drucksachen macht? Fünf Änderungen für eine Drucksache, die nur wenige Seiten lang ist. Da hätten Sie sie deutlich darauf hinweisen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Ich kann, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen, warum diese Wissenschaftsdebatten immer so eskalieren. Vor allem diese persönlichen Angriffe auf die Senatorin kann ich nur so interpretieren, dass Sie inhaltlich gar nicht so viel zu sagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Und das hat sie auch bestätigt, Herr Schinnenburg. Diesen Kleinkram mit der Drucksache klären Sie mit Herrn Tode vielleicht besser bilateral. Was Sie gesagt haben, das Geld reiche nicht, kann man immer sagen, in jedem Politikbereich. Das ist wahrlich nichts Neues, und dazu habe ich mich in dem Beitrag eben schon geäußert.

Ein zweiter Punkt, den Sie angesprochen haben, Exzellenzstrategie. Es ist nicht richtig, dass das nur Show war, es gibt eine wesentliche Änderung für Hamburg, die unsere Senatorin zusammen mit dem Ersten Bürgermeister erreicht hat, nämlich die Durchlässigkeit der Exzellenzinitiative, die jetzt Exzellenzstrategie heißt. Jetzt wird nach sieben Jahren geschaut, ob die Exzellenz tatsächlich gewahrt wird bei den einzelnen Universitäten, und es können neue dazukommen. Das ermöglicht einen flexiblen Wettbewerb, und das wäre nach der ur-

(Dr. Carola Timm)

sprünglichen Regelung nicht der Fall gewesen. Es ist also eine sehr wichtige Änderung.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Farid Müller*
GRÜNE: Das muss doch auch der FDP gefallen!)

Zum Kapazitätsrecht sagen Sie, die Senatorin hätte das nicht im Detail durchdrungen. Es ist aber nicht Aufgabe einer Senatorin, eine fachlich hochkomplexe, juristische Materie im Detail zu durchdringen. Das Senatorenamt ist eine politische Führungsaufgabe. Also es ist ein völlig falsches Aufgabenverständnis zu erwarten, dass man solche Sachen im Detail durchdringt. Ich meine, wozu braucht man eine Behörde mit den Fachreferentinnen und -referenten? Das wäre ein völlig falsches Führungsverständnis. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Noch einen Fehler entdeckt?)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich höre mir vieles an, aber offensichtliche Falschinformationen kann ich hier nicht stehen lassen. Frau Timm, Sie haben gerade gesagt, die entscheidende Änderung war, man könne jetzt irgendwie nach sieben Jahren noch eine Änderung herbeiführen. Das hat die Senatorin auch schon einmal erzählt. Dazu habe ich mir erlaubt, eine Anfrage zu stellen, das ist die Drucksache 21/4941, Frage 6:

"Trifft es zu, dass am 22. April 2016 ...",

das war vor dem Eingreifen der Senatorin,

"... bereits beschlossen wurde, dass Universitäten, die in die Exzellenzstrategie aufgenommen wurden, als Folge der Evaluation aus der Förderung ausscheiden können?"

Simple, klare, eindeutige Antwort des Senats: ja.

Bevor Ihre Senatorin oder der Erste Bürgermeister irgendetwas gemacht hat, war es selbstverständlich so, dass bereits Universitäten ausscheiden konnten, wenn sie den Kriterien nicht entsprachen. Und das ist bei vier Hochschulen auch schon passiert.

Das, was Sie gebracht haben, ist die gleiche Falschinformation, die die Senatorin hier vor einigen Wochen schon einmal gegeben hat. Das ist falsch, darum ging es nicht. Es war vorher durchlässig und es ist nachher durchlässig. Es ging nur darum, die Kriterien der Exzellenzstrategie zu verässern, damit Hamburg da irgendwie zum Zuge kommt trotz völliger Unterfinanzierung. Das war der einzige Grund, warum Sie das gemacht haben.

Alles andere sind nur – Erzählungen, sagen wir einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zu den Abstimmungen kommen.

Zunächst zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 21/6176.

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen und den Senatsantrag aus Drucksache 21/4661 in der vom Senat am 21. September 2016 berichtigten Fassung annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen nun zum Bericht aus Drucksache 21/6177. Wer hier der Empfehlung des Haushaltsausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen angenommen.

Auch hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich auch hier nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 22 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/6049, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Mai 2015, "StadtRAD-Stationen ausbauen – Bezirke bei der Standortsuche beteiligen".

[Senatsmitteilung:

(Vizepräsidentin Barbara Duden)**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Mai 2015 "StadtRAD-Stationen ausbauen – Bezirke bei der Standortsuche beteiligen", Drucksache 21/448 – Drs 21/6049 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD, GRÜNEN und LINKEN an den Verkehrsausschuss überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Pohnicht von der SPD-Fraktion.

Lars Pohnicht SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg hat das erfolgreichste StadtRAD-System der Republik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und es liegt nicht nur an der Idee an sich, es liegt auch an dem konsequenten und nachhaltigen Ausbau in der Fläche. Deswegen haben die Hamburgerinnen und Hamburger und die Gäste unserer Stadt dieses Verkehrsmittel mit so viel Begeisterung angenommen, und deswegen werden wir es erfolgreich weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Rund 40 000 Nutzerinnen und Nutzer kann das StadtRAD jeden Monat verzeichnen, über 2,5 Millionen Fahrten pro Jahr. Rund 350 000 Kunden haben sich in Hamburg mittlerweile für die Nutzung des StadtRADs registriert. Das sind beeindruckende Zahlen, Zahlen, die den Erfolg dieses Instruments einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilitätsstrategie des Senats einmal mehr unterstreichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die vorliegende Senatsmitteilung dokumentiert deutlich, welche Anstrengungen der Senat seit 2011 unternommen hat, um das Konzept mit Kraft und Nachdruck auszudehnen. Bald können Kunden sich an 209 Stationen ihr StadtRAD ausleihen, 2 500 Räder stehen rund um die Uhr zur Verfügung.

Alle Bezirke, wirklich alle Bezirke verfügen heute über das StadtRAD, auch die vermeintlichen Rand- und Insellagen wie Harburg oder Bergedorf sind an das System angeschlossen worden. Das war ein wichtiger und lange überfälliger Schritt, den wir vollzogen haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Michael Kruse* FDP: Und Neuwerk?)

– Neuwerk ist auch Teil eines Bezirkes, wenn ich mich nicht irre.

Unser Antrag aus dem Mai 2015 hatte nicht nur die reine Standortausweitung zum Ziel, sondern auch eine breite Beteiligung der Bezirke hat für uns eine entscheidende Rolle gespielt. Und da finde ich es besonders bemerkenswert, dass mehr als die Hälfte aller neuen Stationen auf Grundlage von Emp-

fehlungen aus unseren Bezirken errichtet worden sind. Den sach- und ortskundigen Mitgliedern in den bezirklichen Ausschüssen und der Bezirksverwaltung gehört daher unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Hervorheben möchte ich ebenfalls die Kooperation mit der Wirtschaft. Auch Unternehmen haben den großen Mehrwert des StadtRADs erkannt und sich bei der Ausweitung des Netzes beteiligt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für den Erfolg des StadtRADs.

Mit dem StadtRAD verhält es sich wie mit so vielen Dingen, Erfolg hat immer viele Väter,

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Mütter auch!)

doch besonders bemerkenswert finde ich hier das Verhalten der CDU. Am Montag konnte ich in der "Hamburger Morgenpost" lesen, Herr Thering habe behauptet, dass das StadtRAD zur Regierungszeit der CDU angerollt gekommen sei. Man hätte es auch anders formulieren können: Die CDU hat es seinerzeit nicht geschafft, das StadtRAD zu verhindern.

(*Dennis Thering* CDU: Lächerlich!)

Ich möchte Folgendes noch einmal deutlich machen. Wenn ich zurückschaue ins Jahr 2003, da war es so, dass die damals noch Grün-Alternative Liste zum ersten Mal ein Fahrradverleihsystem beantragt hat zur Alleinregierungszeit der CDU, was Sie seinerzeit abgelehnt haben.

(Beifall bei *Martin Bill* GRÜNE)

Dann, 2005, hat die SPD-Fraktion noch einmal das StadtRAD beantragt, was Sie seinerzeit nicht direkt abgelehnt, aber an den Ausschuss überwiesen haben und die Idee auch nicht weiter verfolgten. Erst 2008 dann, während der Regierungszeit mit den GRÜNEN, haben Sie sich darauf eingelassen, ein StadtRAD in Hamburg zu realisieren. Man könnte, wie gesagt, auch sagen, Sie konnten es nicht verhindern. Und die Geschichte scheint sich zu wiederholen.

(*Dennis Thering* CDU: Da klatschen nicht mal Ihre eigenen Leute!)

Die Weiterentwicklung des StadtRADs ist mit dem Koalitionsvertrag von uns Sozialdemokraten mit den GRÜNEN beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So heißt es dort ausdrücklich:

"Bei einer Neuausschreibung des Fahrradverleihsystems soll explizit das Flottenangebot ausgeweitet werden. Sowohl Pedelecs als auch Lastenräder oder solche mit Kindersitz sollen im Portfolio des zukünftigen Anbieters enthalten sein."

(Lars Pochnicht)

Übrigens haben wir die Pläne hier schon einmal erwähnt. Wenn die CDU das jetzt als ihre neuen Ideen verkaufen will, dann kommen Sie, wie so oft, deutlich zu spät.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber für die Fahrradstadt Hamburg sind natürlich weit mehr Maßnahmen erforderlich, als ein StadtRAD-System auszubauen. Überall dort, wo Verkehrsflächen saniert werden – und das machen wir in erheblich größerem Umfang, als es beispielsweise unter Ihnen der Fall gewesen ist –,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

werden eigene sichere Räume für den Radverkehr geschaffen.

(Dennis Thering CDU: Sicher vor allem!)

– Sicher vor allem.

Wir wissen, es wird noch Jahre dauern, bis in der gesamten Stadt und bei allen Teilen der Bevölkerung ein Bewusstsein des Miteinanders im Straßenraum etabliert ist, aber auch das StadtRAD und sein Erfolg zeigen, dass immer mehr Menschen in der Metropole die Stärken des Fahrrads erkennen und nutzen wollen. Und dazu gehören, wie gesagt, nicht nur sichere Radfahr- und Schutzstreifen, Fahrradwege, sondern auch ein leistungsfähiges Alltagsradwegenetz, das sogenannte Veloroutennetz, sowie strategisch gut platzierte Bike+Ride-Anlagen. Hier können wir schon jetzt klare Erfolge nachweisen. Ich möchte nur das Bike+Ride-Konzept erwähnen, wo wir 1 200 Stellplätze pro Jahr realisieren werden, sodass wir in zehn Jahren 12 000 neue Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen haben werden. Wir investieren hier über 30 Millionen Euro. Das zeigt eindeutig, wie wichtig uns dieser Punkt ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber wir investieren nicht nur in diese Abstellanlagen, sondern auch in sichere Radverkehrsanlagen, Radwege, Radfahr- und Schutzstreifen. 30 Millionen Euro werden wir investieren, um das Veloroutennetz fertigzustellen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ich dachte, es sind 33!)

Wir werden auch Teile davon investieren, um Radwege, Radverkehrsanlagen zu sanieren. Damit und mit vielen weiteren Maßnahmen wollen wir unser Ziel erreichen, den Anteil des Fahrrads am Mobilitätsmix auf 25 Prozent in den Zwanzigerjahren zu steigern. Das StadtRAD leistet dazu einen wichtigen Beitrag und wir werden dafür sorgen, dass die Erfolgsgeschichte eine Fortsetzung findet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Pochnicht. – Das Wort hat jetzt Herr Thering von der CDU-Fraktion.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pochnicht, Sie sollten sich gemeinsam mit uns darüber freuen, dass wir 2009 dieses großartige StadtRAD auf den Weg gebracht haben und Sie das positiv weiterentwickeln – da müssen wir uns überhaupt nichts vormachen. Das ist doch ein Thema, für das wir uns gemeinsam einsetzen. Darüber sollte man sich freuen und nicht anfangen, wieder einmal die Tatsachen zu verdrehen. Das bringt uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Um es gleich am Anfang deutlich zu sagen: Das StadtRAD ist eine Erfolgsgeschichte; darüber gibt es keine zwei Meinungen. Die Zahlen zeigen, dass das StadtRAD sich etabliert hat und ein weiterer Ausbau absolut lohnenswert ist. Genau aus diesem Grund haben wir im vergangenen Jahr Ihrem Koalitionsantrag zugestimmt. Der Erfolg des StadtRADs ist aber kein Selbstläufer; auch Erfolgsgeschichten können irgendwann einmal zu Ende gehen. Deshalb müssen wir alle gemeinsam hart daran arbeiten, dass das StadtRAD sich immer weiterdreht. Selbstzufriedenheit und Stillstand wären Gift für dieses tolle Projekt. Daher sollten Sie die Hände nicht in den Schoß legen, sondern weiter massiv am Ausbau des StadtRADs arbeiten. Insofern passt es sehr gut, dass dieser Bericht heute zu dieser Debatte angemeldet worden ist, da wir als CDU ebenfalls in dieser Sitzung einen Antrag eingebracht haben, der sich mit genau dieser Zukunftsfrage beschäftigt. Da Sie diesen Antrag überweisen, können wir damit nicht völlig verkehrt liegen. Für uns ist nämlich, wie bei der Verkehrsförderung insgesamt, die oberste Prämisse, dass es die Weiterentwicklung des StadtRADs nur mit Augenmaß und ohne Zwang geben darf. Jetzt werden Sie bestimmt fragen, was denn die CDU mit "ohne Zwang und Augenmaß" meine. Es geht uns als CDU konkret darum, dass wir den Menschen in unserer Stadt keine pauschalen Patentlösungen aufzwingen, so wie Sie es häufig auch in der Radverkehrspolitik in unserer Stadt tun.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen den Menschen Angebote machen, um somit einen angemessenen Mobilitätsmix zu erhalten. Parkplatzvernichtung im vierstelligen Bereich, Radfahrstreifen auf Hauptverkehrsstraßen und Fahrradstraßen gegen den Willen der Anlieger, gegen den Willen der Polizei, gegen den Willen der Verkehrsunternehmen und der Unternehmer, Stichwort Walddorfer Straße, sind leider genau das Gegenteil unserer Philosophie.

(Beifall bei der CDU)

(Dennis Thering)

Nach unserer festen Überzeugung muss das StadtRAD Hamburg daher hinsichtlich dreier Aspekte schwingvoll weiterentwickelt werden. Es geht nicht nur um die von Ihnen angesprochene Quantität, sondern vor allem auch um die Qualität und um den finanziellen Bereich, der bei Ihnen bisher deutlich zu kurz gekommen ist. Die Zahl der Stationen muss nicht so zurückhaltend ausgebaut werden, wie Sie es machen. Wir fordern, dass bis 2025 die Anzahl der StadtRAD-Stationen auf 300 ausgeweitet wird, damit die Bezirke und Stadtteile, die bisher überhaupt nicht berücksichtigt worden sind, endlich erschlossen werden. Was diesen Punkt angeht, war ich schon fast ein wenig entsetzt, als ich den vorliegenden Senatsbericht gelesen habe. Auf Seite 2 wird nämlich wortreich begründet, warum der Ausbau von StadtRAD in den innenstadtfernen Stadtteilen schwierig bis unmöglich sein sollte. Das müssen Sie uns einmal erklären. Harburg, lieber Herr Pochnicht, ist offensichtlich Ihr negatives Musterbeispiel. Doch ausgerechnet das Harburger Beispiel zeigt uns exemplarisch, dass es total kontraproduktiv ist, mit dem Bedienungsgebiet an der Stadtgrenze haltzumachen. Die HVV-Busse und -Bahnen stoppen doch auch nicht abrupt, wenn sie nach Niedersachsen oder Schleswig-Holstein fahren.

(Sören Schumacher SPD: Du warst doch noch nie in Harburg!)

Hier muss der Senat deutlich fortschrittlicher und auch deutlich mutiger sein. Wenn dann noch die Öffentlichkeit bei der Standortfindung zum Beispiel mit onlinegestützten Verfahren beteiligt wird, dann wird das StadtRAD auch langfristig erfolgreich sein. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Aber Masse allein reicht nicht aus – das hatte ich eben schon gesagt –, sondern wir müssen das StadtRAD auch qualitativ weiterentwickeln. Wir müssen auf Kundenwünsche reagieren, das ist sehr wichtig, um noch mehr Menschen für den Umstieg vom Auto auf das Rad zu begeistern. Daher fordern wir, dass die StadtRAD-Flotte spätestens bis zur neuen Betreiberausschreibung 2018 weiterentwickelt wird; Lastenfahrräder, Kindersitze, Pedelecs waren eben schon genannt worden. Deren Verfügbarkeit muss zudem zeitgerecht und standortgenau dann auch im Internet erfasst werden. So radeln wir buchstäblich mit der Zeit und reagieren frühzeitig auf sich ständig ändernde Kundenwünsche in unserer Stadt.

Ich fand es äußerst schade, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass Sie, anstatt zu erwähnen, dass wir als CDU genau das in unserem eigenen Radverkehrskonzept gefordert haben, dies vor drei Wochen einfach nur stumpf abgekuppert und in Ihrer Pressemitteilung am 20. September 2016 abgeschrieben haben, obwohl Sie, wie Sie immer sagen, es gar nicht nötig hätten, von der

CDU abzuschreiben. Das zeigt uns aber, dass wir mit unserem Radverkehrskonzept richtig liegen, und das sollte dann auch einmal honoriert werden, und wenn nicht, werden wir es immer wieder erwähnen.

Die dritte notwendige Weiterentwicklung betrifft die finanzielle Seite. Darüber wurde heute überhaupt noch nicht gesprochen. Es gab und gibt eine SPD-Politikerin in dieser Bürgerschaft – Frau Koeppen ist gerade nicht anwesend –, die in der Bürgerschaftsdebatte 2010 den GRÜNEN und uns eine kreative Buchführung beim StadtRAD vorgeworfen hat. Was soll das heißen? Wir alle wissen, dass es kein Geheimnis ist, dass öffentliche Mobilitätsangebote häufig auch Zuschussgeschäfte sind. Wichtig ist aber dabei, dass die Investitionen in die Verkehrsmittel nicht zulasten anderer Verkehrsmittel gehen. Dazu habe ich mir ein Zitat von Frau Koeppen herausgesucht. Sie sagte nämlich damals:

"Den Ausbau von StadtRAD auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer darf es nicht geben."

Wahrscheinlich ist das schon vergessen worden, aber dieses Zitat stammt interessanterweise aus einem SPD-Antrag aus der letzten Legislaturperiode. Als wir als CDU 2015 versucht haben, diesen Satz der SPD in die Tat umzusetzen und einfach einmal Klarheit über die Kosten von StadtRAD haben wollten, haben SPD und GRÜNE diesen Antrag stumpf abgelehnt, nur um unsere Forderungen durch die Darstellung der Kosten und Finanzierung auf Seite 6 des vorliegenden Berichts dann doch genauso umzusetzen, wie wir es damals gefordert haben. So macht man keine Politik; das hätten wir schon deutlich früher haben können.

(Beifall bei der CDU)

Unabhängig von diesem Politzirkus, den Sie häufig in Sachen StadtRAD aufführen, werden wir als CDU an diesem Punkt nicht lockerlassen. Wir fordern weiterhin, dass geprüft wird, wie die Minimierung und die Refinanzierung des jährlichen Zuschussbetrags der öffentlichen Hand aus Steuergeldern – hier werden die Betreiberentgelte für das StadtRAD Hamburg genannt – durch Werbeanzeigen auf den Stadträdern, an den Stationen realisiert werden können. Ich glaube, da muss der Senat ran, da war er bisher deutlich zu unkreativ. Wären Sie diesbezüglich ein bisschen kreativer, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, und würden das so machen, dann würde aus der Erfolgsgeschichte StadtRAD vielleicht irgendwann auch eine Ertragsperle für unsere Stadt. Dann würden alle davon profitieren und könnten wir noch mehr Fahrradwege sanieren. Ich glaube, das ist ein Ansatz, über den Sie einmal dringend nachdenken sollten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Thering. – Das Wort hat jetzt Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal freue ich mich, dass wir uns einig darin sind, dass das StadtRAD Hamburg eine Erfolgsgeschichte in der Stadt und deutschlandweit Vorbild ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Am 10. Juli 2009 sind wir mit 67 Stationen und 800 Rädern gestartet und jetzt, 2016, haben wir schon 207 Stationen, also 140 mehr, und sind mit 2 450 Rädern unterwegs, das ist ein Zuwachs von 1 650 Rädern. Kontinuierlich steigt auch die Zahl der Nutzer und der Ausleihvorgänge.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Nutzerinnen, glaube ich, auch!)

Wir haben mittlerweile zweieinhalb Millionen Ausleihvorgänge, 2016 werden es wahrscheinlich sogar noch mehr, und ich hoffe, dass wir die 3-Millionen-Marke noch vor dem Betreiberwechsel knacken werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das alles macht summa summarum deutlich, dass die roten Stadträder längst zum Hamburger Stadtbild gehören. Und, wie das so üblich ist, wollen dann viele Vater oder Mutter einer solchen Erfolgsgeschichte sein. Fakt ist, mein lieber Herr Thering, dass 2009 die erste StadtRAD-Station von einer Verkehrssenatorin der GRÜNEN eingeweiht wurde.

(*Michael Kruse FDP:* Die hat auch das Kohlekraftwerk in Moorburg genehmigt! So einfach können Sie es sich nicht machen!)

Sie hieß Anja Hajduk und war schlicht GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Da wir als rot-grüne Koalition das StadtRAD fördern wollen, haben wir gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode beschlossen, 70 weitere Stationen zu eröffnen. Die entsprechende Drucksache liegt jetzt vor und ich finde es echt super, dass aus den 70 Stationen durch Unternehmenskooperationen jetzt 77 wurden, also noch einmal 10 Prozent obendrauf; auch das ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir über das Geld sprechen, lieber Herr Thering, möchte ich doch einfach einmal feststellen, dass diese 3 Millionen Euro, die Hamburg jährlich investiert – die Zahlen sind in der Drucksache sehr transparent dargestellt – sehr gut investiertes Geld sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

2018 endet der Vertrag mit dem jetzigen Betreiber, und ich habe es eben nicht ganz verstanden, wer von wem abgeschrieben haben soll, lieber Herr Thering. Denn in der letzten Legislatur waren es die Grünen, die sehr früh gesagt haben, dass wir die Flotte der Stadträder erweitern sollen. Schauen Sie in die Parlamentsdatenbank; aber eigentlich reicht es schon, den Koalitionsvertrag zu lesen. Der Koalitionsvertrag wurde veröffentlicht, bevor Sie jüngst Ihr Radverkehrskonzept dargelegt haben. Im Koalitionsvertrag steht, dass das Flottenangebot um Pedelecs, um Lastenräder und um Räder mit Kindersitzen erweitert werden soll.

(*Dennis Thering CDU:* Dann setzen Sie es doch einmal um!)

Das haben wir auch ins Bündnis für den Radverkehr geschrieben und das haben Sie jetzt schlicht in Ihrem Antrag abgeschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Da man bei einem Diskurs aber auch immer die Gemeinsamkeiten herausarbeiten sollte, habe ich mir den CDU-Antrag zum StadtRAD einmal genau angesehen

(*Dennis Thering CDU:* Das ist doch Grundlage der Debatte!)

und dort ein sehr interessantes Bekenntnis zum Radverkehr gefunden. Und weil das so schön ist, möchte ich es gern zitieren. Da heißt es:

"Eine moderne Mobilität im 21. Jahrhundert bedeutet aber auch, Faktoren, wie beispielsweise Lärmschutz, Umweltverträglichkeit und Gesundheitsorientierung, zu berücksichtigen. Kein anderes Verkehrsmittel vereint diese Kriterien so gut wie das Fahrrad. Deshalb ist es ein Kernbestandteil moderner Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik und muss weiter gefördert werden."

Zitatende.

(*Dennis Thering CDU:* Aber nicht auf Hauptverkehrsstraßen!)

Wenn Sie schon so schöne Bekenntnisse in Ihren Anträgen formulieren, dann freue ich mich, wenn Sie diese auch einmal politisch in die Tat umsetzen

(*Dennis Thering CDU:* Deswegen haben wir den Antrag eingebracht!)

und bei konkreten Radverkehrsmaßnahmen nicht immer dagegen stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Bill. – Jetzt hat das Wort Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* DIE LINKE fährt sehr gern Fahrrad. Das StadtRAD ist wirklich ein gutes Modell für Hamburg und auch ein Vorbild für Deutschland. Ich freue mich, dass das StadtRAD so erfolgreich ist.

(Beifall bei der LINKEN)

– Danke.

Das StadtRAD hat, finde ich, gerade in der heutigen Debatte etwas Besonderes bewirkt. Es ist eine der seltenen Fahrraddebatten, bei der ich als vierte Rednerin nach der CDU reden kann und feststellen muss, dass es eine Einigkeit gibt. Das ist etwas Besonderes, Herr Thering. Ich freue mich, dass Sie sich dazu bekennen und sagen, das StadtRAD sei gut. Da das StadtRAD von so vielen Menschen genutzt wird, wird der Radverkehr in Hamburg vielleicht noch besser werden und vielleicht werden Sie, Herr Thering, und viele andere es als normaler empfinden, im Straßenverkehr auf der Straße Radfahrer und Radfahrerinnen zu sehen.

(Zuruf)

– Auf der Straße, genau, das haben Sie gerade richtig gehört.

(*Dennis Thering CDU*: Es wird dadurch nicht besser!)

Ich habe die Hoffnung, dass die Akzeptanz von Radfahrern und Radfahrerinnen zum Beispiel in Tempo-30-Zonen auf der Straße, aber auch auf größeren Straßen steigt. Und ich habe die Hoffnung, dass die Rücksicht steigt. Denn wer täglich fährt – dazu gehören Sie immer noch nicht –, bekommt mit, dass immer noch viele meinen, Sie müssten mit Hupe deutlich machen, dass man dort nicht fahren dürfe. Obwohl es gar keinen Radweg gibt, meinen viele, man dürfe nicht auf Hauptverkehrsstraßen fahren.

(*Dennis Thering CDU*: Doch nicht auf Hauptverkehrsstraßen!)

Ich finde, man muss den Schwung nutzen, den es mittlerweile in der Bevölkerung gibt. Im Jahr 2015 hat das Bundesumweltministerium eine Umfrage gemacht. Es hat in Städten und Kommunen nachgefragt, wie die Bürger und Bürgerinnen sich ihre jeweiligen Städte und Ortschaften wünschen. 82 Prozent haben einen Stadtbau befürwortet, der dazu führt, dass man kaum noch auf das Auto angewiesen ist. Diese 82 Prozent haben gesagt, wir müssten sehr viel dafür tun, dass das Zufußgehen, das Radfahren und der ÖPNV weiter gestärkt werden. Was uns auch sehr nachdenklich stimmen sollte – da sind Sie noch dichter dran als ich, Herr Thering –, ist, dass 92 Prozent der 14- bis 17-Jährigen sogar gesagt haben, sie wollten eine Stadt haben, die anders aussieht, die umweltfreundlicher ist und die eine bessere Luft hat. Das, finde ich, ist ein positives Signal.

(Beifall bei der LINKEN)

Da Sie jetzt schon die ganze Zeit versuchen einzuwerfen, bloß nicht auf der Straße, bloß nicht auf Hauptverkehrsstraßen fahren: Die Infrastruktur in Hamburg ist immer noch viel zu schlecht. Ja, wir brauchen wesentlich mehr Radstreifen, Herr Thering, das erzähle ich Ihnen immer wieder, die es Ihnen und Ihren Kindern ermöglichen, sicher darauf zu fahren. Dazu brauchen wir breite Radstreifen wie in Kopenhagen. In Kopenhagen radeln auf Hauptverkehrsstraßen mit massenhaft Verkehr Eltern mit ihren Kindern und auch Senioren, weil sie sich auf mindestens 2 Meter 50 breiten Fahrradstreifen sicher fühlen. Eine solch fortschrittliche Verkehrspolitik braucht auch Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir in Hamburg brauchen auch hinsichtlich des Tempolimits mehr Sicherheit auf der Straße. Ich wundere mich, dass ich in diesem Punkt nicht mehr Zustimmung von Rot-Grün, aber auch nicht von der CDU bekomme. Wir hätten für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mehr Sicherheit auf der Straße, wenn wir endlich zu Tempo 50 kämen. Diesbezüglich werden wir weiter dicke Bretter bohren müssen, aber irgendwann werden Sie es alle eingesehen haben. Ich freue mich, dass wir demnächst im Ausschuss darüber sprechen werden. Herr Thering, ich habe mich sehr über Ihr Zitat von Frau Koeppen gefreut. Sie sagten, Frau Koeppen habe in einem Antrag und auch in einer Rede gesagt, ihrer Meinung nach dürfe man das StadtRAD nicht zulasten anderer Verkehrsteilnehmer ausbauen. Das heißt im Umkehrschluss, weil Sie es ja kritisiert haben, dass Sie dafür sind, den Radverkehr zulasten anderer Verkehrsteilnehmer zu stärken. Und das freut mich, denn das gibt mir endlich das Signal, dass es bei Ihnen Bewegung gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Thering, Sie haben gesagt, Sie wollten letztendlich auch, dass das StadtRAD ausgebaut wird. Dazu stehen einige Punkte in Ihrem Antrag. Auch Sie wissen, dass das, was Sie gefordert haben, nicht allein durch Werbung auf Stadträdern oder an den Stationen zu finanzieren ist. Deswegen bin ich sehr bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass wir mehr Geld brauchen und wie viel mehr Geld wir zum Beispiel bekommen können, indem wir auf so unnötige Straßenbauten wie die Hafenufersperre verzichten. Das wäre sehr gut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

(*Dennis Thering CDU*: Sie sollten die Busbeschleunigung abschaffen!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Sudmann, wir sollten die Minuten genießen, wenn wir in einem Punkt einmal weitestgehend einer Meinung sind. In der Tat hält auch die FDP-Fraktion dieses StadtRAD-System für eine Erfolgsgeschichte und deshalb unterstützen wir es auch; das ist gar keine Frage. Man könnte jetzt ketzerisch sagen, es sei die einzige Erfolgsgeschichte. In der angeblichen Fahrradstadt, in der der Alsteradweg abgerissen wird, bleibt ja fast nur das StadtRAD. Aber wie gesagt unterstützt die FDP-Fraktion das StadtRAD-System. Ich hatte eine längere Rede vorbereitet, aber ich möchte mich jetzt kurzfassen. Wenn wir alle das StadtRAD so toll finden und mehrere Redner sagen, es müsse noch weiter ausgebaut werden, dann allerdings verstehe ich Rot-Grün und diese Drucksache am Ende überhaupt nicht. Schauen Sie doch einmal auf Seite 3; da steht:

"Damit"

– gemeint ist der jetzige Zustand –

"ist der Ausbau bis 31. Dezember 2018 abgeschlossen."

Entsprechend beschließt Rot-Grün mit dieser Mitteilung, dass man ab sofort über zwei Jahre lang nichts mehr für den Ausbau des StadtRAD-Systems tun werde. Das verstehe ich nicht. Das halte ich für falsch, und es passt so gar nicht zu den schönen Sprüchen, die wir vorhin gehört haben. Das ist ein Fehler. Auf Seite 8 gibt es eine schöne Stadtteilnetzstatistik und dort ist es genauso: Weder die Zahl der zur Verfügung stehenden Fahrräder noch die Stationen noch die Fahrten sollen erhöht werden. Herr Bill erzählte gerade, man würde bis zum Betreiberwechsel gern drei Millionen erreichen. Schauen Sie einmal in Ihre eigene Drucksache; darin ist von 2,8 Millionen die Rede. Also, es ist mir völlig unerklärlich. Das ist in der Tat eine Erfolgsgeschichte, das sehen wir auch so; das ist eine gute Sache, die man weiter ausbauen sollte. Aber Sie beschließen in der Fahrradstadt Hamburg im Oktober 2016, dass es in den nächsten zwei Jahren keinen einzigen Ausbau des StadtRAD-Systems mehr geben wird. Das ist ein Widerspruch in sich und konterkariert alles, was Sie uns sonst immer erzählen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Nebenbei: Sie erzählen uns gern von der Änderung des Modal Splits, also mehr Fahrradverkehr. Wenn das so wäre, müssten Sie eigentlich auch beim StadtRAD ein bisschen zulegen. Möglicherweise glauben Sie nicht einmal in dem Bereich an das, was Sie immer erzählen. Das einzige Erfolgsmodell zu stoppen und stagnieren zu lassen ist doch nicht ernsthaft die Antwort. Insofern scheint hier die gute Erfolgsgeschichte weitestgehend zu

enden. Das ist nicht das, was wir gut finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, bei *Karin Prien* und *Dennis Thering*, beide CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Schinnenburg. – Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, Sie haben nun das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dieses Parteien-Bashing oder diese Profilierung, wer jetzt was erfunden oder angetrieben hat, möchte ich nicht mitmachen. Die Idee, das StadtRAD 2009 auf den Markt zu bringen, war eine gute Idee und ist seitdem stetig ausgebaut worden. Jetzt wurde die vierte Ausbaustufe vollendet und, wie schon mehrfach gehört, die Anzahl der Ausleihvorgänge im letzten Jahr belief sich auf 2,5 Millionen und dieses Jahr sieht es auch sehr gut aus. Das ist alles prima. Die Akzeptanz, dieses StadtRAD zu nutzen, ist also da, Ziel bis dahin erreicht. Das StadtRAD prägt das Bild dieser Stadt. Ein Fahrrad ist ein Sympathieträger. Es macht unsere Stadt bei Touristen und bei denen hier wohnenden Menschen noch sympathischer, als sie ohnehin schon wahrgenommen wird. Aber Achtung, es gibt eine Akzeptanz der Nutzer und es gibt eine Akzeptanz der Bevölkerung. Beide brauchen Sie, wenn Sie das StadtRAD weiter ausbauen wollen. In Summe will ich Ihnen mit einem echten Aber gar nicht kommen. Allerdings möchte ich davor warnen, in eine Art permanente Jubeltrance zu verfallen, wenn das Wort StadtRAD fällt, denn das Projekt ist noch lange nicht abgeschlossen. Obwohl die vierte Ausbaustufe absolviert wurde, gibt es noch eine Reihe weißer Flecken und unterversorgte Gebiete auf der Hamburger Landkarte und vor allen Dingen könnte es durchaus Optimierungsbedarf geben.

Zudem gibt es mehrere Aspekte, wie dieses Projekt jetzt noch unter die Räder kommen könnte. Da haben wir die Infrastruktur, in erster Linie die Radwege samt Velorouten. Bleibt der tatsächliche Ausbau dieser Radwege und Velorouten hinter den Ankündigungen des Senats zurück, würde hier schon einmal der erste Fallstrick lauern. Sie können Stationen und Leihräder an jeder Ecke stehen haben, aber wenn die Radwege Buckelpisten sind, wenn Radwege im Nichts enden, oder, Achtung, die Verkehrsführung dieser Radwege als bedrohlich wahrgenommen wird – gerade in diesem Punkt haben Sie sich an manchen Stellen in Hamburg besondere Mühe gegeben –, dann könnte das mit der Akzeptanz auch schnell vorbei sein und man in eine Phase der Stagnation kommen. Aber auch Kapriolen wie die Verlegung vollfunktionstüchtiger Radwege auf die Straße – koste es, was es wolle – wird insbesondere die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht gerade befördern.

(Detlef Ehlebracht)

Überdies besteht die Gefahr der Gier nach mehr auf einer Bühne, die sich für politische Profilierung geradezu mustergültig präsentiert. Um die eigene Klientel zu bewerben, ist man leicht versucht, abstruse Forderungen in den Raum zu stellen. So wurde jetzt schon mehrfach von verschiedenen Fraktionen gefordert, den Fuhrpark um Kindersitze oder Gepäckkörbe – das kann ich mir ja noch vorstellen –, aber zum Beispiel auch um Pedelecs zu erweitern. Was heißt das? Es ist natürlich immer toll, zu fordern und mehr haben zu wollen. Aber in welchem Verhältnis würden diese Investitionen zu dem tatsächlichen Bedarf stehen? Apropos Bedarf: Was für einen Bedarf gibt es denn, der überhaupt zu dieser Forderung führt? Was heißt das für die Umrüstung der Stationen? Diese müssen dann nämlich aufgeladen werden. Was heißt das für die Sicherung dieser Pedelecs, die deutlich mehr wert sind als die anderen. Was heißt das für die Aufstockung des Personals, die Logistik? Da hängen sehr viele Sachen mit dran. Es wurde schon über Kosten gesprochen, zwar nicht in diesem Zusammenhang, aber ohne Bedarf und ohne darüber zum Beispiel ein Wort zu verlieren, wurde es schon gefordert. Auch das könnte Akzeptanz kosten. Wie wir wissen, ist es letztendlich so, dass gut gemeint nicht immer gut gemacht bedeutet. Solche Forderungen in den Raum zu stellen ist politische Profilierung auf Kosten eines Sympathieträgers. Das könnte gefährlich werden und nach hinten losgehen.

Bei aller Euphorie über die erreichte Zahl an Ausleihvorgängen und der damit guten Akzeptanz empfehlen wir eine Phase der Konsolidierung und der Optimierung bis zum Auslaufen. Darin unterscheiden wir uns von der FDP, die das als Stillstand interpretiert hat. Ist denn zum Beispiel jede errichtete Station auch tatsächlich sinnvoll oder wird sie in einem so geringen Maße genutzt, dass sie an einer anderen Stelle einen viel besseren Zweck erfüllen könnte? Um jetzt noch einmal ein kleines bisschen Wasser in den Wein zu schütten: Wir sprechen letztendlich über ein System, das uns, allein was das Betreiberentgelt angeht, 2 Millionen Euro kostet. Wir wissen, dass solche Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, solche guten Einrichtungen immer Geld kosten. Es ist kaum zu erwarten, dass sie jemals kostendeckend sein werden. Das heißt aber nicht, dass die Kostendeckung völlig außer Sicht geraten sollte und überhaupt keine Rolle mehr zu spielen hat. Ziel darf es jetzt nicht sein, in bewährter Manier der Altparteien unter Nutzung des Staatssäckels als Selbstbedienungsladen die Kosten beliebig zu steigern, denn auch das könnte auf Dauer Akzeptanz kosten, vor allen Dingen in der Bevölkerung, die das zahlt. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Herr Senator Horch, Sie haben nun das Wort.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Öffentliche Fahrradverleihsysteme haben sich in den letzten Jahren, und besonders in Hamburg, zunehmend als ein wichtiges Element, was den städtischen Verkehr und die Gesamtmobilität betrifft, etabliert. StadtRAD Hamburg leistet einen erheblichen Beitrag zur angestrebten Erhöhung des Radverkehrsanteils, aber auch zur Stärkung des Umweltverbunds, somit auch zum Luftreinhalteplan durch die Verlagerung von Fahrten aus dem motorisierten Individualverkehr auf das Fahrrad und den ÖPNV. Das öffentliche Fahrradverleihsystem StadtRAD Hamburg wurde, wie wir heute schon gehört haben, am 10. Juli 2009 mit 67 Leihstationen und 800 Fahrrädern in Betrieb genommen. Es war und ist, das will ich deutlich betonen, gemessen an den Ausleihvorgängen und der Zahl der registrierten Kunden vom ersten Tag an das erfolgreichste Fahrradleihsystem in Deutschland und wir alle sollten uns darüber freuen, dass das so ist.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Detlef Ehlebracht AfD)

Die überaus positive Resonanz in der Bevölkerung hat, wie wir heute auch schon feststellen konnten, zu weiteren Wünschen und Ausdehnungen des Systems geführt. Mit der aktuellen Erweiterung wird nun die sogenannte vierte Ausbaustufe vollendet. Damit umfasst das StadtRAD Hamburg insgesamt, das darf man deutlich und langsam sagen, 209 Stationen bei 2 450 Fahrrädern; das ist erheblich.

(Beifall bei der SPD und bei Martin Bill GRÜNE)

In der Planung wurde das StadtRAD, was das Bedienungsgebiet angeht, zunächst insbesondere für die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile eingerichtet. Aber bereits 2015 haben wir die dritte Ausbaustufe abgeschlossen und damit kamen 40 weitere Stationen hinzu, auch außerhalb in Bahrenfeld und Barmbek-Nord. In der vierten Ausbaustufe haben wir die Gebiete noch einmal mit 30 weiteren Stationen ausgedehnt. Hiermit ist der Bezirk Bergedorf einbezogen und darüber hinaus gibt es die Ausweitung in Richtung Harburg. Wir sind nunmehr, und das ist der entscheidende Punkt, was die Fläche angeht, in allen Hamburger Bezirken vertreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wichtig dabei ist aber auch, dass die Bezirke und ihre politischen Gremien im Laufe der Zeit weit über 100 Standortvorschläge für neue Stationen unterbreitet haben. Diese, ergänzt durch die aus der Bevölkerung eingegangenen Wünsche, wer-

(Senator Frank Horch)

den kontinuierlich gesammelt, ausgewertet, dokumentiert und in die Entscheidung der nächsten Realisierungsphasen einbezogen. Es hat sehr geholfen, dass Bezirke und Bevölkerung ihre Kenntnisse und Wünsche eingebracht haben. Das ist ein erfolgreicher Dialogprozess. Geholfen haben uns aber auch Unternehmen. Zusätzlich zu den 70 geplanten Stationen konnten in der dritten und vierten Ausbaustufe acht zusätzliche Stationen eingerichtet werden. Damit ist der Ausbau von StadtRAD Hamburg im laufenden Vertrag nunmehr nicht nur mit 77, sondern mit 78 Stationen erfolgreich abgeschlossen. In der Summe sind es, wie ich schon sagte, 209 Stationen und bis zum Juni in diesem Jahr 360 000 Nutzerinnen und Nutzer – das ist ein absoluter Rekord.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum weiteren Vorgehen: Der aktuelle Betreibervertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der DB Rent läuft noch bis zum Ende des Jahres 2018. Für die Zeit danach wird eine EU-weite Neuausschreibung der Leistungen erforderlich, mit der wir im Jahr 2017 beginnen werden.

Ich möchte es noch einmal betonen, weil es auch zur Freude aller gereicht, dass das StadtRAD-System Hamburg eines der deutschlandweit am besten und bestgenutzten Fahrradleihsysteme überhaupt ist. Mit dem erfolgreichen Ausbau konnte das StadtRAD noch einmal weiter ausgeweitet werden und steht nun noch mehr Hamburgerinnen und Hamburgern, aber auch unseren Besucherinnen und Besuchern in der Stadt zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Michael Kruse FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Senator. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte nun die Drucksache 21/6049 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Drucksache einstimmig an den Verkehrsausschuss überwiesen worden.

Wir kommen zum Punkt 41, Drucksache 21/6156, Antrag der CDU-Fraktion: Mobilität im Alter sichern – Verbesserungen im Straßenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr können Lebensqualität erhalten.

[Antrag der CDU-Fraktion: Mobilität im Alter sichern – Verbesserungen im Straßenverkehr und öffentlichen Personennah-

verkehr (ÖPNV) können Lebensqualität erhalten

– Drs 21/6156 –]

Die Fraktionen der SPD, GRÜNEN und LINKEN möchten diese Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Stöver von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Birgit Stöver CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einigkeit beim StadtRAD, das wünsche ich mir für dieses nächste Thema auch. Wollen wir einmal sehen, ob wir das hinbekommen. Eine Überweisung ist schon angekündigt.

Wir bleiben beim Straßenverkehr. Mobilität im Alter sichern – Verbesserungen im Straßenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr können Lebensqualität erhalten, lautet der Titel unseres CDU-Antrags. Wir haben schon vor einem halben Jahr über das Demografiekonzept Hamburg 2030 gesprochen, auch wenn dieses Konzept eine Zusammenfassung mehrerer bereits vorhandener Konzepte ist.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Stöver, einen kleinen Moment. Ich möchte Ihnen zu ein bisschen mehr Ruhe verhelfen. Deshalb bitte ich alle, die jetzt reden oder diskutieren wollen, das draußen zu machen. – Frau Stöver, Sie haben jetzt wieder das Wort.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend):* Dem Demografiekonzept haben wir trotz einzelner Kritikpunkte zugestimmt, denn es geht in die richtige Richtung. Wir haben nur darauf hingewiesen, dass der Senat sich bitte nicht auf diesem Konzept ausruhen möge, sondern dass er es wirklich weiter verfolgt. Denn das ist zwingend notwendig.

Ein wesentlicher Kritikpunkt der CDU-Fraktion war damals, dass wir die Mobilität von Senioren im öffentlichen Raum aufgreifen wollten. Wir hatten schon damals einen Antrag gestellt, Mobilität und Verkehrssicherheit älterer Menschen zu einem Schwerpunkt des Demografiekonzepts zu machen. Leider vergebens. Die Regierungsfaktionen konnten sich dem nicht anschließen. Dabei sprechen die Fakten eine deutliche Sprache und belegen, dass wir hier wirklich Handlungsbedarf haben.

(Beifall bei der CDU)

Denn mit der wachsenden Mobilität Älterer sind auch die Unfallzahlen der Menschen ab 65 Jahren in den zurückliegenden Jahren deutlich gestiegen, und zwar überproportional im Vergleich der Altersgruppen. Ich möchte Ihnen kurz die Zahlen in Erinnerung rufen, die ich mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage abgefragt habe und die der Senat in sei-

(Birgit Stöver)

ner Antwort bestätigt hat. Die Zahl der Unfälle im Hamburger Straßenverkehr mit Beteiligung von Senioren steigt kontinuierlich – Sie sollten wirklich zuhören, das ist ein wichtiges Thema. Waren es im Jahr 2013 noch um die 11 000, so stieg die Zahl in 2014 schon auf 11 500 und im Jahr 2015 auf knapp 12 000.

(Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Stöver, Sie haben vollständig recht, es ist zu laut. Ich möchte die Gruppen, insbesondere die, die sich hinten an der Wand gebildet haben, aber auch alle, die im Raum reden, bitten zu schweigen, und das nicht nur für 30 Sekunden, sondern für den Rest der Debatte. – Schönen Dank.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend):* Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie noch einmal für Ruhe sorgen.

Ich sagte gerade, dass die Zahlen jährlich in Fünfhunderterschritten steigen; das ist eine deutliche Steigerung. Gleichzeitig ist die Zahl der verunglückten Senioren von 970 im Jahr 2014 auf 1 033 im Jahr 2015 gestiegen. Das ist ein neuer Höchststand, die Zahlen sprechen für sich. Dieser Tatsache müssen wir Rechnung tragen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat daher einen Antrag gestellt. Wir fordern den Senat auf, endlich einzusehen, dass Mobilität und Verkehrssicherheit älterer Menschen ein politischer Handlungsschwerpunkt sein müssen. Wir brauchen endlich ein umfassendes Konzept zur Sicherung der Mobilität älterer Menschen.

Dafür haben wir in einem ersten Schritt 14 Maßnahmen in drei Zielbereichen ausgemacht, die Ihnen in diesem von uns gestellten Antrag vorliegen. Erstens: Wir müssen die Sicherheit für ältere Menschen zu Fuß und auf dem Radweg erhöhen. Zweitens: Wir brauchen mehr Sicherheit für ältere Menschen als Autofahrer. Und drittens: Wir müssen den öffentlichen Personennahverkehr für ältere Menschen attraktiver machen, damit sie sich sicherer fühlen und darauf umsteigen. Konkret bedeutet das, dass zum Beispiel Fuß- und Radwege sicherer zu machen sind. Häufig sind die Grünphasen für Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, zu kurz. Dieses gilt es zu überdenken und entsprechend anzupassen. An breiten Straßen brauchen wir mehr Überquerungshilfen. Die E-Bikes ploppen vermehrt aus dem Boden, aber wie sicher sie gerade für Ältere sind, wissen wir nicht. Es gibt bereits schwere Stürze und Unfälle. Wir plädieren daher für kostenlose Fahrradkurse für Ältere, insbesondere für E-Bikes und Pedelecs. Häufig treffen auch heute noch Menschen im Rollstuhl

oder mit einem Rollator auf unüberwindliche Barrieren, nämlich dann, wenn die Fußwege rücksichtslos von Autofahrern zugeparkt werden. Wir fordern ein intensiveres Vorgehen gegen diese Falschparker.

Aber wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen, dass wir als Autofahrer immer älter werden. Deshalb fordern wir, dass Hamburgerinnen und Hamburger, die einen Pkw-Führerschein besitzen und älter als 75 Jahre sind, einmal im Jahr die Möglichkeit zu einem kostenlosen Fahrtraining sowie ein Angebot zum Test der eigenen Leistungsfähigkeit erhalten. Dieser Test muss die kostenlose Möglichkeit zur Prüfung der Seh- und Hörfähigkeit und eine Beratung beinhalten. Ziel dieser Beratung sind die Aufklärung über die eigenen Kompetenzen und Informationen über Maßnahmen zur Förderung der Sicherheit im Straßenverkehr sowie über Alternativen zur Nutzung des eigenen Pkws. Diese Angebote müssen der Öffentlichkeit breit und regelmäßig bekanntgemacht werden.

Als dritten und letzten Punkt ist es Ziel, den ÖPNV attraktiver zu machen für ältere Menschen. Die CDU hat hierfür ein Bündel von Maßnahmen erarbeitet. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich nur einige nennen. Wir brauchen endlich eine umfassende Barrierefreiheit bei allen Haltestellen und Verkehrsmitteln des ÖPNV. Ich weiß, jetzt schreien Sie wieder, Sie machten das alles schon. Aber solange das nicht wirklich annähernd zu 100 Prozent ist, bleibt es für ältere Menschen ein stetiges Ärgernis und immer ein Hindernis.

Aber wir müssen auch über Vergünstigungen für Senioren nachdenken. Städte wie Köln und Essen machen es uns vor. Dort gibt es erfolgreiche Patentickets. Zufällig ausgewählte Abonnenten der Senioren-Abo-Karte des dortigen ÖPNV erhalten zusätzlich eine kostenlose Zeitkarte, um Bekannte dazu anzuregen, auf den ÖPNV umzusteigen. Das ist dort sehr erfolgreich gewesen. In Essen gibt es als Pilotprojekt einen kostenlosen Seniorenbegleitservice in Bus und Bahn. Das ist vor allem für Menschen, die nicht mehr so gut sehen und hören können, wichtig, oder auch für die, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, eine große Hilfe. Ziel ist es, diesen Personen den ÖPNV vertraut zu machen, sodass sie sich trauen, diesen auch allein zu benutzen, und dadurch ihre Verhaltensroutinen überdenken und gegebenenfalls ändern.

Wir plädieren außerdem dafür, dass Senioren ebenso wie Schüler und Studenten bei den Schnellbussen nicht den Zuschlag zahlen müssen. Diese und andere Maßnahmen machen den ÖPNV attraktiver, helfen auch der Umwelt und sorgen für mehr Sicherheit.

Die Belange der Senioren sind in der Hamburger Bürgerschaft meiner Meinung zu Recht dem Gesundheitsausschuss zugeordnet worden. Sie fordern jetzt eine Überweisung an den Verkehrsaus-

(Birgit Stöver)

schuss. Wir sind gern bereit, auch im Verkehrsausschuss mit Ihnen konstruktiv darüber zu diskutieren. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Stöver. – Das Wort hat jetzt Herr Schmitt von der SPD-Fraktion.

Frank Schmitt SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, werte Seniorinnen und Senioren! Mobilität im Alter sichern – Verbesserungen im Straßenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr können Lebensqualität erhalten, lautet die Überschrift des vorliegenden CDU-Antrags. Eine aktive Beteiligung am Leben erhält beziehungsweise verbessert tatsächlich die Lebensqualität. Ergänzen müssten wir jedoch, zwingend – nicht nur im Alter, sondern in jeder Phase unseres Lebens –, aber dem Ansinnen in dieser Sache können wir durchaus beipflichten.

(Beifall bei der SPD und bei *Martin Bill GRÜNE*)

Von dem Bündel an Maßnahmen, das Sie, Frau Stöver, eben für den Erhalt der Lebensqualität älterer Menschen vorgetragen haben, wird bereits eine Vielzahl umgesetzt und angeboten. So bietet die Polizei in Hamburg kostenlos Fahrradkurse für Seniorinnen und Senioren an, die im Internet beworben werden, im HVV-Newsletter finden sich Hinweise darauf und auch bei Veranstaltungen in Senioreneinrichtungen sowie über Flyer wird darauf aufmerksam gemacht.

Es schafft aber nicht nur das Angebot eine Nachfrage, sondern auch die Nachfrage generiert dann ein entsprechendes Angebot. Bei diesem Punkt müssen wir genau schauen, ob das Angebot die Nachfrage übersteigt oder die Nachfrage nicht gedeckt ist. Das Kursangebot bei geringer Nachfrage auszuweiten wäre nämlich kein geeignetes Instrument und auch eine bessere Bekanntmachung der Angebote wäre dann zu kurz gesprungen.

Des Weiteren werden von der Verkehrswacht Autosicherheitstrainings für Seniorinnen und Senioren gegen eine vertretbare Gebühr angeboten, ebenso gibt es bereits kostenlose Hör- und Sehtests. Die Angebote sind also vorhanden, müssen allerdings auch nach- und abgefragt werden.

Die von Ihnen geforderte umfassende Barrierefreiheit im ÖPNV steht in Hamburg ganz weit oben auf der Agenda. Der Senat verfolgt dabei das Ziel, dass der ÖPNV schnellstmöglich vollständig barrierefrei ausgebaut wird. Davon profitieren nicht nur die Älteren in dieser Stadt, sondern alle Menschen. Bis Mitte der 2020er-Jahre sollen alle Schnellbahnhaltstellen in Hamburg barrierefrei ausgebaut sein. Der barrierefreie Ausbau der Bus-

haltstellen erfolgt sukzessive im Rahmen des Busoptimierungsprogramms oder auch bei anstehenden und durchzuführenden Instandsetzungsmaßnahmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Busoptimierungsprogramm, auf das Sie im Antrag gern verzichten würden, trägt somit deutlich zu einer Beschleunigung des barrierefreien Ausbaus im ÖPNV bei.

Sie sehen, wir sind schon auf einem recht guten Weg. Bei einer Ihrer Forderungen war ich zugegebenermaßen doch etwas überrascht. In der letzten Legislatur, als wir über den BOD gesprochen haben, hat mir Ihr Kollege von der CDU, Herr Wersich, noch vorgeworfen – ich zitiere –:

"Niemand kann nachvollziehen, dass die SPD ausgerechnet jetzt zum 1. Januar unter dem Diktat des planlosen Stellenabbaus den bezirklichen Ordnungsdienst einstellen will, während gleichzeitig eine dreimal so starke Truppe aufgebaut werden soll, um die Autos abzuzetteln. Stoppen Sie diese unsinnigen und falschen Pläne."

Zitatende.

Heute fordern Sie intensiveres Vorgehen gegen das Zuparken von Rad- und Fußgängerwegen. Auf der einen Seite werfen Sie uns also Abzocken und Abzetteln vor und auf der anderen Seite fordern Sie nun ein intensiveres Vorgehen gegen Falsch- und Zuparker. Wie darf ich mir das vorstellen? Die Truppe, wie Sie sie nennen, geht mit verschlossenen Augen an Falschparkern vorbei, aber nur an Fußgängerwegen und Radwegen macht sie dann die Augen auf und schreibt pflichtbewusst den fälligen Strafzettel? Das ist weder konsequent noch nachvollziehbar, liebe CDU, liebe Frau Stöver, darüber müssen wir noch einmal intensiv reden.

(Beifall bei der SPD und bei *Anna Gallina GRÜNE*)

Sie haben uns heute ein Bündel von Maßnahmen vorgestellt. Einige davon klingen beim ersten Lesen gut und beim zweiten Mal Lesen und darüber Nachdenken drängt sich jedoch die eine oder andere Frage auf. Einen Punkt möchte ich beispielhaft einmal herausgreifen. Entspricht es beispielsweise Ihrem Gerechtigkeits Sinn, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer, die über 70 Jahre alt sind und ihren Führerschein freiwillig abgeben, für mindestens ein Jahr eine kostenlose Senioren-Abokarte des HVV erhalten? Was ist mit den Menschen, die nie einen Führerschein hatten?

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Was ist mit den Menschen, die von vornherein schon regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel benutzt haben? Bei einer Umsetzung dieser Maßnahmen werden also die Seniorinnen und Senioren

(Frank Schmitt)

über 70 Jahre benachteiligt, die keine Fahrerlaubnis besitzen

(Birgit Stöver CDU: Das ist nicht wahr, was Sie sagen!)

und die schon immer für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ihr Fahrgeld bezahlt haben.

Wir müssen uns ebenfalls anschauen, ob das Angebot für die Zielgruppe überhaupt attraktiv ist. Denn es kommt ja auch darauf an, dass es angenommen wird. Und wie gehen wir dann mit den Einnahmeverlusten um? Denn die müssten wir ja auch finanzieren. Also Sie sehen, es klingt auf den ersten Blick, auf erstes Anhören durchaus attraktiv, aber wenn man etwas darüber nachdenkt, werfen sich doch auch einige Fragen auf. Deswegen finden wir, Mobilität im Alter und nicht nur im Alter sicherzustellen, ist der richtige Ansatz. Deswegen sind wir auch bereit, diesen Antrag an den Verkehrsausschuss zu überweisen und dort über die einzelnen Maßnahmen eingehender zu sprechen. Ich freue mich auf die Diskussion bei uns im Verkehrsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Schmitt. – Jetzt hat das Wort Herr Bill von der Fraktion der GRÜNEN.

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wo wir gerade so schön bei der Einigkeit sind: Auch ich finde, dass viele der angesprochenen Themen gute Themen sind, die wir intensiv erörtern sollten. Auch wir sind deswegen dafür und haben beantragt, den Antrag im zuständigen Ausschuss eingehend zu beraten. Denn hinsichtlich der Mobilität im Alter gibt es durchaus Themen, die, glaube ich, in der aktuellen Diskussion der Verkehrspolitik gern einmal hinten runterfallen oder nicht ausreichend beleuchtet werden. Gerade Bewegung ist in allen Altersgruppen Grundvoraussetzung dafür, dass man auch im Alter mobil sein kann, und das Zufußgehen ist ein perfektes Mittel, um diese Bewegung zu erhalten. Jeder Weg beginnt und endet zu Fuß. Und doch ist es im öffentlichen Straßenverkehr oft so, dass diesem Zufußgehen Hindernisse im Weg stehen. Da sind Ampelschaltungen für Fußgängerinnen und Fußgänger zu kurz, da sind Bordsteine oder Überwege so konstruiert, dass sie Barrieren darstellen. Manchmal fehlen auch Querungshilfen. Es darf meiner Meinung nach nicht sein, dass man ab irgendeinem Alter Angst hat, in den Straßenraum zu gehen, weil man genau diese Barrieren nicht mehr überwinden kann. Das führt im Endeffekt dazu, dass man sich nicht mehr traut, den öffentlichen Straßenraum zu benutzen. Das führt dann dazu, dass soziale Teilhabe nicht mehr stattfinden kann. Genau das wollen wir politisch nicht, und es ist richtig, dieses Thema anzupacken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Untersuchungen zeigen, dass gerade barrierefreie Fußwege dazu führen, dass längere Strecken zu Fuß zurückgelegt werden. Deswegen meine ich, müssen wir den Fußverkehr und hier gerade die Barrierefreiheit verstärkt in den Fokus nehmen. Das hilft übrigens nicht nur der Mobilität im Alter, sondern allen, die zu Fuß gehen. Wenn man sich einmal in den Rollstuhl setzt und versucht, einige Wege zu passieren, merkt man, dass das schlicht unmöglich ist. Man kommt mit Kinderwagen oft nicht durch. Es hilft also nicht nur der Mobilität im Alter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Antrag ist ein breit gefächertes Maßnahmenkatalog aufgelistet, aus dem ich mir einige Beispiele herausgegriffen habe. Ich finde es eigentlich sehr schön, dass nicht Herr Thering die Verkehrsanträge schreibt, sondern Frau Stöver. Vielleicht sollten Sie da öfter ein bisschen eingreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Sie schreiben nämlich, dass Sie eine klare Trennung von Geh- und Radwegen wollen. Das wollen wir auch, diskutieren es nur immer streitig rauf und runter, weil Sie sich gegen Rad- und Schutzstreifen sperren. Vielleicht besteht ein Erfolg dieses Antrags darin, dass diese Debatte einmal ein bisschen sachlicher geführt wird. Ich finde es gut.

Sie schreiben auch, wie Herr Schmitt eben schon gesagt hat, dass illegale Zweite-Reihe-Parker intensiv verfolgt werden sollen. Sie fordern ein intensives Vorgehen gegen das Zuparken von Geh-, Rad- und Fußgängerüberwegen. Es war, glaube ich, in der Sommerpause, als Herr Thering versuchte, einen Skandal darüber anzuzetteln, dass wir genau das tun. Wir haben das im Koalitionsvertrag formuliert. Es gibt immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dafür sorgen, dass vernünftig geparkt wird, und wenn wir uns jetzt darin einig sind, dass dem so ist, dann, finde ich, ist das ein Erfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Bei der Barrierefreiheit, finde ich, sind wir auf einem guten Weg. Da würde ich als CDU ein bisschen leise sein, denn als es noch die schwarz-grüne Koalition gab, haben wir den Ingenieurinnen und Ingenieuren der Hochbahn geglaubt, die gesagt haben, man könne leider immer nur eine Station zurzeit umrüsten. Da muss man leider einmal ehrlich sein und sagen, die SPD hat ihnen nicht geglaubt und gesagt, dann seht zu, dass ihr es besser hinbekommt und macht mehr Stationen pro Jahr. Jetzt ist es so, dass wahrscheinlich Anfang der Zwanzigerjahre alle U- und S-Bahn-Stationen barrierefrei ausgebaut sind, und das ist in der Tat ein sehr wichtiges Ziel.

(Martin Bill)

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, wir haben viele Punkte zu diskutieren. Ob wir am Ende wirklich ein ganzes Konzept brauchen, wage ich zu bezweifeln. Wir müssen wahrscheinlich in der verkehrspolitischen Diskussion einige Akzente stärker hervorheben und am Ende beispielsweise die Förderung des Fußverkehrs durchdeklinieren und umsetzen. Auf die Diskussion im Ausschuss freue ich mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Bill. – Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben nun das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Auch ich kann in die Einigkeit einstimmen, auch ich finde das Thema sehr gut. Mobilität im Alter ist ein Thema, das uns alle angeht, und wenn ich mich so umschaue, sind wir alle nicht so weit davon entfernt, bald darüber nachzudenken. Das geht sehr schnell. In zehn Jahren bin ich auch dran, das geht ratzfat, denn Sie fangen ja bei 65 Jahren an. Ich finde Ihren Ansatz sehr gut, Frau Stöver – es sind alle auf einmal so aufmerksam geworden –, davon auszugehen, dass wir uns im Straßenverkehr an den Schwächeren orientieren müssen. Wir haben jahrelang einen kindgerechten Verkehr und nicht das verkehrsgerechte Kind gefordert. Ebenso brauchen wir einen seniorengerechten Verkehr. Wir brauchen einen Verkehr, eine Mobilität, die Seniorinnen und Senioren nicht ausschließt. Das finde ich sehr gut. Aber wir dürfen jetzt nicht anfangen, alle Menschen, die über 65 Jahre alt sind, in eine Ecke zu schieben nach dem Motto, sie seien vielleicht gar nicht mehr so fit und könnten vielleicht gar nicht mehr so gut Auto fahren. Wenn ich mir dann den Punkt ansehe, den schon Herr Schmitt angesprochen hat, dass Sie allen Autofahrern über 70 Jahre, die freiwillig den Führerschein abgeben wollen, eine kostenlose Seniorenkarte anbieten wollen, so halte ich das für eine Ungerechtigkeit. Aber fragen Sie doch einmal Herrn Warnholz. Finden Sie es super, wenn man jetzt sagt, Sie sollen nicht mehr Auto fahren? Auch Sie könnten Ihren Führerschein freiwillig abgeben, denn Sie sind auch schon über 70 Jahre alt. Man muss also ein bisschen berücksichtigen, wer betroffen ist; man darf nicht alle über einen Kamm scheren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das sage ich aus Solidarität mit Ihnen, Herr Warnholz. Sie dürfen auch klatschen.

Sie haben schon zu Anfang gesagt, die Unfallzahlen seien gestiegen, und Sie haben in Ihrem Antrag auch aufgeschrieben, dass der Anteil der über 65-Jährigen, die an Verkehrsunfällen beteiligt waren, gestiegen ist. Einmal davon abgesehen da-

von, ob sie Verursacherinnen oder Verursacher oder nur Beteiligte sind, müssen Sie aber auch im Blick haben, dass vom Jahr 2013 auf 2014 laut des Statistischen Jahrbuchs der Anteil der über 65-Jährigen um 5 000 gestiegen ist. Das heißt, es ist logisch, wenn der Anteil der Unfälle steigt, weil es mehr Menschen in dieser Altersgruppe gibt. Aber all das können wir im Ausschuss diskutieren.

Sie sind schon dafür gelobt worden, Frau Stöver, dass Sie etwas anders an das Thema Verkehr herangehen, und wenn ich mir unter I Nummer 3 anschau, wo Sie eine deutliche Trennung von Geh- und Radwegen fordern, kann ich sagen, super, genau das brauchen wir. Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass wir die Radfahrstreifen brauchen. Das haben Sie im Antrag nicht gefordert, wahrscheinlich, weil Sie intern noch ein wenig Diskussionsbedarf haben. Aber ich glaube, Sie sind auf dem richtigen Weg. Ich sehe Herrn Warnholz milde lächeln. Auch er wird sich wahrscheinlich freuen, wenn er dann sicherer auf dem Radstreifen fahren kann.

(Beifall bei Sören Schumacher SPD)

Ich verstehe nicht, wenn Sie bezüglich der umfassenden Barrierefreiheit der Haltestellen ein bisschen verschwurbelt schreiben: alles, was den ÖPNV betrifft, aber nicht Maßnahmen der Erschließung neuer Verkehrsverbindungen, S4 und so weiter. Ich verstehe überhaupt nicht, was das heißen soll. Dieser Satz ist ein bisschen seltsam. Ich glaube, da ist Ihnen irgendetwas weggerutscht oder es steht zu viel da, keine Ahnung. Sie wollen doch bestimmt auch, dass alles, was zur S4 gehört, barrierefrei ist.

Aber wenn Sie dann sagen, dass die Maßnahmen im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms zurückstehen sollen, ist Ihnen, glaube ich, nicht bewusst, wie viele Menschen mit dem Bus fahren. Gerade da ist es wichtig, dass die Bushaltestellen gut zu erreichen sind und der Einstieg gut ist.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt viel zu diskutieren. Wir werden das im Ausschuss sicherlich machen. Ich bin gespannt, was am Ende dabei herauskommt, und hoffe, dass Betroffene, aber auch die, die noch jung sind, sich einmischen und im Blick haben, dass wir einen Verkehr brauchen, der für alle und gerade auch für die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gut zu bewältigen ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Sudmann. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gar keine Frage,

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Mobilität von Senioren ist ein wichtiges Thema. Einmal, weil die Zahl der Senioren steigt und weil auch Senioren heute anders sind, als sie es vielleicht noch vor 20 oder 30 Jahren waren. Senioren wollen nicht mehr zu Hause sitzen, sie wollen sich weiterhin ins Leben einbringen, sie wollen ins Theater gehen, sie wollen in Urlaub fahren, aber sie wollen durchaus auch arbeiten. Ich will es einmal deutlich auf den Punkt bringen: Wir als Liberale haben eine völlig andere Vorstellung von Senioren als manche andere. Für uns sind Senioren nicht die Menschen, die schutzbedürftig sind, die irgendwie abgefüttert werden müssen oder etwas Ähnliches. Für uns sind Millionen von Senioren leistungsfähig und leistungswillig. Erster Punkt.

(Beifall bei der FDP und bei *Arno Münster SPD – Christiane Blömeke GRÜNE*: Aber wir reden hier über Mobilität!)

Zweiter Punkt: Wir als Gesellschaft sind auf genau diese leistungswilligen Senioren angewiesen. Denken Sie an den Fachkräftemangel.

(*Christiane Blömeke GRÜNE*: Was hat das denn mit Mobilität zu tun?)

Das würde gar nicht funktionieren, wenn wir nicht Leute, die wir vor wenigen Jahren noch in die Rente geschickt haben, auf welche Weise auch immer motivieren und in die Lage versetzen, am gesellschaftlichen Leben und auch am Arbeitsleben teilzunehmen. Wir als Gesellschaft haben ein großes Interesse daran, Senioren anders zu behandeln, als sie noch vor wenigen Jahren behandelt wurden und als bisweilen auch in politischen Diskussionen gerade hier zu erkennen war.

Der dritte, vielleicht wichtigste Punkt: Die Leistungsfähigkeit ist sehr unterschiedlich. Das hat Frau Sudmann völlig überraschend gerade auf den Punkt gebracht: Man kann nicht alle über einen Kamm scheren. Genauso ist es, Frau Sudmann. Es gibt Menschen, die tatsächlich schon mit 60 Jahren körperlich nicht mehr fit genug sind, um arbeiten zu können. Es gibt andere, wer weiß das besser als ich in meiner Zahnarztpraxis, die 75 Jahre alt und dermaßen fit sind und gern am Arbeitsleben teilnehmen wollen. Und es ist eine – Verbrechen will ich nicht sagen – schlimme Sache, wenn sie vom Arbeitsleben ausgeschlossen werden. Sie wollen das und wir dürfen sie nicht ausschließen. Ihre Analyse, Frau Sudmann, ist also völlig richtig. Ich frage mich nur, warum DIE LINKE dann ständig gegen flexiblen Renteneintritt oder die Rente mit 67 Jahren polemisiert. Das, Frau Sudmann, passt überhaupt nicht damit zusammen. Also denken Sie darüber noch einmal nach. Wir als FDP sagen, die Menschen sollen selbst entscheiden. Wer etwas im Alter leisten möchte, soll das tun können. Es sollen ihm keine Barrieren in den Weg gelegt werden. Deshalb ist also auch Mobilität für Senioren ein sehr wichtiges Thema.

Insofern ist der Antrag der CDU als solcher völlig in Ordnung, aber, wie schon deutlich wurde, vom Ansatz her ein Problem. Sie fordern auf der einen Seite ein Konzept vom Senat, haben aber einen langen Kanon, ich glaube, 13 oder 15 Punkte, die Ihrer Ansicht nach dort unabdingbar drinstehen müssen. Das passt nicht zusammen. Man kann den Senat auffordern, ein Konzept zu erstellen, und dafür Vorschläge unterbreiten. Aber hier steht ausdrücklich drin, dies und jenes müsse dabei sein. Das passt nicht zusammen, Frau Stöver. Wir müssen im Ausschuss diskutieren, welche Forderungen davon gut oder schlecht sind. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Kollege Thering bei der einen oder anderen Forderung möglicherweise nicht unbedingt mit Ihnen übereinstimmt. Einige Forderungen finde ich sehr gut, einige diskussionswürdig und einige nicht. Aber dafür haben wir die Ausschlussdiskussion, in der wir das gern klären können.

Was mich sehr stört und was weder im Antrag noch bei den Debattenbeiträgen auftaucht, ist, dass alle möglichen Leute, die Abgeordneten im Verkehrsausschuss und wer auch immer, nur die Betroffenen nicht, darüber diskutieren sollen. Für uns wäre es sehr wichtig, dass auch die Senioren selbst oder deren Verbände dabei sind. Ich habe mir zum Beispiel einmal herausuchen lassen, wer im Forum Verkehrssicherheit dabei ist, aus dem zum Teil die Zahlen stammen – eine lange Liste von ADAC Hansa bis Zweiradmechaniker Innung Hamburg, darunter noch 25 andere. Alle möglichen Leute sind dabei, nur die betroffenen Senioren nicht. Wir werden der Überweisung an den Verkehrsausschuss zustimmen und sehr großen Wert darauf legen, dass Vertreter der Seniorenverbände, zum Beispiel der Landesseniorenbeirat oder auch andere, dazu geholt werden, damit nicht über sie, sondern mit ihnen geredet wird, dass ihre Meinung eingeholt wird. Wir stimmen der Ausschussüberweisung zu, und ich darf nun nach vier Debatten sagen, das war es jetzt für heute für mich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Schinnenburg. – Jetzt hat das Wort Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion.

Dr. Joachim Körner AfD:* Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Mobilität für ältere Menschen ist für diese von großer Bedeutung. Die Fähigkeit, etwas zu unternehmen, ist für ihre Lebensqualität sehr wichtig. Aus diesem Grunde begrüßen wir diesen Antrag. Einzelne Punkte werden sicher noch im Ausschuss zu diskutieren sein. Ich erspare mir, viele der bereits gesagten Argumente noch einmal zu ventilieren. Wir werden diesem Antrag auf Überweisung an den Ausschuss zustimmen. – Vielen Dank.

(Dr. Joachim Körner)

(Beifall bei der AfD – Vizepräsident Detlef Ehlebracht übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Sehe ich noch weitere Wortmeldungen? – Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte nun dem Überweisungsbegehren folgen und den CDU-Antrag aus Drucksache 21/6156 an den Verkehrsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 21/6048, Senatsmitteilung: Hamburgs Landwirtschaft stärken – Bio-Stadt Hamburg.

**[Senatsmitteilung:
Hamburgs Landwirtschaft stärken – Bio-Stadt Hamburg
– Drs 21/6048 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg wird noch in diesem Jahr dem Netzwerk der Biostädte beitreten. Das ist ein wichtiger Beitrag, um der Biobranche Rückenwind zu geben und das nachhaltige Wachstum zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig ist der Beitritt zum Bio-Stadt-Netzwerk ein weitsichtiger Schritt für Hamburgs Wirtschaft, denn der Markt für ökologische Produkte boomt. Den Verbraucherinnen und Verbrauchern ist es zunehmend wichtig, regionale Produkte zu kaufen, die artgerechte Tierhaltung zu unterstützen und endlich Schluss mit der Massentierhaltung zu machen und durch den Kauf von Bioprodukten für eine geringere Schadstoffbelastung in der Landwirtschaft zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Am Ende müssen wir feststellen, was viele von uns schon wissen, dass bio einfach besser schmeckt. Der ehemaligen Verbraucherschutzministerin Künast von den GRÜNEN ist es zu verdanken, dass Bioprodukte sich heute auch in den Regalen von Supermärkten finden lassen. Ketten wie ALDI und LIDL, die nicht gerade mit Billigangeboten geizen, ist es selbstverständlich, ein Sortiment von Bioangeboten in ihren Regalen bereitzustellen. Das ist uns GRÜNEN besonders wichtig, denn gesunde Ernährung und der Kauf von Bioprodukten müssen für alle Einkommensschichten zugänglich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Allerdings sorgt die wachsende Nachfrage von Bioprodukten auch für Probleme beim Angebot. Denn dem Bioboom in Hamburg und in ganz Deutschland steht eine stagnierende Anzahl von Biobetrieben gegenüber. Das bedeutet, dass ein größerer Import von Bioprodukten und damit eigentlich eine Schwächung des regionalen Marktes in Hamburg geschieht. Das Bio-Städte-Netzwerk will unter anderem genau dafür gemeinsame Strategien entwickeln und Lösungsansätze und vor allen Dingen auch Fördermittel akquirieren. Die Stadt wird künftig noch verstärkter den Betrieben, die bio sein wollen, Hilfestellung bei der Umstellung von der konventionellen auf die Ökolandwirtschaft anbieten. Durch gezielte Beratung und höhere Förderprämien wird so der Umstieg auf die ökologische Landwirtschaft erleichtert. Das ist ein sehr guter Schritt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In Zahlen ausgedrückt, will Hamburg bis zum Jahr 2025 den Anteil des Ökolandbaus auf 20 Prozent erhöhen. Vor dem Hintergrund der begrenzten Flächen, die wir in Hamburg haben, ist das ein gutes Ziel. Hamburg geht aber auch in anderen Bereichen mit guten Beispielen zur Nachhaltigkeit voran. In vielen Kitas und Schulen gibt es bereits gesundes Essen aus regionaler Herkunft. Ein Leitfaden für umweltfreundliche Beschaffung in der öffentlichen Verwaltung, den wir der Umweltbehörde zu verdanken haben, sorgt dafür, dass die Vergabe von Verpflegungsdienstleistungen ökologischer wird. Gesunde Ernährung und Ökolandbau stehen ebenso wie Umweltbildung in den Schulen auf dem Stundenplan. Das alles sind bereits gute Beispiele und Maßnahmen. Aber wir meinen, wir können noch mehr. Wichtig wäre uns GRÜNEN, für mehr ökologische Produkte bei Großveranstaltungen zu sorgen und diese auch im Angebot zu haben. Bio schmeckt und ist ein aktiver Beitrag zur Nachhaltigkeit. Das sollte auch bei Musik-Events, Sportgroßveranstaltungen, beim Hafengeburtstag, dem Alstervergnügen und wo auch immer viele Menschen zusammenkommen, Standard werden. Und wo wir gerade dabei sind, sollten wir in diesem Sinne vielleicht auch einmal das Essensangebot im Rathaus durchleuchten.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei Karin Prien CDU und Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP)

Wie auch immer, der Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk gibt neue Impulse, führt zum intensiveren Austausch von Ideen, bringt vor allen Dingen mehr Sichtbarkeit für ökologische Produkte und stärkt damit – sehr wichtig – der Biobranche den Rücken. Am Ende ist es ein aktiver Beitrag zum Schutz der Natur, der Böden, der Gewässer, der Artenvielfalt und zum Klimaschutz. Das ist für uns der Weg zur Zukunft. Deswegen ist der Beitritt von Hamburg zum Bio-Städte-Netzwerk ein großer Schritt, auch

(Christiane Blömeke)

wenn vielleicht das öffentliche Interesse hierfür noch nicht so groß ist. Je mehr wir über das Thema Bio-Stadt-Netzwerk sprechen, desto mehr rückt bio in das Bewusstsein aller Menschen. Diesen Beitrag für unsere nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. – Herr Kekstadt, bitte sehr.

Gert Kekstadt SPD:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Seit der Verabschiedung des agrarpolitischen Konzepts wissen wir, dass der Senat nicht nur das Ziel gesetzt hat, die Vielfalt der Hamburger Agrarwirtschaft zu erhalten, sondern darüber hinaus die wirtschaftspolitische Bedeutung zu stärken. Viele Besucher unserer Stadt, aber auch manche Hamburger können es kaum glauben, dass in dieser tollen Stadt mit dem großen Hafen und bedeutenden Industrien und Dienstleistungsanbietern auch erfolgreiche Landwirtschaft betrieben wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Agrarwirtschaft hat es aber in einem Stadtstaat wie Hamburg mit seinen begrenzt zur Verfügung stehenden Agrarflächen mit einem durchaus schwierigen Standort zu tun. Zwischenzeitlich muss sich die Agrarwirtschaft gegen viele konkurrierende Interessen und Nachfragen nach Agrarflächen in der wachsenden Stadt behaupten. Da liegt es, wie schon das agrarpolitische Konzept zum Ausdruck brachte, im gesamtstädtischen Interesse, nicht nur eine möglichst sparsame, effiziente Nutzung der Agrarflächen Hamburgs sicherzustellen, sondern darüber hinaus im Interesse der Natur und Landschaft eine nachhaltige, ressourcenschonende Landnutzung durch die Agrarwirtschaft zu fördern. Wie der Senatsmitteilung zu entnehmen ist, boomt der Markt für ökologische Produkte mit teilweise zweistelligen Wachstumsraten. Auch für die Zukunft wird eine stabile steigende Nachfrage insbesondere nach Biolebensmitteln prognostiziert. Insofern begrüßen wir ausdrücklich in mehrfacher Hinsicht, dass der Senat unter Federführung der Wirtschaftsbehörde dem Bio-Städte-Netzwerk beiträgt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die dazugehörigen Zahlen und sonstigen Analysen können Sie unmittelbar der Drucksache entnehmen. Wir sind uns auf der Basis des agrarpolitischen Konzepts und mit Blick auf das Bio-Städte-Netzwerk darin einig, dass der Anteil der ökologisch nachhaltig bewirtschafteten Flächen weiter stetig auszubauen ist. Das dient nicht nur dem Naturschutz, sondern wird auch den Agrarbetrieben aufgrund der entsprechenden Preispolitik und des Nachfragepotenzials eine Chance bieten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn hierzu das Bio-Städte-Netzwerk mit den dargestellten Aktivitäten den gewünschten Anschlag leistet, können wir das nur begrüßen. In Übereinstimmung mit der Landwirtschaftskammer sind wir der Ansicht, dass es natürlich zu begrüßen wäre, wenn es den beteiligten Städten im Rahmen gemeinsamer Projekte als großer verlässlicher Nachfrager im kommunalen Verpflegungsbereich und Betreiber von öffentlichen Einrichtungen gelänge, heimisch und regional erzeugte Biolebensmittel mit Vorbildcharakter erfolgreich im eigenen Beschaffungswesen einzuführen und zu listen. Genauso wie die Landwirtschaftskammer sehen auch wir in der Steigerung der Nachfrage nach Bioprodukten den unmittelbaren Schlüssel zur Steigerung der Anzahl von Biobetrieben und Bioanbauflächen in Hamburg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unter Bezugnahme der Ziele des agrarpolitischen Konzepts würden wir es im Sinne der kleinen bis mittleren landwirtschaftlichen Unternehmen natürlich sehr begrüßen, wenn mit dem Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk die regionalen Absatzstrukturen für Erzeuger von Biolebensmitteln gestärkt werden. Hilfreich wäre hierbei sicherlich die in der Drucksache angesprochene öffentlich wirksame Begleitkampagne für Biolebensmittel mit bundesweiter Bedeutung. Dazu hatte es bereits in der Vergangenheit auch in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutz und der Landwirtschaftskammer sehr vielversprechende Aktivitäten gegeben. Doch – und das muss auch gesagt werden – darf dieser Ansatz nicht zu einer Diskriminierung der integriert produzierenden Erzeuger von Pflanzen und Lebensmitteln führen. Es muss uns auch gelingen – das hatte Frau Blömeke schon gesagt –, Menschen mit geringerem Einkommen den Zugang zu Bioprodukten zu ermöglichen. In Übereinstimmung mit der Landwirtschaftskammer bin ich der Ansicht, dass die kulturtechnische Beratung und Forschung für die Erzeugung von Bioprodukten, insbesondere für die ökologische Landwirtschaft und den ökologischen Gemüse- und Zierpflanzenanbau, noch zu optimieren sind.

Der Nachweis der regionalen Herkunft von Biolebensmitteln mit kurzen Transportwegen, die Unterstützung von regionalen Betrieben, die artgerechte Überprüfung der Tierhaltung vor Ort, die geringe Schadstoffbelastung und der eindeutige Nachweis vom Erzeuger bis zum Handel sollte gerade im Stadtstaat Hamburg von den bereits vorhandenen Bioerzeugern dem Verbraucher im Rahmen des Bio-Städte-Netzwerks sehr überzeugend dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit dem Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk wird der Hamburger Senat einen weiteren Schritt zur Absi-

(Gert Kekstadt)

cherung und Stärkung der Hamburger Agrarwirtschaft einleiten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. – Wir hören Herrn Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie hören mich nicht nur,

(Sören Schumacher SPD: Das fällt aber schwer!)

sondern verstehen mich auch, denn darauf kommt es bei diesem Thema an. Ich bin begeistert; Rot-Grün hat mit etwas Verspätung also den Trend von Bio erkannt. Kompliment, da kann man schon einmal kräftig klatschen. Vor allem auch Kompliment dafür, dass Hamburg künftig in einer neuen Liga spielt, quasi der bundesdeutschen Bio-Liga zusammen mit Augsburg, Bremen und Darmstadt. Das ist auf jeden Fall eine tolle Initiative und da können wir fleißig all das fröhlich zur Kenntnis nehmen. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig erkennen Sie an, dass wir eine stagnierende Zahl von Biobetrieben und Bioanbauflächen haben, stellen aber wiederum auch fest, dass immer mehr Menschen gern bio essen. Das ist auch gut so. Man kann jetzt über Geschmack natürlich vortrefflich streiten, Kollegin Blömeke, aber dennoch finde ich es persönlich auch schön, wenn man irgendetwas aus regionaler Produktion isst oder wenn regionale Produkte auch in den Supermärkten angeboten werden.

(Gerhard Lein SPD: Das ist nicht das Gleiche!)

Nun erwähnen Sie aber gerade auch in der vorliegenden Drucksache die öffentlichkeitswirksame Gründungsveranstaltung des Netzwerks. Da frage ich mich natürlich schon, auch ein bisschen zurückblickend auf die grüne Politik der letzten Monate, auf was es tatsächlich ankommt bei dieser Initiative: auf das Öffentlichkeitswirksame oder auf das Wirksame? Denn Sie erwähnen auch diesen wunderschönen Leitfaden, den Sie vor einigen Monaten zur umweltverträglichen Beschaffung beschlossen haben. Sie haben damals versucht, das über die sozialen Netzwerke mit dem Stichwort Kaffeekapsel fleißig abzufeiern. Dann hatte ich einmal rein zufällig gefragt, wie viele Kaffeekapseln die Freie und Hansestadt Hamburg denn im Jahr 2015 mit allen städtischen Behörden, Gesellschaften und so weiter gekauft hat. Immerhin, für ganze 118 Euro und 45 Cent wurden knapp unter 300 Kaffeekapseln im letzten Jahr in der Freien und Hansestadt Hamburg gekauft und verzehrt. Da stand also irgendwo eine einsame Kaffeemaschine in einem kleinen einsamen Büro, die im Schnitt un-

gefähr eine Kapsel pro Tag durchgepresst hat. Diese sparen Sie künftig ein. Chapeau, Kompliment für diese tolle Symbolpolitik. Ich frage mich nur, warum wir nicht über Fluglärm, Umweltpolitik, Ausgleichsmaßnahmen, wie wir die Elbvertiefung hinbekommen, über Energiepolitik, Wärmeauskopplung und so weiter reden. Wir hätten so viele ernsthafte Themen, aber Sie feiern sich für nicht einmal 300 Kaffeekapseln, die Hamburg künftig nicht mehr einkauft. Danke.

(Beifall bei der CDU, der AfD und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Dieser Leitfaden umfasst insgesamt 133 Seiten. Ich wollte einmal nachfragen, wie oft er jetzt gedruckt wurde und ob er denn wenigstens auf Ökopapier, auf recyceltem Papier oder etwa auf frischem Papier gedruckt wurde, denn ich befürchte, das Ganze ist ein Rohrkrepiere wie viele Ihrer Projekte, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

Aber kurz zum Antrag. Was darin steht, ist an sich sinnvoll.

(Farid Müller GRÜNE: Na, sehen Sie! – Dr. Monika Schaal SPD: Na wat denn nu? – Christiane Blömeke GRÜNE: Das ist doch das Entscheidende, was drinsteht!)

– Das ist das Entscheidende, was drinsteht, richtig. Aber das ist nur der erste Schritt und wenn Sie mich jetzt ausreden lassen, werden Sie sehen, dass der zweite Schritt in Ihrem Antrag fehlt. Denn Sie sagen sehr viel, was Sie machen wollen.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

– Es ist eine Kenntnisnahme, ja, das ist richtig, aber Sie wollen tatsächlich etwas damit bewegen, Frau Kollegin, und Sie werden damit so viel wie dies hier bewegen, nämlich fast gar nichts. Wir können in dieser Drucksache lesen, dass es für all diese Maßnahmen, die Sie auf den Weg bringen wollen, künftig genau eine Stelle geben soll. Dazu hat sich die Freie und Hansestadt Hamburg nämlich verpflichtet. Immerhin wird auch darauf Bezug genommen, wie all das denn finanziert werden soll. Man könnte ja denken, bei einem so großen Projekt, dem Aufstieg in die Bio-Liga der bundesdeutschen Städte, wird es doch jetzt wenigstens zusätzliche Mittel geben. Aber nein, Sie sagen, das schaffen wir alles aus den bestehenden Mitteln. Da müssen wir im Umkehrschluss also irgendwo anders kürzen. Frau Blömeke, meine Damen und Herren, das ist Agrarpolitik für die Tonne und ist reine Symbolik, die die Stadt Hamburg nicht voranbringt und die vor allem die landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Stadt nicht voranbringen wird.

(Beifall Dennis Gladiator CDU)

Wir haben ungefähr 800 Betriebe in der Metropole Hamburg, die landwirtschaftlich tätig sind. Man hätte jetzt so vieles auf den Weg bringen können.

(Carsten Ovens)

Aber auch in Ihrem agrarpolitischen Konzept vermisste ich, wie Sie die Digitalisierung in der Landwirtschaft fördern wollen, wie Sie vielleicht bestehende Initiativen des Bauernverbands, beispielsweise die Initiative Tierwohl, sinnvoll unterstützen wollen. Ich vermisste, wie Sie konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichrangig behandeln wollen oder wie Sie die Wochenmärkte stärken wollen, denn die Wochenmärkte sind doch die Plattformen, wo regionale Produzenten wunderbar mit passenden Käufern zusammenkommen können. Ich vermisste, wie Sie Bürokratie abbauen oder wie Sie die Abteilung Landwirtschaft der Wirtschaftsbehörde tatsächlich so aufwerten, dass sie in der Lage ist, auch Wirtschaftsberatung für die landwirtschaftlichen Betriebe in Hamburg zu leisten. Man könnte vielleicht auch noch, gerade in so einem Biokonzept darüber nachdenken, wie man der Pflege der Kulturlandschaften eine sinnvolle Unterstützung gibt. Das alles findet sich weder in Ihrem agrarpolitischen Konzept noch in dieser neuen Ökoinitiative. Das ist ein PR-Gag, mehr nicht. Das ist leider traurig, das bringt die Landwirtschaft in Hamburg nicht voran und wird auch sonst nichts ändern. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Ovens. – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE hat sich gemeldet.

Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zuerst einmal: Ja, wir finden die Idee durchaus gut, dem Bio-Städte-Netzwerk beizutreten, auch wenn ich vorab schon einmal sagen kann, dass dieses Netzwerk an Unverbindlichkeit kaum zu übertreffen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber die Analyse ist richtig; es muss etwas getan werden. Wir verzeichnen eine Stagnation bei der Flächennutzung für ökologisch nachhaltigen Landbau, bei der Anzahl der entsprechenden Betriebe, die Biolandwirtschaft betreiben, und wir haben eine ausgewachsene Krise bei kleinen Biogeschäften, weil die Abteilungen der größeren Läden dieses Geschäft mittlerweile aufgrund des Umsatzes an sich ziehen. Vor Kurzem haben wir die HEINZ-Studie des Zukunftsrats auf den Tisch bekommen. Ich glaube, Sie haben die Ampel für die regionale Versorgung bemerkt, die auf Gelb steht. Es ist noch nicht zu spät, um zu handeln, hoffentlich im Rahmen dieses Netzwerks. Hamburg ist, was seine Ausrichtung für Biolandwirtschaft angeht, eher wie ein Fisch auf dem Trockenen. Die Ziele sind durchaus gut. Man muss nur in den Koalitionsvertrag gucken: Bis 2020 soll die Biolandwirtschaft im Obstanbau mehr als verdoppelt und der Rest der Landwirtschaft signifikant erhöht werden. Von die-

sen Zahlen sind wir in Hamburg allerdings weit entfernt. Insofern haben wir Handlungsbedarf.

Wenn es um die regionale Biolandwirtschaft geht, müsste zum Beispiel unser Schulsenator sich einmal überlegen, was er mit der Subventionierung des Schulessens macht. Wenn man in eine Produktionsküche geht und sieht, wie eingeschränkt die Möglichkeiten sind, dann ist das nicht wirklich das, was der Biolandwirtschaft auch schon in der Schule förderlich ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Sicherlich ist der Anteil der landwirtschaftlichen Flächen in der Freien und Hansestadt aus den Gegebenheiten, die wir alle kennen, richtig begrenzt. Der Flächenanteil Hamburgs liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, was landwirtschaftliche Flächen angeht, aber der Rückgang dieses Anteils liegt in Hamburg noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein sehr großes Manko für den Ausbau der Biolandwirtschaft. Landwirte haben in Hamburg nicht wirklich eine Zukunftsperspektive. Jeden Tag müssen sie damit rechnen, dass ein Senator um die Ecke kommt und sagt, er brauche die Flächen für dies und jenes und sei es für neue Logistikparks irgendwo an der Autobahn.

(Beifall bei der LINKEN)

Flächensicherheit heißt Zukunftssicherheit und Sicherung der Landwirtschaft in Hamburg und ist ein Beitrag für ein farbiges Hamburg, für Hamburg, so wie wir es an vielen Ecken dieser Stadt immer noch kennen. Wer das nicht wahrhaben will, soll irgendwo anders hinziehen; für mich gehört es zu Hamburg.

Wenn wir die Biolandwirtschaft in Hamburg regional stärken wollen nach dem Motto, weniger Weltmarkt, mehr Wochenmarkt, dann möchte ich daran erinnern, dass wir erst vor Kurzem über CETA diskutiert haben, wo wir eindeutig zulassen werden, dass Großtierproduktionen aus Kanada ohne jede Tierhaltungsstandards in die Europäische Union eingeführt werden. Da, muss man wirklich sagen, reden Sie mit gespaltener Zunge. Ich bin gespannt, was aus diesem Projekt wird, ob wir damit wirklich die Biolandwirtschaft in Hamburg fördern werden. Ich würde es mir wünschen, unsere Zustimmung haben Sie dazu. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. – Wir hören als Nächsten Herrn Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist leider etwas traurig, dass wir ein vier Seiten langes Papier vom Senat präsentiert bekommen, das eine schöne Überschrift hat, in dem aber steht, dass null Euro

(Dr. Kurt Duwe)

extra ausgegeben werden soll, der Anteil der ökologischen Landwirtschaftsbetriebe in Hamburg aber steigen soll. Der Senat braucht eigentlich nur die Politik fortzuführen, die er bisher gemacht hat. Dadurch dass jetzt viele Flächen aus der konventionellen Landwirtschaft in Ausgleichsflächen, in Flächen für die Energiewirtschaft übergehen, wird der prozentuale Anteil des ökologischen Landbaus in Hamburg ohne Zutun des Senats erhöht werden. Wir brauchen uns gar keine Illusionen zu machen.

Diese vier Seiten sind eigentlich eine Verpackung alter Initiativen; diese Berichte des Senats sind in dieser Drucksache zitiert. Seit 2010 wird in der Wirtschaftsbehörde an der Förderung von ökologischem Landbau gearbeitet. Es gibt auch Beratungsangebote et cetera. Wenn der Senat eines braucht, dann vielleicht mehr Personal, mehr Geld und vor allen Dingen mehr Ideen, um in der Metropolregion für ökologischen Landbau zu werben. Was wir auf jeden Fall nicht brauchen, ist eine weitere Partnerschaft von Städten, die sich zweimal im Jahr treffen und dann über sich sagen können, sie seien Biostadt. Bio ist praktisch alles, was lebt, aber nicht das, was wir uns vorstellen. Wenn wir eine bessere Versorgung der Hamburger Bevölkerung mit gesunden, auch ökologisch angebauten Lebensmitteln wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir zum Beispiel, wie Herr Ovens sagte, die Wochenmärkte stärken. Der Senat aber tut genau das Gegenteil. Wenn man sich die Wochenmärkte anschaut, so ist der Umsatz in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent gesunken. Dies hat nicht nur etwas mit geändertem Kaufverhalten zu tun, sondern auch damit, dass nicht dafür geworben und auch keine weitere Unterstützung dieser Wochenmärkte geleistet wird. Bisher gab es teure Werbekampagnen, bei denen auf den HVV-Bussen unter anderem Wochenmärkte beworben wurden, eine Quersubvention für die Hamburger Hochbahn. Darauf stand noch nicht einmal, wo es Wochenmärkte gibt und wann sie stattfinden. Man weiß, dass nicht alle in Hamburg geboren sind und dort wohnen, wo es Wochenmärkte gibt. Das heißt, es gibt eine Menge zu tun, aber es gibt kaum etwas zu tun, was in diesen vier Seiten steht und nicht schon vor zehn Jahren zu Papier gebracht worden ist. Das ist im Grunde genommen alles, was man zu diesen vier Seiten sagen kann. Es ist einmal wieder ein Punkt im Koalitionsvertrag abgehakt, aber eben nur abgehakt und nichts dafür getan. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Duwe. – Es hat sich Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion gemeldet.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir de-

battieren über den vom Senat bereits beschlossenen Beitritt zum sogenannten Bio-Städte-Netzwerk und sind aufgefordert, Kenntnis zu nehmen. Wir nehmen Kenntnis. Wir nehmen Kenntnis davon, dass der Senat den ungeschützten und reichlich willkürlichen Begriff Bio als Qualitätsmerkmal benutzt. Wir nehmen also Kenntnis, dass einfach undifferenziert Bio gerufen wird, anstatt im Kern die richtigen Anliegen ordentlich zu umschreiben. Es kann nur um ökologisch zertifizierte Lebensmittel gehen, um die Förderung nachprüfbarer Standards. Bio ohne nähere Erläuterung ist ein Modebegriff. Wir nehmen weiterhin zur Kenntnis, dass der Senat schon wieder glaubt, Marktgeschehen in Staatshand effizient organisieren zu können. Ich habe bereits zu verschiedenen Anlässen darauf hingewiesen, dass der Staat in aller Regel der schlechtere Unternehmer ist. So verhält es sich auch hier. Es ist nicht die Aufgabe des Staats, Vermarktungsstrukturen für eine bestimmte Produktgruppe zu schaffen und auszubauen.

Ich stimme Ihnen zu, dass Förderung von ökologischem Anbau sinnvoll sein kann, dass insbesondere auch Beratungsangebote für interessierte Landwirte vernünftig sind und zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in Hamburg führen können. Kein Produkt sollte jedoch staatliche Rundumbetreuung benötigen. Als großer Nachfrager hat die Stadt in der Tat andere Möglichkeiten, Produkte aus ökologischem Anbau zu fördern. So begrüßen wir es, wenn entsprechende regionale Produkte in städtischen Kantinen verstärkt angeboten werden. Aber ganz gleich, ob dies in Behörden oder Kitas geschieht, Qualität hat ihren Preis und der Senat sollte auch sagen, dass hierbei Kosten entstehen werden und wie diese getragen werden sollen. Bisher berücksichtigt das nur eine Koordinierungsstelle. Der Senat sollte auch, wenn es sich nur um eine Absichtserklärung handelt, klarstellen, dass bei einer politischen Entscheidung nicht die Beschäftigten der Behörden oder die Eltern der Kitakinder am Ende die Zeche zahlen müssen. Entweder trägt die Stadt die Mehrkosten für die ökologisch angebauten Produkte oder lässt in den Kantinen weiterhin eine Auswahl zu.

Nur mit Bedenken nehmen wir die Einbeziehung der Justizvollzugsanstalten zur Kenntnis. Hier gehen Sie meines Erachtens einen Schritt zu weit. Der Strafvollzug ist bereits heute sehr teuer, die Angebote an die Häftlinge angemessen. Es wird ein Missverhältnis deutlich, wenn Sie bedenken, wie viele Menschen, oft Familien, auf Hartz IV angewiesen sind oder jenseits von Hartz IV nur knapp über die Runden kommen. Diese Personen können sich keine teuren Lebensmittel aus Ökoanbau leisten. Setzen wir dieses Geld stattdessen lieber für Familien in schwierigen finanziellen Umständen ein. Arbeiten Sie an den guten und richtigen Ansätzen, ohne die soziale Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Verfolgen Sie die guten

(Andrea Oelschläger)

Ansätze weiter, geben Sie sich aber nicht dem Impuls hin, immer noch mehr Staat zu wollen und sich fortlaufend in durchaus funktionsfähige Märkte einzumischen. Förderung ökologischen Anbaus oder mit den Worten des Senats "Bioanbau" ja, aber bitte mit Augenmaß. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Frau Oelschläger. – Es hat sich Senator Horch zu Wort gemeldet.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, haben wir im April 2014 das agrarpolitische Konzept für 2020 vorgelegt. Die darin verankerte Neuausrichtung der Hamburger Agrarwirtschaft, das möchte ich betonen, ist sehr wichtig für uns bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen und beinhaltet eine Stärkung des ökologischen Landbaus in Hamburg, verbunden mit der Existenzsicherung aller agrarpolitischen Entscheidungen. Diese Richtungsentscheidung wurde in dieser Legislaturperiode deutlich im Koalitionsvertrag unterstrichen. Damit wurde auch der Weg zur Biostadt als ein wichtiger Grundstein gelegt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk und die damit verbundene Positionierung Hamburgs wird eine weitreichende Wirkung in die Agrar- und Ernährungswirtschaft entwickeln, die nicht – und das betone ich besonders – an den Toren von Hamburg aufhört. Die Stärke des bundesweiten Netzwerks der Biostädte ergibt sich aus der Bündelung der kommunalen Kompetenz und aus dem gemeinsamen Auftreten auf bundesdeutscher und auch europäischer Ebene. Hamburg kann mit dem wirtschaftspolitisch relevanten Beitritt zum Netzwerk von Synergieeffekten dieser gemeinsamen Arbeit erheblich profitieren, eigene Kompetenzen einbringen und gleichzeitig die gesamte Agrarwirtschaft stärken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Gemeinsam entwickeln wir Städte, Gemeinden, Landkreise unter der Einbeziehung von Politik und Verwaltung und als Nachfrage die Ideen zur Förderung der Biobranche. Schwerpunkte, bezogen auf Hamburg, werden in den folgenden Bereichen sein: Erstens die Weiterentwicklung der Hamburger Ökoagrarwirtschaft durch Exzellenzberatung, Erschließung neuer Absatzwege und Förderung von Absatzgemeinschaften. Hierbei ist vor allen Dingen der regionale Ansatz auch unter unserem Slogan "Aus der Region – für die Region" gerade in einer Metropolregion wie Hamburg ein exzellenter Ansatz, der sonst in Deutschland in der Form nicht durchgesetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiterer Schwerpunkt ist, wie schon gesagt worden ist, die verbesserte Voraussetzung für den Einsatz ökologischer Produkte in verschiedenen Bereichen, einmal in der Schulverpflegung und auch den Ganztagschulen, die dadurch entsprechend mitgefördert werden.

Wir haben mit diesem Beitritt die große Chance, mit geringem finanziellen Einsatz eine große Wirkung auf die Hamburger Agrarwirtschaft zu erzielen und die Wirtschaftszweige der Produktion, der Verarbeitung und des Lebensmittelhandels auch vor dem Hintergrund unseres Großmarktes entsprechend in der Metropolregion zu fördern. Die Strahlkraft dieses Prozesses ist groß; das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, gerade in den letzten Wochen in Berlin und auf Treffen der Wirtschaftsminister. Für Sie wichtig zu wissen ist, dass im Hamburger Haushalt dafür keine zusätzlichen Mittel erforderlich sind. Vielmehr erfolgt die Umsetzung durch eine fachliche Bündelung unter Ausnutzung aller Synergien im Rahmen vorhandener Förderrichtlinien, die wir agrarpolitisch nutzen. Wir sind nicht mehr beim ELA-Programm, sondern in einem Förderprogramm, in welches das exzellent hineinpasst.

In diesem gesamten Prozess geht es um ökologische Erzeugung, es geht um gesunde Ernährung, um Nachhaltigkeit und um einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen. Biostadt ist insofern ein wichtiges Prädikat für die Zukunft, welches weiterentwickelt und mit Leben erfüllt werden sollte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Herr Präsident! Herr Senator Horch, herzlichen Dank für Ihre Worte. Ich will es kurz machen, denn Sie haben es im Prinzip auch sehr kurz gemacht. Sie haben an sich nichts Neues gesagt außer blumigere Worte gewählt für das, was in diesem Papier steht. Sie haben gesagt, der Beitritt zu diesem Netzwerk werde weitreichende Wirkung haben und haben auf Gespräche mit Ihren Ministerkollegen aus den Ländern verwiesen. Was die Hamburger Landwirtschaft davon hat, welches Ziel Sie also tatsächlich verfolgen, um die Freie und Hansestadt Hamburg voranzubringen, denn das wäre die Aufgabe des Senats, habe ich Ihren Worten leider nicht entnehmen können.

(Christiane Blömeke GRÜNE: Ich schon!)

"Aus der Region – für die Region", das klingt schön und es mag die ideologisch getränkte grüne Seele befriedigen, wenn man jetzt ein bisschen Symbolpolitik macht; das ist völlig in Ordnung. Aber was

(Carsten Ovens)

Sie eben gesagt haben, Senator Horch, fachliche Bündelung und Ausnutzung aller Synergien, heißt im Umkehrschluss nichts anderes, als dass Sie künftig ökologische Landwirtschaft gegen konventionelle Landwirtschaft ausspielen, dass Sie der einen Seite kein Geld mehr zur Verfügung stellen, weil Sie es der anderen Seite wegen des Koalitionsfriedens mit den GRÜNEN geben müssen. Das ist echt traurig und bringt Hamburg nicht voran.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen? – Dem ist nicht so.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Senatsmitteilung aus Drucksache 21/6048 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10, Drucksache 21/5758, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Rückkauf der Hamburger Energienetze – Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Rückkauf der Hamburger Energienetze – Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?

– Drs 21/5758 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wer wünscht zu der Debatte das Wort? – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich fange einmal mit einem Zitat an:

"Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien."

Das war der zweite Satz des Volksentscheids, so, wie ihn die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger trotz eines riesigen Werbeaufwands der damaligen Gegner gegen eine Rekommunalisierung beschlossen beziehungsweise positiv gevotet hat. Von der Handelskammer über Vattenfall bis hin zur SPD wurde mit einem Millionenaufwand Angst in der Stadt vor den Folgen einer Rekommunalisierung verbreitet. Aus der Großen Anfrage geht deutlich hervor, dass zumindest der Teil, der jetzt schon wahr geworden ist, die Schwarzseherinnen und Schwarzseher widerlegt hat. Stromnetz Hamburg schreibt schwarze Zahlen, Stromnetz

Hamburg sichert Arbeitsplätze, baut Arbeitsplätze auf, die Investitionen in das Stromnetz steigen im Gegenteil zu dem, was wir vom Fernwärmenetz zur Kenntnis nehmen müssen, und die Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt haben zugenommen. Aber jetzt steht das zentrale Fernwärmenetz auf der Tagesordnung und wir müssen feststellen, dass die Politik des Senats ein Zögern, ein Zaudern, ein Bremsen in der Gefahr, falsch abzubiegen, ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört auch, was man in der Großen Anfrage an Antworten bekommt, das Bekenntnis zum Erdgas als vergleichsweise klimafreundlichen Energieträger und dass die Energieversorgung grundsätzlich auf absehbare Zeit des Einsatzes fossiler Energieträger bedarf und zum Beispiel, dass nach wie vor auf die bilanzielle Versorgung abgestellt wird, einem reinen Rechenrick für die Klimabilanz. Die Behörde für Umwelt und Energie hat für eine Ablösung des Kohleheizkraftwerks in Wedel sechs Szenarien vorgelegt. Keines dieser sechs Szenarien entspricht wirklich dem zweiten Satz des Volksentscheids. Wir haben sogar, und das ist eigentlich der Gipfel der Dreistigkeit, ein Vattenfall-Szenario, in dem tatsächlich Wärme aus Moorburg genutzt wird. Doch wir haben auch zwei Szenarien, bei denen Moorburg nicht erwähnt wird, aber implizit enthalten ist, nämlich mit dem Rugenberger Damm, der bisher das Industriegebiet Neuhof versorgt. Das ist Täuschung der Wählerinnen und Wähler, die damals im Volksentscheid anders abgestimmt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn das, was wir diesen Szenarien entnehmen können, ist eine Moorburg-Trasse light, das ist die Option des Anschlusses von Moorburg in einem zweiten Schritt und vor allen Dingen ist es eine Rochade zwischen der Müllverwertungsanlage Rugenberger Damm und Moorburg.

(*Katja Suding* FDP: Was ist denn Ihr Problem damit?)

– Wir haben unser Problem damit, dass es nicht dem Volksentscheid entspricht. Dort ist der Einsatz erneuerbarer Energien vorgeschrieben und der Senat hat alles dafür zu tun, dass es so kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Umweltbehörde in der Antwort schreibt, "das in den nächsten Jahren zu entwickelnde Fernwärme-konzept", dann fragen wir uns, wie lange die Umweltbehörde denn weiß, dass sie das Fernwärmenetz übernehmen will. Das weiß sie spätestens seit dem Volksentscheid. Wir haben immer noch kein Fernwärme-konzept, stattdessen musste erst im Parlament beantragt werden, dass überhaupt die Daten des Fernwärmenetzes eingesehen werden dürfen, und das passiert seit De-

(Stephan Jersch)

zember. Das, was wir aus dieser Einsichtnahme sehen und erfahren wollen, wird unter Geschäftsgeheimnis in der Anfrage nicht beantwortet. Wir wissen genau, dass es keine unabhängige Untersuchung gibt und Erfahrungen aus der gemeinsamen Einsichtnahme von Vattenfall, dem Partner der Freien und Hansestadt Hamburg, und der Umweltbehörde zutage treten. So müssen wir uns weiter darauf verlassen, dass die Behörde, dass der Senat sagt, das, was uns Vattenfall mit horrenden Zahlen für eine umweltverträgliche Lösung zur Wärmeversorgung sagt, sei valide. Und wir müssen feststellen, dass schließlich jahrelang auf das falsche Pferd gesetzt worden ist, indem nach wie vor für Wedel als Ablösung ein GuD geplant wurde. Heute stehen wir im Prinzip mit leeren Händen da und müssen von vorn anfangen zu planen. Das ist nicht nur verantwortungslos gegenüber den Hamburgerinnen und Hamburgern, sondern auch gegenüber den Wedelerinnen und Wedelern

(Beifall bei der LINKEN)

und vor allen Dingen auch gegenüber der Anforderung von Transparenz, die wir mittlerweile haben. Man hat das Gefühl, es werde wieder wie in alten Zeiten gemauschelt mit unserem, nicht meinem, Partner Vattenfall. Ab 2019 wird die Freie und Hansestadt Hamburg Eignerin des Kohleheizkraftwerks in Wedel sein. Jetzt geht ein Partikelniederschlag über Wedel nieder, pH-Wert 1,5, Nickel und Chrom liegen deutlich über den schadstoffzulässigen Werten. Trotz aller Ertüchtigung werden wir uns schlicht und ergreifend ein Schrottkraftwerk ans Bein binden. Auch das ist der späten Entscheidung des Senats geschuldet, erst jetzt zu handeln.

Vattenfall ist kein Partner, Vattenfall ist ein Dividendengenerator für seine Anteilseigner und kann unmöglich gemeinsam mit uns den Weg für erneuerbare Energien gehen. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass es gemeinsame Interessen gibt. Der Senat ist aufgefordert, jetzt Dampf für erneuerbare Fernwärme zu machen und die bilanzielle Versorgung zu beenden, diesen Rechenrick, mit dem die Bilanzen an erneuerbaren Energien in Hamburg schön gerechnet werden. Vor allen Dingen ist Kontrolle nötig, Transparenz muss geschaffen und Daten müssen offengelegt werden. Wir fordern die Einsichtnahme für die Öffentlichkeit oder zumindest eine unabhängige Begutachtung,

(Beifall bei der LINKEN)

sodass wir wissen, woran wir sind. Es ist überhaupt keine Alternative, wenn die Umweltbehörde, der Energiebeirat ein Gutachten in Auftrag gibt, aber gleichzeitig implizit mitteilt, dass die Daten nicht eingesehen werden können. Wo sind wir eigentlich angekommen? Aurubis als Fernwärme Standort wäre ein Leuchtturm der Fernwärme. Mit ihm könnte man sehr schnell sehr viel erreichen. Wir bezweifeln, dass die unter Verschluss gehaltenen Zahlen wirklich ausschließen, dass ein solcher

Weg genutzt werden kann und stattdessen mit Vattenfall in alter Kumpaneil weitergemacht werden muss.

Nicht der Weg zur erneuerbaren Energie ist das Ziel, sondern der zweite Satz des Volksentscheids. Wir sagen, danach muss der Senat handeln und wir werden den Senat weiterhin in diese Richtung drücken, weil die Bevölkerung Hamburgs ihn dazu verpflichtet hat. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Danke, Herr Jersch. – Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Jahre nach dem Volksentscheid können wir sagen, dass der Senat ihn umsetzt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Stromnetz ist zurückgekauft und zu 100 Prozent in öffentlicher Hand. Der Konzessionswettbewerb wurde dank der klugen Strategie der Stadt gewonnen und Stromnetz Hamburg versorgt jetzt als zweitgrößter Verteilnetzbetreiber Deutschlands zuverlässig und sicher 1,3 Millionen Kunden. Net-service, Metering und alle 1 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden übernommen und in das Unternehmen integriert. Eine eigene IT ist aufgebaut und läuft. Stromnetz Hamburg macht 550 Millionen Euro Umsatz, investiert pro Jahr durchschnittlich 200 Millionen Euro in die Modernisierung und Instandhaltung der Infrastruktur und macht Gewinn. Stromnetz Hamburg bringt neben dem Brot- und Buttergeschäft eines Verteilnetzbetreibers aber auch die Energiewende in Hamburg durch wachsende Digitalisierung, Flexibilität und Kommunikation im Stromnetz voran. Hinzu kommt ab 2017 auch noch das Roll-out intelligenter Zähler. Der Anschluss der erneuerbaren Energieanlagen ist selbstverständlich und der Bau neuer Umspannwerke ist voll im Gang.

Stromnetz Hamburg ist ein weiterer wichtiger Partner der norddeutschen Energiewende 4.0, eines Projekts, an dem 60 Teilnehmer mitwirken und das vom Bund gefördert wird. Ziel ist es, den in Schleswig-Holstein erzeugten Windstrom in der Lastsenke Hamburg zu speichern und zu nutzen, statt ihn abzuregeln, wie es jetzt geschieht, wofür wir alle übrigens zahlen müssen. Hinzu kommt der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität und zunehmend auch für den öffentlichen Nahverkehr. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Jersch, das haben Sie leider überhaupt nicht erwähnt: Wir haben in diesem Jahr den Energie-

(Dr. Monika Schaal)

netzbeirat gegründet, der bereits viermal öffentlich getagt hat.

(Stephan Jersch DIE LINKE: Ich hab ihn erwähnt!)

– Aber offensichtlich wissen Sie dessen Bedeutung nicht zu schätzen.

Alle Fraktionen sind vertreten. Umweltverbände, Kammern, Gewerkschaften, Wissenschaft und die Energiewirtschaft, alle arbeiten mit. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich dort mit Beiträgen und Fragen einbringen. Protokolle, Präsentationen und Dokumente der Arbeit des Gremiums und des Senats sind darüber hinaus im Internet öffentlich zugänglich. Das alles ist transparent. Was wollen Sie denn eigentlich noch mehr, Herr Jersch?

(Stephan Jersch DIE LINKE: Die Vattenfall-Daten!)

– Die Vattenfall-Daten können Sie erfragen. Sie haben ja auch in der Großen Anfrage gelesen, dass dort alles transparent ist.

(Stephan Jersch DIE LINKE: Alles geheim, Geschäftsdaten! – Gegenruf von Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Das ist Gesetz!)

– Sie und auch Bürgerinnen und Bürger der Stadt werden wohl akzeptieren müssen, dass ein Unternehmen seine innersten Daten nicht preisgibt.

Die Umsetzung der Energiewende und die Umsetzung des Volksentscheids sind in der Tat im Sinne des Volksentscheids demokratisch kontrolliert. Das ist in der gesamten Republik einmalig. Wir werden von anderen Kommunen darum beneidet. Das stößt auch international und in der Wissenschaft auf großes Interesse, bloß offensichtlich nicht bei der LINKEN.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Es gibt auch andere, nicht nur wir! – Beifall bei Sabine Boeddinghaus DIE LINKE)

Es geht noch weiter. Für die Übernahme des Gasnetzes und der Fernwärme bestehen rechtssichere Kaufoptionen, die wir ziehen werden. 2017 im Februar – das haben wir gestern im Haushaltsausschuss gehört – wird die Option für Gas und ein Jahr später für die Fernwärme gezogen. Schon jetzt arbeiten Hansewerk und das Stromnetz Hamburg eng zusammen, zum einen natürlich im Forschungsprojekt 040 und zum anderen aber auch ganz praktisch bei der gemeinsamen Verlegung von Hausanschlüssen für Gas und Strom bei Neubauten. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und auch ein Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in der Energiewende.

Zurzeit arbeitet die Behörde für Umwelt und Energie erfolgreich an der Frage, wie die Fernwärme klimaverträglich und zunehmend auch erneuerbar aufgestellt werden kann. 100 Prozent erneuerbar,

Herr Jersch, das wird Ihnen, glaube ich, niemand herbeizaubern und Sie wissen auch, dass die Voraussetzungen dafür nicht da sind. Im Kern geht es jetzt darum, das Kohlekraftwerk Wedel zu ersetzen. Das dauert und wir werden in dieser Zeit diejenigen, die jetzt Fernwärme beziehen, nicht frieren lassen können.

Die Energielandschaft hat sich im letzten Jahr so dramatisch verändert, dass die Pläne, das Kohlekraftwerk am Standort Wedel durch eine GuD oder Gasmotoren zu ersetzen, vom Tisch sind. Die BUE hat stattdessen – darauf haben Sie hingewiesen – verschiedene Szenarien entwickelt mit und ohne Heizkraft Am Haferberg, mit und ohne eine abfallwirtschaftlich basierte Lösung in Stellingen und mit und ohne Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur. Die Aufgabe der BUE ist jetzt, ein Konzept vorzulegen, das ökonomisch wie ökologisch die beste Alternative für die Stadt und auch für die Wärmekunden ist. Wenn das Konzept vorliegt, Herr Jersch, können Sie es gern bewerten, aber nicht vorher; das ist nicht redlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Michael Kruse FDP)

– Sie brechen den Stab über etwas, das Sie noch gar nicht kennen. Sie sind mit Bewertungen zu irgendetwas angetreten, das sie überhaupt noch nicht kennen.

(Stephan Jersch DIE LINKE: Sechs Szenarien!)

– Sechs Szenarien, genau. Aus sechs Szenarien muss ein Konzept werden. Das haben Sie offensichtlich noch nicht begriffen.

Am 10. November 2016 hat der Senat, wie Sie wissen, gesagt, wird im Energienetzbeirat vorgestellt, was in der Zwischenzeit erarbeitet worden ist, und ich denke, dass das Konzept sich dann schon etwas deutlicher abzeichnet.

Wenn die Stadt die Fernwärme erworben hat, können wir auch eine Fernwärmestrategie umsetzen. Aber bis dahin ist die Stadt nicht untätig. Wir haben aus der Anfrage erfahren, dass das Wärmekataster jetzt vorgelegt wird. Wir haben auch erfahren, dass bereits 61 Prozent der Gebäude an der Fernwärmetrasse energetisch saniert sind. Den Löwenanteil dieser Arbeiten und der Häuser macht die SAGA und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir binden bereits die Abwärme in die Fernwärme ein, und zwar Abwärme aus der Müllverbrennungsanlage in der Borsigstraße, die jetzt auch der Stadt gehört. Insofern stimmt es einfach nicht, wenn Sie behaupten, dass das Thema Abwärme vernachlässigt wird. Was zum Beispiel Aurubis macht, ist durchaus offen. Das Unternehmen hat mehrere Optionen, die Abwärme in Nahwärmenetze einzuspeisen. Ein Antrag liegt der Stadt nicht vor; das

(Dr. Monika Schaal)

haben Sie auch gelesen. Wir alle wissen aber auch, dass es Gespräche zwischen Vattenfall und Aurubis gibt, um die Wärme in Richtung Osten zu nutzen. Denn die Wärme von Aurubis ist aufgrund der Bedingungen, die Sie bestreiten, sicher nicht geeignet, das Kraftwerk Wedel im Westen zu ersetzen. Das sind nun einmal unterschiedliche Temperaturen und das geht eben nicht so.

Wir überweisen die Anfrage nicht, wollen uns aber zu gegebener Zeit damit beschäftigen, was der Senat uns in diesem Jahr noch für den Ersatz des Kraftwerks Wedel und den weiteren Fortschritten bei der Fernwärme vorlegt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank. – Herr Gamm von der CDU-Fraktion hat sich gemeldet.

Stephan Gamm CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rückkauf der Energienetze infolge des Volksentscheids im September 2013 ist eine der größten und teuersten politischen Torheiten in der jüngeren Geschichte unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Meyer FDP*)

Er ist das Ergebnis einer gezielten, von den Initiatoren des Volksentscheids mit Unterstützung der GRÜNEN und der LINKEN angelegten Wählertäuschung, der seinen Kristallisationspunkt in dem ebenso manipulativen wie auch innerlich irreführenden Satz findet, der damals zur Abstimmung stand. Herr Jersch hat ihn schon vorgetragen, nämlich der zweite Teil des Textes:

"Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien."

Wir können diese einzelnen Punkte jetzt einmal abklopfen. Spannend finde ich im Übrigen, dass sich die gesamte Debatte jetzt plötzlich sehr auf die Fernwärme konzentriert.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Sie reden ja auch über nichts anderes!)

Ich glaube aber, wir müssen zur jetzigen Zeit doch einmal das Ganze betrachten. Nehmen wir uns einmal den ersten Punkt vor, die Forderung nach sozial gerecht. Was heißt denn sozial gerecht in diesem Kontext? Es heißt nichts anderes, als dass Energie für alle Hamburgerinnen und Hamburger bezahlbar bleiben muss. Folglich geht es bei diesem Punkt in Wahrheit um Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Kosteneffizienz. Wenn man sich die bislang aufgelaufenen Kosten vor Augen führt, die jetzt allein zum Erwerb des Stromnetzes aufgelaufen sind, da kann einem schon angst und bange

werden. Denn wenn ich das einmal überschlage, komme ich mittlerweile auf über eine Milliarde Euro. Das sind rund 740 Millionen Euro für die einzelnen Unternehmensteile und Servicebereiche, die aus dem Vattenfall-Konzern herausgekauft wurden; 2015 wurden rund 230 Millionen Euro in die Infrastruktur investiert und allein 35 Millionen Euro mussten dafür in die Hand genommen werden, damit die IT überhaupt funktioniert, damit die Umstrukturierung vorgenommen werden kann. Sie müssen sich das vorstellen wie ein Puzzle-Spiel, das man versucht zusammensetzen. Das ist sehr teuer. Hinzu kommt – das haben wir auf der letzten Sitzung des Energienetzbeirats eindrucksvoll präsentiert bekommen –, dass uns eine weitere Verschärfung der Anreizregulierung bevorsteht. Dort wird es zu einer Absenkung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung kommen, die jetzt bei etwas über 9 Prozent liegt. Das wird dann auf 6 Prozent sinken, was den Kostendruck für die Stromnetzbetreiber, nicht nur für die Stromnetz Hamburg, sondern für alle in Deutschland, erheblich verschärfen wird. Wenn das Stromnetz wieder im Eigentum Hamburgs ist, wird der Strom infolge von Netzentgelten günstiger, die dann nicht mehr bei den großen, gierigen Energiekonzernen, sondern bei der Stadt landen. Dann könnte der Strompreis sinken. Das wird natürlich nicht passieren, sondern wir werden uns eher mit der Frage beschäftigen müssen, um wie viel allein die Stromkosten in Hamburg aufgrund steigender Netzentgelte ansteigen werden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Mit der möglichen – ich sage bewusst, mit der möglichen – Übernahme der Fernwärme von Vattenfall – ich bin mir noch nicht sicher, ob dieser Deal haushaltsrechtlich überhaupt möglich ist; ich denke, das wird uns noch in den nächsten Jahren beschäftigen – werden noch andere Probleme auf uns zukommen. Dabei können wir im Übrigen beobachten, dass Senator Kerstan im Grunde genommen seit September 2013 seinen persönlichen Wärme-Brexit erlebt. Der Volksentscheid ist gewonnen. Aber sage und schreibe, selbst drei Jahre nach gewonnenem Volksentscheid gibt es offenbar immer noch keine einzige wirklich konkrete Idee, was man jetzt mit diesem Fernwärmenetz anfangen soll. Das ist, finde ich, relativ beängstigend. Hinzu kommt das, was es bisher an unausgegorenen Ideen gibt; da kann man ja einiges im Koalitionsvertrag nachlesen: sprich die Dezentralisierung des Fernwärmenetzes, was im Übrigen noch kein einziges Mal in ganz Europa aus gutem Grunde vorgenommen wurde. Wenn das tatsächlich so umgesetzt werden würde, hätte das zur Folge, dass wir mit einer dramatischen Preissteigerung für die Fernwärme in Hamburg zu tun hätten,

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Sind Sie Hellseher?)

(Stephan Gamm)

die alle Hamburgerinnen und Hamburger belastet. Daher wird die CDU-Fraktion an dieser Stelle auch keine politische Entscheidung mit tragen, bei der nicht das energiewirtschaftliche strategische Ziel-dreieck – sprich Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaverträglichkeit – berücksichtigt ist.

(Beifall bei der CDU)

Die nächsten Punkte möchte ich aus Zeitgründen zusammenfassen. Klimaverträglichkeit und erneuerbare Energien: Es wurde der Eindruck erweckt, es sei gut für unser Klima, wenn die Energienetze aus den gierigen Klauen der Konzerne, die rein profitorientiert denken, entrissen würden. Das heißt im Umkehrschluss, wenn wir die Netze haben, wird die Energiewende erstens schneller umgesetzt und zweitens der Ausstoß von klimaschädlichem CO₂ reduziert.

Durch die Übernahme des Stromnetzes wurde und wird kein einziges CO₂-Molekül weniger ausgestoßen. Das liegt nicht etwa daran, dass die Stromnetz Hamburg GmbH keinen guten Job macht, sondern es liegt schlicht und ergreifend daran, dass sie als Verteilnetzbetreiber aufgrund der gesetzlichen Vorgaben überhaupt keinen Einfluss auf die Energieerzeugung nehmen darf. Sie muss alles anschließen. Das hat unter Vattenfall gut geklappt und das hat auch unter der Stromnetz Hamburg gut geklappt. Insofern ist dieses Argument völlig haltlos.

Ein weiterer Punkt: Es wird immer ein relevanter Aspekt für das Gelingen der Energiewende angeführt, nämlich der, dass für das Gelingen der Energiewende die Ertüchtigung und Modernisierung der Netze mit einem städtischen Netzbetreiber besser und schneller realisiert werden kann. Aber auch da muss man klar sagen: Es gibt zahlreiche gesetzliche Verordnungen – ich denke an das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Das sind Dinge, die für jeden, ob für einen öffentlich oder privatwirtschaftlich agierenden Verteilnetzbetreiber, gleichermaßen gelten. Insofern ist nicht erkennbar, dass das eine besser oder schlechter ist. Dass man mit dem NetZRückkauf keinen klimawirksamen Hebel hat, hat der Senat im Übrigen sogar selbst zugegeben. Wenn man ein bisschen sucht, findet man im Hamburger Klimaplan auf Seite 26:

"Der Rückkauf der Netze ist eher ein politisches Leitprojekt entlang der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Die daraus resultierenden klimapolitischen Effekte sind mittel- und langfristiger Art."

Das fand ich spannend. Deshalb habe ich Senator Kerstan im Ausschuss für Umwelt und Energie gezielt danach befragt, was denn diese Effekte sind. Gibt es ein konkretes Beispiel? Als Antwort kam, man könne als konkretes Beispiel nennen, dass Hamburg 2016 600 Ladestationen für Elektrofahr-

zeuge aufbauen wird. Einmal ehrlich, eine Ladestation kostet ungefähr 3 500 Euro. Wir geben aber für diesen NetZRückkauf über 2 Milliarden Euro aus. Würde man das alles in Ladestationen investieren, würde ganz Hamburg mit über einer halben Million Ladestationen ausgestattet werden können

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Dann würden Sie aber schreien!)

bei momentan zurzeit 5 700 in ganz Deutschland. Also diese Argumentation ist, gelinde gesagt, peinlich.

(Beifall bei der CDU)

Auf das Thema "demokratisch kontrolliert" möchte ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen. Frau Dr. Schaal, Sie haben den Punkt genannt, dass der Konzessionswettbewerb aufgrund einer klugen Politik des Bürgermeisters gewonnen wurde. Ganz so war es ja nicht. Der Volksentscheid wurde verloren. Daraufhin hat der Senat eine neue Gesellschaft gegründet, die sich auch um die Konzession bewerben sollte und wollte, so wie das andere Interessenten auch getan haben. Parallel dazu wurde aber mit Vattenfall verhandelt, um möglicherweise dieses Konzessionsverfahren obsolet zu machen. Das hat geklappt, weil völlig klar war, dass für ein Konzessionsverfahren in der Regel drei Jahre angesetzt sind. Die Stadt hatte aber nur noch ein Jahr zur Verfügung. Das heißt, das Zeitfenster war extrem kurz. Man hätte innerhalb von 12 Monaten, ohne dass es das Personal und das Know-how gab, ein Konzept präsentieren müssen, das absolut wettbewerbsfähig oder sogar einem Konzept von Vattenfall oder einem anderen Energieversorger überlegen ist. Das ist absolut unrealistisch gewesen. Das heißt, hätte Hamburg sich nur darauf verlassen, hätten Sie das Konzessionsverfahren, das diskriminierungsfrei und nach Wettbewerbsregeln durchgeführt werden musste, verloren. Das wollte man natürlich absolut vermeiden, weil die Konzession Ende 2014 erteilt wurde, unmittelbar vor der Bürgerschaftswahl. Deshalb behaupte ich, dass diese Entscheidung, den Deal mit Vattenfall einzugehen, der dazu geführt hat, dass alle anderen Mitbewerber vorher abgesprungen sind, weil sie keine Chance mehr gesehen haben, die Konzession selbst zu erwerben, rein wahlkampfpolitisch motiviert war, um dieses Thema aus der Bürgerschaftswahl herauszuhalten. Insofern von kluger Politik zu sprechen möchte ich stark in Zweifel ziehen. Wir alle können uns die Frage stellen, in welcher Verhandlungsposition die Stadt war.

Wer war dort in der Situation in der besseren Rolle? War es die Stadt Hamburg oder waren es die Energiekonzerne, mit denen das ausgehandelt wurde? – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Gamm. – Es hat sich Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion gemeldet.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Gamm, die CDU hat ja Erfahrung in der Rückabwicklung von Volksentscheidungen – Landesbetrieb Krankenhäuser, sage ich nur. Sie haben gesagt, die Wähler seien eigentlich doof gewesen. Sie sagen, Sie wollen die Rückabwicklung des Kaufs von Stromnetz Hamburg und auch den Rest des Volksentscheids nicht erfüllen. Das ist die Konsequenz aus dem, was Sie gesagt haben. Das sollten Sie dann aber auch so deutlich sagen. Ich halte das für politisch und inhaltlich falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte Ihnen zugutehalten, dass Sie in der letzten Bürgerschaft nicht an vorderster Front an den Debatten beteiligt waren. Es gab eigentlich relativ wenige Leute, die gesagt haben, der Strom werde dadurch günstiger. Es gab übrigens auch relativ viele Leute, die über klimaverträgliche Sachen geredet haben, nämlich bei der Frage der Erzeugungsanlagen. Sie wissen genau, dass die Erzeugungsanlagen nicht bei Stromnetz Hamburg, sondern bei Vattenfall Wärme sind.

(*Birgit Stöver CDU:* Das haben Sie so deutlich nicht gesagt!)

Das wissen Sie alle, haben darüber aber die ganze Zeit nicht geredet. Darum geht es doch jetzt im weiteren Verfahren und genau darauf zielt auch dieses Adjektiv klimaverträglich ab. Deswegen sollten Sie nicht so tun, als wüssten Sie es nicht. Sie sind ja selbst in das Verfahren eingebunden. Sie wissen sogar besser als ich, dass es ein sehr kompliziertes Verfahren ist. Dass am Ende dieses Verfahrens eine deutlich klimaverträglichere Lösung stehen wird als ein Kohlekraftwerk in Wedel, das wissen auch Sie und das werden wir mit diesem Geschäft erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Debatte drehte sich um die Frage, wie der Umsetzungsstand des Volksentscheids ist. Im ersten Satz des Volksentscheids steht, es sollten zuerst einmal die drei Verteilungsnetze gekauft werden. Das Stromnetz ist gekauft – im Übrigen mit einem nachträglich relativ guten Deal für die Stadt, weil wir 57 Millionen Euro wiederbekommen haben. Das Gasnetz wird gekauft. Wenn man dann fragt, wie Sie, Herr Jersch, es mit der Klimaverträglichkeit von Gas halten, das ein fossiler Energieträger ist, dann glaube ich kaum, dass die Initiatoren des Volksentscheids gefordert haben, das Gasnetz zurückzukaufen, um erst dann festzustellen, dass es

ein fossiler Energieträger ist, und zu sagen: Wir schließen das Gasnetz, weil es ein fossiler Energieträger ist. Deswegen kann man das an dieser Stelle mit einer gewissen Entspannung sehen. Das Fernwärmenetz werden wir am 1. Januar 2019 kaufen.

Zum zweiten Satz: Das ist in der Tat eine Frage der Auslegung. Es geht um die sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratische Kontrolle dieser Unternehmen. Wir alle sollten uns erst einmal einig darin sein, dass in dem Moment, in dem diese Unternehmen in städtischer Hand sind, wir, die Bürgerschaft, der Ausschuss Öffentliche Unternehmen, diejenigen sind, die für die demokratische Kontrolle dieser Unternehmen stehen. Insofern ist diese Forderung auf jeden Fall erfüllt. Wir als parlamentarisches Organ üben diese Kontrolle aus. Zusätzlich gibt es noch den Energienetzbeirat, mit dem man darüber sprechen kann, was passiert, wenn das Gasnetz gekauft wird. Aber wir sollten das Selbstbewusstsein haben, dass wir das Organ sind, das die demokratische Kontrolle über alle Firmen der Stadt und somit auch über Stromnetz Hamburg ausübt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In Bezug auf die Klimaverträglichkeit, insbesondere die Frage des Fernwärmenetzes, hat sich vor allem Herr Jersch in seiner Rede abgearbeitet. Herr Jersch, was ist denn Ihr Plan? Darüber habe ich nichts erfahren. Ich habe nur gehört, dass Sie Vattenfall nicht trauen und gern deren Rohdaten hätten. Da wir im postfaktischen Zeitalter leben, traut niemand mehr irgendetwas und man bekommt so viele Daten, die man nicht selbst geprüft hat, so dass man immer sagt, man möchte gern alle Daten haben, sonst glaube man nichts mehr. Ich kann mit Fug und Recht sagen, dass die GRÜNEN nicht der größte Freund von Vattenfall sind. Aber darum, dass diese Daten Gesetzen unterliegen, nämlich dem Geschäftsgeheimnis, kommen Sie und übrigens auch wir nicht herum. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir da nicht einfach als Parlament hineinmarschieren und sagen können, wir nehmen jetzt diese Daten und analysieren sie, wofür wir, Herr Gamm vielleicht, aber nicht wir, die Kompetenz haben, um zu sagen, so und so machen wir das. Da müssen Sie einfach nicht so tun, als ob man den Schritt mehr gehen kann als Parlament, den wir jetzt gegangen sind, sondern da ist die Behörde einen großen Schritt gegangen. Wir analysieren jetzt mit Vattenfall gemeinsam die Daten. Auf deren Basis werden wir vernünftige Szenarien entwickeln. – Bitte schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jersch?

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, sehr gern.

Zwischenfrage von Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Tjarks, sind Sie der Meinung, dass es zielführend wäre, diese Daten zumindest unabhängig zu begutachten, damit ich sie nicht sehen muss?

(Dr. Monika Schaal SPD: Was bringt denn das?)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE (fortfahrend):* Ich habe durch eine Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Trepoll zur Kenntnis genommen, dass es diverse Institute gibt; es gibt einen BET-Prozess. Es gibt weitere Institute, die sich mit diesen Daten und weiteren Fragestellungen rund um das Thema beschäftigen. Es gibt eine Behörde, die sich damit beschäftigt. Sie können natürlich die Unabhängigkeit all dieser Behörden und Institute anzweifeln. Sie können natürlich ebenfalls anzweifeln, dass die GRÜNEN ein Interesse daran haben, eine klimaverträgliche Lösung zu finden. Nur, irgendwann ist das komisch und absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn ich die Frage jetzt nicht beantwortet habe, dann stellen Sie sie bitte noch einmal. Dann kann ich es vielleicht noch einmal versuchen; ich habe Sie nicht in Gänze verstanden.

(Cansu Özdemir DIE LINKE: Du erinnerst dich bestimmt noch daran!)

Aber vor dem Hintergrund, dass wir jetzt sechs Alternativszenarien vorgelegt haben, ist es eben auch nicht so einfach, wie wir es uns wünschen. Ich würde das Fernwärmenetz auch gern mit der kompletten Aurubis-Abwärme speisen, aber das ist eben nicht so einfach möglich. Wir versuchen das jetzt, um weitere Potenziale für erneuerbare Wärme anzureichern, die Stadtreinigung mit ins Spiel zu bringen, um den Anteil der erneuerbaren Wärme zu steigern. Klar ist schon jetzt, dass das Großkraftwerk Wedel nicht mit einem Großkraftwerk erneuert wird, was, glaube ich, eine gute Nachricht ist, aber gleichzeitig auch eine Nachricht, die unabdingbar ist bei dem aktuellen Energiewirtschaftsmarkt. Deswegen versuchen wir in dieser komplexen Situation, vernünftig aufbereitete Szenarien zur Entscheidung vorzulegen. Dafür sollte man sich ein bisschen Zeit lassen, denn schließlich treffen wir Entscheidungen für 40 Jahre. Diese 40 Jahre sollen dann vernünftig sein, und zwar auch vernünftig in einem klimaverträglichen Sinn. Ich glaube, dann sind wir gut unterwegs.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der letzte Punkt betrifft die Frage der sozialen Verträglichkeit. Es ist meiner Meinung nach nicht sinnvoll, davon auszugehen, dass die Strompreise in Hamburg sinken werden, weil die Stadt das Strom-

netz gekauft hat. Aber man muss, da hat Herr Gamm durchaus recht, in diesem Dreieck natürlich auch immer die Preisstabilität mitdenken. Das bedeutet, dass, wenn man über klimaverträgliche Lösungen nachdenkt, diese auch preisstabil sein müssen, insbesondere für an Fernwärme angeschlossene Mieterinnen und Mieter; das versteht sich von selbst. Vor dem Hintergrund kann man noch die Sozialverträglichkeit nach innen beleuchten. Es stellt sich nämlich die Frage, wie man mit den Beschäftigten umgeht. Auch da kann ich zur Kenntnis nehmen, dass bei Stromnetz Hamburg eher ein moderater Stellenaufbau stattgefunden hat. Insofern kann man trotz einiger Befürchtungen auf Betriebsratsebene Entwarnung geben. Deswegen sind wir im Großen und Ganzen auf einem guten Weg. Aber man muss auch sagen, dass insbesondere bezüglich der Wedel-Nachfolgeentscheidung noch ein großer Berg Arbeit vor uns liegt, den wir gemeinsam produktiv angehen müssen, schließlich wollen wir alle nicht, dass Hamburgs Westen am Ende des Tages kalt bleibt. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Tjarks. – Das Wort hat Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Sehr geehrter Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Tjarks, solche Reden hält man, wenn man die Große Anfrage gar nicht gelesen hat. Ich habe den Eindruck, dass die Debatte, die Herr Jersch angezettelt hat, insbesondere die Frage nach der Option des Kraftwerks Moorburg und des Anschlusses an das Fernwärmenetz, im Wesentlichen Vergangenheitsbewältigung ist, ich sage mal, im Pingpong-Verfahren zwischen der LINKEN und der GRÜNEN Fraktion. Das Kraftwerk steht; ich bin kürzlich dort gewesen und konnte mich davon überzeugen. Auch Wedel steht noch, das Sie, Herr Tjarks, eigentlich längst abgeschaltet haben wollten.

(Zuruf)

– Das ist kein Witz auf unsere Kosten, sondern einer auf Ihre, ehrlich gesagt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie wissen ja auch, wie das Verfahren ist, Herr Kruse!)

Also das Kraftwerk steht da; das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Ich möchte nicht alles wiederholen, was Herr Gamm gesagt hat, denn seine Reden sind analytisch wirklich exzellent. Wenn man jetzt einmal davon ausgeht, dass es da steht, dann wäre es eigentlich sinnvoll und würde den Effizienzgrad des Kraftwerks anheben, wenn es an das Fernwärmenetz angeschlossen werden würde. Auch das hat etwas damit zu tun, Ressourcen zu

(Michael Kruse)

sparen. Die Ressourcen werden verwendet, sie können den Effizienzgrad steigern. Sie machen Vergangenheitsbewältigung auf Kosten derjenigen, die die Fernwärme und auch den Strom günstiger haben könnten. Das ist nicht fair und auch nicht sozialverträglich.

(Beifall bei der FDP und bei *Birgit Stöver CDU* – *Dr. Monika Schaal SPD*: Solche Reden hält man, wenn man die Anfrage nicht gelesen hat! – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tjarks?

Michael Kruse FDP: Sehr gern.

Zwischenfrage von Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Kruse, ich hatte mich gemeldet, als Sie beim Kohlekraftwerk in Wedel waren. Wie steht denn die FDP dazu? Sollen wir ein weiteres Großkraftwerk in Wedel bauen oder wie hätten Sie es gern?

Michael Kruse FDP (fortfahrend): Wir sind gerade bei der Fernwärme gewesen. Es ist nett, dass Sie jetzt auf einen anderen Punkt eingehen. Sie haben eine sehr lange Rede gehalten, bei der es nicht um den Punkt ging. Unser Punkt ist folgender: Schließen Sie das Kraftwerk, das in Betrieb ist und Wärme in die Elbe einleitet, ans Fernwärmenetz an – dass sehr viel Wärme in die Elbe eingeleitet wird, können Sie nicht ernsthaft wollen –, dann haben Sie sowohl den Fluss ein bisschen entlastet, denn wir haben da ein Temperaturproblem im Sommer, als auch eine Effizienzsteigerung herbeigeführt. Um dieses Thema geht es. Danke, dass ich das jetzt noch einmal wiederholen konnte.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Monika Schaal SPD*: So redet man, wenn man die Anfrage nicht gelesen hat!)

Das ist der erste Punkt. Zum zweiten Punkt, den mantramäßig vorgetragenen Argumenten, die sowohl von links als auch grün zur Fragestellung kamen, ob das Netz denn eigentlich eine Cashcow sei: Dazu kann man mittlerweile sehr klar sagen, nein. Sie setzen zwar den Volksentscheid um, Frau Schaal, aber es stellt sich die Frage, ob Sie ihn denn auch gut umsetzen. Was müsste das Stromnetz abwerfen, damit wir den Rückkauf 30 Jahre lang mit jährlich 30 Millionen Euro finanzieren können? Das ist der Preis, den wir reinholen müssen. Sie wissen hoffentlich so gut wie ich, dass wir das mitnichten reinholen. In der Vorschau des Haushaltsplans Ihres Senats ist sogar ein Verlust vorgesehen, eine negative Gewinnabführung in Höhe von 6,7 Millionen Euro an die HGV im Jahr 2018.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Sie wissen es ganz, ganz genau!)

Wir machen also Verlust nach Zins und Tilgung; das ist das Gegenteil von einer Cashcow. Wir werden unter Umständen sogar noch Geld zuführen müssen, das ist die Realität.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Das ist dann logisch, was Sie da machen!)

Sie haben mit Ihrer Demagogie aus den Jahren vor dem Netzzrückkauf – da sind Sie als SPD gar nicht angesprochen; ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt so ärgern – die Wähler in Hamburg hinter die Fichte geführt. Das muss einmal festgehalten werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben falsche Versprechungen abgegeben. Ja, ich weiß warum, Frau Schaal. Ich habe es gestern im Ausschuss angesprochen. Ich habe gefragt, wie es sein kann, dass darin ein negativer Betrag steht, wie es sein kann, dass wir auch noch Verluste ausgleichen müssen. Und die Antwort war, es gebe eine Umstellung bei den Berechnungen zu den Pensionslasten. Genau, die Pensionslasten sind für dieses Unternehmen ein sehr großes Thema.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Für andere nicht!)

Der Effekt, den wir dort haben, ist allerdings der gleiche Effekt, mit dem Sie beim Rückkauf der Energienetze argumentiert haben. Sie haben gesagt, man könne das sehr günstig finanzieren, weil die Zinsen so niedrig sind. Ja, die Zinsen sind niedrig, aber weil die Zinsen niedrig sind, müssen wir immer mehr Geld für die Pensionslasten, die bei den Unternehmen und den Vorgängerunternehmen aufgelaufen sind, zurücklegen. Somit ist das ein Effekt, der sich komplett aufholt und im Ergebnis für das Jahr 2018 gibt es eine negative Zuführung. Das kann wohl allen Ernstes nicht das sein, was Sie uns versprochen haben, nämlich 30 Jahre lang 30 Millionen Euro an Einnahmen. Stattdessen haben wir einen Verlust im Haushalt. Das ist nicht das, was Sie uns versprochen haben, das muss einmal sehr deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Was hat Netzaktivist Kerstan im Jahr 2011 erzählt? Ich habe mir die Reden aus der Zeit noch einmal angesehen; das war richtig unterhaltsam. Er sagte unter anderem im Jahr 2011 – ich zitiere –:

"Die Regulierungsbehörde garantiert eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals."

Diese Aussage ist schlicht falsch, es sei denn, Sie begreifen eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals so, dass es auch eine negative Verzinsung sein kann. Das ist aber nicht das, was Sie gemeint haben. Nein, Sie haben fette Gewinne versprochen. Diese fetten Gewinne wird es nicht geben. Das hat Frau Bödeker-Schoemann gestern im

(Michael Kruse)

Ausschuss übrigens auch eingeräumt und sie ist, glaube ich, nicht verdächtig, eine Liberale zu sein. Ich glaube, sie ist woanders zuzuordnen. Das wissen Sie auch.

Dann kommen wir zum Aspekt der Transparenz, der mir ein bisschen zu kurz gekommen ist. Wie steht es denn um die Transparenz? Die Erfolgsplanungen für das Stromnetz liegen immer noch nicht vor. Herr Kerstan, Sie wollten sie zu den Haushaltsberatungen vorlegen. Dann wollten Sie sie zur ersten Lesung vorlegen. Ich glaube, die erste Lesung hat letzte Woche im Haushaltsausschuss stattgefunden. Was es nicht gab, ist die Erfolgsplanung für das Stromnetz. Wir kennen also immer noch nicht die Rahmendaten und wenn Sie Herrn Jersch, den ich fast schon in Schutz nehmen muss, vorwerfen, dass er über ungelegte Eier spricht, dann kann ich nur sagen, legen Sie das Ei endlich.

(Dr. Monika Schaal SPD: Gucken Sie doch in den Geschäftsbericht rein!)

– Nein, das steht nicht im Geschäftsbericht.

Sie hatten eine Menge Zeit und es ist auch Ihre Pflicht, es zu tun. Ich kann nur feststellen, dass die Heißdüse dieses Senats den Prozess der Transparenz, den er selbst immer eingefordert hat, behindert statt beschleunigt. Wir müssen handeln, statt darüber zu quatschen. Deswegen brauchen wir keine Überweisung dieser in der Tat inhaltlich interessanten Anfrage, sondern einen Senat, der endlich aus dem Knick kommt und einmal sagt, was er in diesem Bereich machen möchte. Probleme hat er genug produziert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei Dr. Joachim Körner AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kruse. – Das Wort hat Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Rückkauf der Energienetze wurde vom Hamburger Volk gewünscht. Der Senat setzt diesen Volkswillen nun Stück für Stück um. In einer 34 Seiten umfassenden Großen Anfrage geht der Senat ausnahmsweise einmal nicht lieblos ausgiebig auf die Fragen ein. Die Debatte, die hier stattgefunden hat, hätte ich mir eigentlich im Ausschuss gewünscht. Ich habe gehört, eine Überweisung werde nicht gewünscht; das ist schade. Eines ist klar: Hamburg benötigt über den Rückkauf der Netze hinaus eine zukunftsfähige Strom- und Wärmeversorgung und ein bezahlbares Gesamtkonzept, das frei von ideologischen Denkmustern und Vorbedingungen ist und natürlich dem Volkswillen entsprechen sollte. Wir würden einer Überweisung zustimmen. Schade, dass das nicht mehr sein soll. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Herr Jersch von der Links-Fraktion hat nun das Wort.

Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal das Thema Energie bewegen und hoffe auch, dass der Senat sich an dieser Stelle bewegen wird. Frau Dr. Schaal, Ihre Bemerkungen zur Zukunft der Fernwärme in Hamburg haben mich etwas irritiert. Woher nehmen Sie eigentlich diese diversen Rahmenparameter dessen, was wir und sicherlich sehr viele in Hamburg wollen? 100 Prozent erneuerbare Energien ist das Ziel, aber das wird nicht von heute auf morgen gehen. Das beste dieser sechs Szenarien erreicht mit Rechenricks gerade einmal 42 Prozent und das ist zu wenig.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Monika Schaal SPD: Sehen Sie einmal, wo die Probleme sind!)

Wir stehen deutlich weiter unten, nur, lieber Kollege Tjarks, da ist eine Menge mehr drin. Es gibt die Vorschläge und nach wie vor sagen wir, dass es zu intransparent ist. Wir brauchen eine unabhängige Beurteilung dieser Daten. Es kann nicht sein, dass sich die Behörde und alle anderen, die im Senat etwas zu sagen haben, ständig auf die von Vattenfall vorgelegten Zahlen hinsichtlich der Erächtigung der Netzanbindung an den Hamburger Westen zurückziehen. Das bedarf wirklich einer besseren Kontrolle. Wenn darauf verwiesen wird, dass auch die zurückgekauften Energienetze hier im Hause kontrolliert werden, dann würde ich das mit einem gewissen Schmunzeln entgegennehmen. Wir wissen genau, wie die personelle Situation ist, wie viele öffentliche Unternehmen es gibt und wie die Kontrolle wirklich aussieht. Da ist ein Steuerprüfer wahrscheinlich öfter bei den Unternehmen und davon sollte man sich nicht viel versprechen. Aber ich denke, wir werden das Thema weiterbewegen. Keiner darf sich gemütlich auf diesem Votum ausruhen und Hamburg wird in den Energien erneuerbar werden. Dafür werden wir und die Bevölkerung sorgen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Jersch. – Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 21/5758 an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 21/5758 Kenntnis genommen hat.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 32 auf, Drucksache 21/6147, Antrag der FDP-Fraktion: Hamburger Innenstadt stärken und Überseequartier anbinden.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburger Innenstadt stärken und Überseequartier anbinden
– Drs 21/6147 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Innenstadtkonzept als städtebauliche Kompensationsmaßnahme zur Entwicklung des Überseequartiers zügig umsetzen
– Drs 21/6302 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und GRÜNEN:
Hamburger Sonntagsfrieden bleibt erhalten
– Drs 21/6325 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 21/6302 ein Antrag der CDU-Fraktion und als Drucksache 21/6325 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor. Die Fraktionen der SPD, GRÜNEN, LINKEN, AfD und FDP möchten die Drucksache 21/6147 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Zur Drucksache 21/6302 liegen die Anträge der Fraktionen der CDU, LINKEN und FDP auf Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Meyer von der FDP-Fraktion, bitte schön.

Jens Meyer FDP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Innenstadtkonzept 2014 hat der damalige SPD-Senat die wesentlichen strategischen Leitlinien für die Entwicklung der Innenstadt zu einem gemischten Quartier aus Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistungen und Kultur dargestellt. Seitdem hat sich die Welt allerdings weitergedreht, sodass nun dringende Anpassungen und Ergänzungen erforderlich sind. Die bestehende Innenstadt wird durch das Überseequartier in ihren Einzelhandelsflächen um circa 68 000 Quadratmeter erweitert. Das ist für Hamburg eine einmalige Chance, bei der sich niemand strukturelle Fehler leisten darf. Die Planungen des südlichen Überseequartiers mit seiner erheblichen Einzelhandelsfläche konkretisieren sich zunehmend, versetzen allerdings Gewerbetreibende in der Innenstadt mittlerweile in Angst und Schrecken. Die Bulwiengesa-Studie, die im Auftrag der Interessengemeinschaft Innenstadt im März veröffentlicht wurde, hat erhebliche negative Aus-

wirkungen für die Hamburger Innenstadt prognostiziert. Diese drohen aus unserer Sicht allerdings nur, wenn nicht jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Die richtige Weichenstellung aber erfordert eine solide Planung, an der es bislang mangelt. Wir fordern Ihren rot-grünen Senat deshalb auf, nun endlich das Innenstadtkonzept an die Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte anzupassen und die Entwicklungsziele zu präzisieren. Ziel muss es sein, das bestehende Innenstadtquartier weiterzuentwickeln, anstatt ein zweites autarkes Quartier in der HafenCity zu riskieren.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Jens Wolf* CDU)

Nur so können Synergien genutzt werden und nachhaltig stabile Struktur entstehen. Dabei müssen zum Beispiel Fuß- und Radwegeverbindungen und öffentliche Plätze zwischen alter und neuer City aufgewertet, attraktive und öffentlichkeitswirksame Nutzungen in den Erdgeschosszonen angesiedelt und ganzheitliche Gestaltungs- und Marketingkonzepte erdacht werden. Als elementar dürften sich die Querungsmöglichkeiten der Willy-Brandt-Straße erweisen, die momentan beide Quartiere voneinander trennt. Hier sind Ideen gefordert, die weit über Lichtsignalanlagen mit schwulen Ampelmännchen hinausgehen und sich intensiv mit baulichen, infrastrukturellen, aber auch haushalterischen Möglichkeiten befassen. Auch das stetig reduzierte Stellplatzangebot im öffentlichen Raum, liebe SPD, bleibt in Zeiten elektromobiler Fortbewegung eine Fehlentwicklung, die Sie trotz Ihres grünen Anbaus dringend korrigieren sollten.

(Beifall bei der FDP)

Auch Elektrofahrzeuge haben nun einmal einen Platzbedarf, der auch in Zukunft nicht, und das hat etwas mit Lebenswirklichkeit zu tun, 1:1 in Tiefgaragen untergebracht werden kann.

Ein anderes Thema ist die Sonntagsöffnung, die ohnehin grundlegend neu zu organisieren und vor allem zu flexibilisieren ist. Gerade in der Innenstadt und in Verbindung mit der HafenCity sind auch im Hinblick auf den Kreuzfahrttourismus Regelungen gefragt, die der Nachfrage und nicht irgendwelchen verstaubten Paragrafen dienen. Warum dürfen die Bezirke nicht selbst entscheiden, wann bei ihnen geöffnet werden darf? Gerade für den Bezirk Mitte und damit für die Innenstadt wäre es doch wichtig, eigene Schwerpunkte setzen zu dürfen, damit City und Überseequartier gleichermaßen davon profitieren können.

(Beifall bei der FDP)

Und zu guter Letzt beziehen Sie bei der Überarbeitung des Innenstadtkonzepts bitte die wichtigen Akteure – Kammern, Händler, Verbände, aber auch Anwohner und andere Lokalakteure – mit ein, denn sie sind es, die im städtebaulichen Rahmen

(Jens Meyer)

am Ende die Qualität unserer Innenstadt gestalten. Ich betone es noch einmal: Die Weiterentwicklung der Hamburger Innenstadt bis in die HafenCity ist eine Chance. Nutzen wir diese und sprechen im Stadtentwicklungsausschuss weiterhin über die Zukunft unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Meyer. – Das Wort hat Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion.

Dirk Kienscherf SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Meyer, wir überweisen das Ganze. Wir wollen es dort auch beraten, aber es hat mich jetzt ein wenig entsetzt, dass man Ihrer Rede entnehmen konnte und auch muss, dass Sie das Innenstadtkonzept gar nicht richtig gelesen haben.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Stimmt!)

Sie erzählen jetzt, man brauche ein neues Innenstadtkonzept, denn da kommt irgendwie die HafenCity um die Ecke, die auch noch ein Überseequartier hat, und das alles müsse endlich weiterentwickelt werden. In den ersten zwei Absätzen des Innenstadtkonzepts 2014 steht genau, warum das aufgestellt wird. Es wird aufgestellt, weil die Innenstadt durch die HafenCity um 47 Prozent wachsen wird und weil es ein Überseequartier geben wird, das zu einem deutlichen Mehr an Einzelhandelsflächen führen wird. Das Innenstadtkonzept ist doch nur wegen der HafenCity 2014 gemacht worden, das müssen Sie doch verstehen; aber Sie haben es nicht gelesen. Wir haben dieses Innenstadtkonzept gemacht, weil wir gemeinsam eine einheitliche Innenstadt mit der HafenCity entwickeln werden. Das muss man doch einmal klarstellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

Wenn Sie dann fordern, man müsse das jetzt berücksichtigen, sage ich, nein, das alles ist berücksichtigt. Das macht mich ein bisschen ärgerlich. Ärgerlich macht es mich auch, wenn Sie zum Schluss sagen, wir sollten das doch bitte einmal gemeinsam mit allen Beteiligten entwickeln. Lieber Herr Meyer, schauen Sie doch einfach bitte einmal ins Konzept. Sie haben nicht nur vier oder sechs Seiten zu lesen, sondern der Drucksache sind viele Seiten beigefügt, die Ihnen seit Jahren vorliegen. Darin steht unter anderem, dass es einen Bürgerdialog gab, dass es acht Werkstätten gab. Man hat zweieinhalb Jahre lang mit Anwohnern diskutiert. Darin steht auch, das wird Frau Sudmann vielleicht nachher noch einmal sagen, Sie sind ja immer mehr für den kritischen Part zuständig,

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Na, danke schön!

dass es viele Anregungen auch von den Anwohnern gab, dass es auch Kritik gab, dass nachgebessert worden ist. Also so viel Bürgerbeteiligung gab es in Ihrer Partei wahrscheinlich noch nie. Wir haben sie ermöglicht, die gibt es und die wird es auch weiterhin geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit sind schon einmal vier Fünftel Ihrer Rede erledigt. Jetzt wollen wir zum eigentlichen Kern des Ganzen kommen. Darüber wollen wir mit Ihnen im Ausschuss diskutieren, denn es ist in der Tat eine spannende Frage und dazu dient das Innenstadtkonzept. Wie können wir es schaffen, die Innenstadt mit der Erweiterung durch die HafenCity als solche und als Ganzes zu verstehen? Wir sagen ja nicht nur, es komme nur ein weiterer Stadtteil hinzu, sondern wir sagen, die HafenCity führe dazu, dass sich die Innenstadt vergrößern wird. Wie schaffen wir diese Integration? Wichtig ist vor allen Dingen erst einmal – das hat zum Beispiel die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" im Januar 2015 ausgeführt –, dass Hamburg jetzt die Chance bekommt, das zweite Großprojekt in der HafenCity zu einem glücklichen Ende zu führen, dass wir es endlich schaffen, dieses Loch neben der Elbphilharmonie zu füllen, und zwar auch inhaltlich, und dass wir es schaffen, dort etwas entstehen zu lassen, das nicht nur für die HafenCity, nicht nur für das nördliche Überseequartier überlebenswichtig ist, sondern insgesamt dazu führen wird, die Hamburger Innenstadt weiter voranzubringen. Das müssen wir alle gemeinsam bewegen und dieser Verantwortung stellen wir uns auch.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wird es in der Tat darum gehen, wie Hemmschwellen überwunden werden können. Sie haben die Willy-Brandt-Straße genannt, ich nenne darüber hinaus die Steinstraße und die Hafenrandstraße. Den Zollkanal wollen wir aber nicht einfach zuschütten, wir werden auch nicht Teile der Speicherstadt abreißen, die natürlich auch einen Riegel darstellt. Über all das wollen und werden wir diskutieren. Ich kann verstehen, dass Sie beim Trägerverband Innenstadt jetzt so ein bisschen gut Wetter machen wollen und ein bisschen vom Handelskammerpapier abgeschrieben haben.

(*Michael Kruse FDP:* Nein, das waren Sie!)

Natürlich haben die Angst vor mehr Konkurrenz. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass wir Sozialdemokraten

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Demokratinnen!)

– und Sozialdemokratinnen, liebe Frau Sudmann – kein Problem damit haben, wenn an der Mönckebergstraße für 600 Quadratmeter Einzelhandelsflächen 130 000 Euro Miete pro Monat gezahlt werden und ein Grundeigentümer sagt, er könne sich

(Dirk Kienscherf)

vorstellen, dass er in zwei Jahren vielleicht nur noch 100 000 Euro dafür bekommt, und damit habe er ein großes Problem. Wir haben eher damit ein Problem, dass in den letzten Jahren in der Hamburger Innenstadt angestammte Geschäfte vertrieben worden sind, siehe die Entwicklung am Neuen Wall oder an den Große Bleichen und der Spitalerstraße. Wir alle tun gut daran, bezahlbare Einzelhandelsflächen zu schaffen, wie es jetzt zum Teil geschieht. Dazu kann letztendlich auch das Überseequartier dienen. Die Gutachten sagen, es könne zu einzelnen Nachfragerückgängen kommen, aber letztendlich das Geschäft auch beleben. Unser Ziel muss doch sein, nicht hohe Ladenmieten, sondern einen anständigen Mietenmix zu realisieren, und dazu kann auch mehr Konkurrenz dienen. Deswegen sagen wir, dass wir das Überseequartier als Chance begreifen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat, finde ich, sehr gut daran getan, dass sie letztendlich mit den Beteiligten, auch mit dem Trägerverband den Arbeitskreis Innenstadt ins Leben gerufen hat. Dort wird darüber diskutiert, wie man den öffentlichen Raum neu gestalten kann. Ich glaube, das Thema BID Nikolaifleet bringt uns da ein großes Stück weiter. Auch die Bereiche am Gänsemarkt, aber auch, die neue Ordnung der City-Hof-Flächen, wo wir ja durchaus im Zusammenhang mit dem Wettbewerb neue Möglichkeiten für die Entwicklung des Kontorhausviertels haben, bieten erste Chancen.

Was wir für die Innenstadt insgesamt brauchen, ist ein stärkeres Zusammenwirken zwischen Hamburg Marketing und dem Trägerverband, wenn es um das Thema Darstellung und Positionierung der Hamburger Innenstadt geht. Da ist man auf einem guten Weg, da gibt es Kooperation, das soll vorangetrieben werden. Auch hier zeigt sich, dass wir das Überseequartier, die HafenCity und die Innenstadt nicht als zwei getrennte Bereiche betrachten müssen, sondern beides zusammenführen müssen. Dann kann eigentlich das, was alle in diesem Innenstadtkonzept zugrunde gelegt haben, letztendlich funktionieren. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen im Ausschuss darüber diskutieren, wie wir die Hamburger Innenstadt insgesamt attraktiver machen, wie wir lebendige Einkaufsstandorte, aber auch attraktive Plätze für alle Menschen in dieser Stadt schaffen und Hamburg damit insgesamt stärken. Herr Meyer, ich hoffe, dass Sie bis dahin dann auch die Drucksache gelesen haben. Ich glaube, es ist einfach von Vorteil für die HafenCity, aber auch für die Innenstadt insgesamt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Phylliss Demirel* GRÜNE)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kienscherf. – Das Wort hat Herr Erkalp von der CDU-Fraktion.

David Erkalp CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vom Senat initiierten Innenstadtkonzept haben sich die SPD und GRÜNEN im Koalitionsvertrag auf eine Vielzahl städtebaulicher Maßnahmen verständigt, die mit Blick auf die Auslegungen des geplanten Überseequartiers auf die gewachsene Innenstadt umgesetzt werden sollen. Hierbei ist der Großinvestor Unibail-Rodamco mit der Errichtung des südlichen Überseequartiers mit seinem 70 000-Quadratmeter-Megaeinkaufszentrum in der HafenCity beauftragt worden. Wir als CDU respektieren dieses Projekt und erkennen es als Gewinn für den Wirtschaftsstandort Hamburg an. Insbesondere Hamburg als Einzelhandelsstandort wird insgesamt attraktiver.

Die Stadt ihrerseits investiert ebenfalls viele Millionen Euro in Bauten und Infrastruktur, sodass am Ende dieses Quartier, aber auch der gesamte Stadtteil HafenCity auf allen Ebenen das höchste Niveau erreicht. Wir sehen aber im selben Augenblick eine Notwendigkeit, die Fahnen für die Kerncity noch einmal hochzuhalten. Die gewachsene Innenstadt mit ihren rund 1 000 Einzelhändlern und Kaufleuten ist ein Identifikationsort für Hamburg, ja sogar für die gesamte Metropolregion Hamburg. Diese gilt es im Wettbewerb zu stärken und weiterzuentwickeln. Die meisten Touristen haben das Bild der Innenstadt im Kopf, wenn sie von Hamburg schwärmen. Doch seit Bekanntwerden der Vergrößerung des Einkaufszentrums – ursprünglich waren es 40 000 Quadratmeter – in der HafenCity sind die Einzelhändler und Kaufleute noch mehr besorgt, dass man sie in der alten City vergessen hat. Auf der einen Seite wird sehr viel Geld investiert und neu gebaut und auf der anderen Seite, also in der Innenstadt, wenig beziehungsweise nicht das, was man als attraktiv empfindet und dessen Mehrwert man sofort spürt. In Gesprächen mit Einzelhändlern höre ich oft, dass in der HafenCity ein riesiges Zentrum entsteht, das eine große Konkurrenz zur Innenstadt darstellen soll. Hier werden viele Kunden von der Innenstadt weggezogen, so die Meinung der Einzelhändler. Nur zur Information: die Europa Passage hat rund 30 000 Quadratmeter und wir reden jetzt über rund 70 000 Quadratmeter, die an Gewerbeflächen, Einzelhandelsflächen neu hinzukommen. Man kann schon nachvollziehen, wenn Einzelhändler sich Sorgen um ihre Umsätze machen. So einfach würde ich es nicht sehen, Herr Kienscherf, dass es dazu passt; das ist wirklich sehr groß.

Dem Einzelhandel muss schnellstens die Angst genommen werden, um die Innenstadt mit dem Überseequartier und der gesamten HafenCity zu einer City zu verbinden. Mit dem Innenstadtkon-

(David Erkalp)

zept hat der rot-grüne Senat sich im Koalitionsvertrag auf städtebauliche Maßnahmen verständigt. Dazu heißt es – ich zitiere –:

"Das Überseequartier wird gebaut. Der Senat wird wegen der neuen Einzelhandelsflächen die Gesamtentwicklung von City und HafenCity im Blick behalten. So sind zum Beispiel die Wegeverbindungen zwischen City und HafenCity aufzuwerten."

Des Weiteren werden Straßen und Quartiere aufgezählt, die man anpacken, verknüpfen und aufwerten möchte, zum Beispiel die Spitalerstraße, Mönckebergstraße, Gerhart-Hauptmann-Platz, Georgsplatz, Kontorhausviertel, Burchardplatz, Gertrudenkirche und so weiter und so weiter, um nur einige zu nennen. Das hört sich zuerst einmal gut an, doch die Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, Drucksache 21/5739, hat mich dann doch etwas nachdenklich gestimmt. Der Senat räumt nämlich ein, dass der Umsetzungsstand der städtebaulichen Maßnahmen sich immer noch in der Planungsphase befindet und sich lediglich auf das Erstellen von Konzept oder Positionspapieren beschränkt. Also hier ist nicht so viel passiert. Es gibt weder einen festen Zeitplan noch einen Finanzierungsplan, der auf eine zeitnahe Umsetzung schließen lässt.

Wir fordern deshalb eine zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zum Innenstadtkonzept sowie einen konkreten Zeit- und Finanzierungsplan von der Behörde für Stadtentwicklung. Weiterhin begrüßen wir den von der Handelskammer vorgeschlagenen Forderungskatalog mit dem Namen "Eckpunkte für die erfolgreiche Entwicklung des Überseequartiers als Baustein der Hamburger Innenstadt" und die darin vorgeschlagenen Maßnahmen anzuerkennen, zu prüfen und gemeinsam mit Einzelhandel, Kaufmannschaft und Grundeigentümern einen Weg zu wählen, der die Innenstadt und die HafenCity zufriedenstellt und sie irgendwann zu einer gemeinsamen City verschmelzen lässt.

Bei den verkaufsoffenen Sonntagen unterstützen wir gerade den Sonntagsfrieden. Wir sind dagegen, dass an mehr als vier Sonntagen im Jahr verkauft werden darf, aber einer Flexibilisierung unter Berücksichtigung von Bezirkswünschen können wir klar zustimmen. Wir haben diesen Vorschlag schon einmal unterbreitet. Wir wären dafür, dass die Bezirke zumindest einmal im Jahr einen Termin auswählen können, an dem sie ihren eigenen Sonntag haben – denn es gibt oftmals Jubiläen, Feiern und sonstige Gegebenheiten –, an dem jeder Bezirk auch einmal unabhängig von den anderen Bezirken einen verkaufsoffenen Sonntag machen möchte. Ich denke, das sollten wir schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Erkalp. – Das Wort hat Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Meyer, würden Sie beim Wettbewerb der Kassandrarufer mitmachen, könnten Sie ganz vorn liegen, denn das, was Sie an Schreckensnachrichten für die Zukunft der Innenstadt verbreiten, zwei autarke Quartiere würden riskiert und Ähnliches, entbehrt jeder Grundlage. Wenn Sie das Innenstadtkonzept einmal gelesen haben, werden Sie feststellen, dass genau das Gegenteil drinsteht. In der Sitzung im Stadtentwicklungsausschuss habe ich 2014, als wir noch in der Opposition waren, gelobt, dass Verbindungsachsen zwischen der alten Innenstadt und dem Überseequartier an mehreren Stellen entwickelt werden sollen. Hierzu sind natürlich auch schon bestimmte Überlegungen angestellt worden. Es geht los an der Seite Johanniswall/Klosterwall, geht dann weiter zur Schmiedestraße und hinunter bis zur Speicherstadt und noch an zwei weiteren Stellen. Der Eindruck, den Sie erwecken, entspricht nicht den Tatsachen.

Auch als wir darüber 2014 im Stadtentwicklungsausschuss diskutierten, haben Sie nicht den Kern dessen aufgenommen, was das Innenstadtkonzept vorhat, sondern Sie beziehungsweise Ihr Vorgänger haben sich darüber Gedanken gemacht, wie es mit den Bezirkszentren sei, aber nicht darüber, wie die Innenstadt zusammenwachsen kann und als gemeinsames Zentrum die Attraktivität Hamburgs erhöht.

Immerhin haben Sie jetzt im Fokus, was die Innenstadtentwicklung betrifft. Insofern bin ich froh, wenn wir das im Ausschuss weiter diskutieren. Vielleicht haben Sie dann auch einige bessere Erkenntnisse als bisher und sehen, dass wir durchaus in die richtige Richtung gehen und die richtigen Dinge vorantreiben.

Herr Erkalp von der CDU möchte ich sagen, dass Sie das, was Sie hier einbrachten, sich auch schon 2014 hauptsächlich auf das Thema der steigenden Mieten in der Innenstadt bezog. Sie sind bekanntermaßen nicht der Mietenbremser, aber man muss klar sagen – da stimme ich Herrn Kienscherf zu –, dass man Fläche bereitstellen muss, wenn man Mieten senken will. Das gilt im Wohnungsbau, wenn man die Mieten in den Griff bekommen will, und das gilt auch im gewerblichen Bereich. Deswegen ist es richtig, das neue Überseequartier im Süden zu integrieren und nicht der Mietenexplosion das Wort zu reden. Das ist nicht der richtige Weg. An beides muss gedacht werden und die Fläche muss sich entsprechend entwickeln können.

Ich möchte noch auf den Antrag der CDU eingehen. Im Prinzip steht nicht viel drin. Es steht drin, die Planungen sollten schneller laufen, es müsse

(Olaf Duge)

jetzt endlich etwas gemacht werden, und es steht noch etwas von den Handelskammern drin. Das ist eigentlich ein Antrag, über den ich sagen kann, die CDU wollte sich einmal melden und sagen, sie sei schließlich auch noch da. Mit ökonomischem Sachverstand und stadtentwicklungspolitischen Kenntnissen ist dieser Antrag nicht gerade besonders bestückt. Im Gegenteil, er ist eher kümmerlich. Wenn ich dann sehe, dass Sie nicht beachten, dass gerade die Planungsphasen, die wir sehr intensiv – Herr Kienscherf hat das ausgeführt – auch mit den Bürgerbeteiligungen vornehmen, führen, wichtig sind, damit sich das im Weiteren gut und richtig entwickelt, dann werden wir an bestimmten Punkten bestimmte Entwicklungen wie beispielsweise am Klosterwall/Johanniswall oder am Großen Burstah haben. Dann geht es noch um das Allianz-Gebäude, dessen Entwicklung wir abwarten müssen. Insofern kann man nicht sagen, jetzt wolle man zuerst einmal anfangen, jetzt müsse man zuerst einmal etwas sehen. Das ist blinder Aktionismus, das bringt uns und gerade die Innenstadt nicht voran.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe CDU, da haben Sie es sich ein bisschen zu einfach gemacht. Einen solchen Antrag kann man doch nicht wirklich ernsthaft weiter debattieren. Dann beziehen Sie sich auch noch auf die Maßnahmen der Handelskammer und sagen, wir sollten pauschal die Maßnahmen der Handelskammer anerkennen. Ich bitte Sie: Wir haben 2014 ein Innenstadtkonzept vorgelegt und in der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen und mit einem Mal sagen Sie, jetzt machen wir einmal etwas ganz anderes. So geht das nun wirklich nicht. Da müssen Sie noch ein bisschen nacharbeiten, um etwas seriöser und glaubwürdiger rüberzukommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Duge. – Das Wort hat Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Die Frage, wie sich die Innenstadt entwickelt, bewegt uns in der Stadtplanung schon sehr lange, auch schon, bevor das Überseequartier überhaupt diskutiert wurde. Ich kann mir vorstellen, dass wir sehr unterschiedliche Vorstellungen haben, auch wenn jetzt einiges identisch klingt. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie eine Innenstadt gut finden, in der Sie die gleichen Läden wie in jeder Innenstadt vorfinden, eine Innenstadt, die quasi verwechselbar ist, in der Sie heute nicht wissen, ob Sie in Hamburg oder in München oder sonst wo sind, einmal abgesehen von der Sprache. Von daher ist es sehr gut, diese Diskussion zu führen. Herr Meyer, vieles von dem, was in Ihrem Antrag steht, kam mir sehr bekannt vor. Es gibt viele Papiere, in denen das bereits

steht und worüber wir gemeinsam in der Senatskommission für Stadtentwicklung diskutiert haben. Es gibt Etwas zu klären. Was ist Ihr neuer Ansatz und was davon haben wir bereits erfüllt? Das sollten wir im Stadtentwicklungsausschuss diskutieren.

Was mich an Ihrem Antrag am meisten stört, ist, dass er ein Deckmantel ist. Er ist ein Deckmantel dafür, was in Ihrem Antrag unter Nummer 4 und 5 steht. Das ist gar nicht so richtig deutlich geworden. Es geht Ihnen darum, dass Sie die Sonntagsöffnungszeiten in allen Bezirken flexibilisieren wollen. Was das mit der Innenstadt und mit dem Überseequartier zu tun hat, ist wahrscheinlich eher Ihr Geheimnis.

(Dirk Kienscherf SPD: Deshalb haben wir ja unseren Antrag!)

– Bitte?

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

– Ich rede über die FDP.

Also, es heißt da, es ist ein Deckmantel. Sie tun so, als wenn Sie etwas für das Überseequartier machen wollen.

(Zuruf von Michael Kruse FDP)

– Bitte?

(Michael Kruse FDP: Da ist nichts verdeckt!)

– Da ist sehr viel verdeckt. Aufgrund Ihrer Überschrift "Hamburger Innenstadt stärken und Überseequartier anbinden" würde jeder sofort darauf kommen, dass Sie Sonntagsöffnungen in Hamburg vermehren wollen. Das entspricht bestimmt Ihrer Logik.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben aber auch – ich merke, Sie werden etwas erregt, weil Sie ertappt werden –, in Ihrem Antrag stehen, dass Sie die Verfahren zur Sondernutzung im öffentlichen Raum vereinfachen wollen. Was heißt das denn? Wollen Sie noch mehr Werbetafeln stehen haben? Wollen Sie da noch mehr blaue Striche ziehen, was auch immer? Sie packen da sehr viel mit hinein und deswegen freue ich mich darauf, wenn wir es im Ausschuss diskutieren. Einen positiven Punkt kann ich finden: Herr Meyer, Sie haben es geschafft zu erwähnen, dass unter Nummer 1 c dann doch etwas fehlt: Sie wollen nicht nur mit Händlern, Kammern, Verbänden und BIDs reden, Sie wollen auch die Bewohnerinnen und Bewohner einbinden. Dann schreiben Sie das auch in Ihren Antrag hinein.

(Michael Kruse FDP: Das kommt Ihnen also nicht bekannt vor?)

– Schreiben Sie es hinein. Das steht hier nicht. Ansonsten haben wir einen Ausschuss und ich halte mich lieber kurz. Ich freue mich nicht richtig auf

(Heike Sudmann)

den Ausschuss, aber wir werden das schon hinbekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Sudmann. - Das Wort hat Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In dem vorliegenden FDP-Antrag wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass bei entsprechender Anpassung zwischen dem Überseequartier und der Innenstadt eine Integration des zukünftigen, mit Abstand größten Einkaufszentrum Hamburgs in die Innenstadt gelingen kann. Die Hoffnung zu hegen ist löblich, allein mir fehlt der Glaube.

Zwischen der gewachsenen Innenstadt und dem Einkaufszentrum Überseequartier wird eine Konkurrenzsituation entstehen. Sie entsteht schon jetzt; sie ist schon da und es gibt kein ergänzendes friedfertiges Miteinander. Zwei unabhängig voneinander operierende Zentren buhlen jedes für sich um die Gunst der Käufer und deren Einkaufskraft. Unterm Strich wird die Innenstadt durch das Überseequartier, geschätzt, ein Volumen von 120 Millionen Euro verlieren. Wir werden erleben, wie darunter vor allem einige Geschäfte in B- und C-Lagen der alten Innenstadt zu leiden haben. Das eine oder andere Geschäft wird das vielleicht nicht überleben. Man mag sagen, das gehöre zum Lauf der Dinge in der Wirtschaft dazu. Ja, es ist tatsächlich so, es ist ein Kommen und Gehen; aber hier steckt ein Antrieb dahinter und die rund 1,5 Kilometer lange Fußstrecke zwischen diesem Einkaufszentrum wird sich mit Sicherheit die Mehrheit der zum Einkauf entschlossenen Menschen nicht antun. Warum? Weil nur zwei echte geradlinige Verbindungslinien von der Innenstadt in die HafenCity bestehen – die Oberbaumbrücke und die Niederbaumbrücke; beide liegen in Randlage. Diese können Sie für eine Verbindung zur Innenstadt vergessen. Sie führen bestenfalls Touristen in die HafenCity, aber von dort aus nicht in die Innenstadt.

Somit bleiben die Strecken am Sandtorpark, am Sandtorkai, über die Brooksbrücke, Mattentwiete, Holzbrücke, um am Großen Burstah herauszukommen, was nicht gerade das Herz der Innenstadt ist; aber ich lasse es einmal gelten. Der zweite Weg wäre dann über die Osakaallee, über die Brücke bei St. Annen, Brandstwiete, Alter Fischmarkt, um zur Mönckebergstraße zu gelangen.

Die letztgenannte zweite Wegbeschreibung empfindet der einkaufshungrige Shopper als knapp 1,5 Kilometer langes Ödland, da es auf dieser Strecke kaum Einzelhandel gibt. Sie passieren Büro- oder Wohnhäuser, queren die Stirnseite von ansehnlichen alten Büro- und Lagerhäusern der alten Speicherstadt, sie passieren den Bürokomplex

Dovenhof, gegenüber ein Parkhaus mit angrenzendem Bürogebäude, Scientology, mal ein Kiosk, mal ein Friseur. Getoppt an Attraktivität wird diese Art für jemanden auf Einkaufstour nur noch durch die gleich lange Strecke, die ich zuerst genant habe, entlang der erstgenannten Route. Laufen Sie diese einfach einmal ab; dann sehen Sie genau, was ich meine. Es hilft, statt theoretisch hier jetzt Reden zu halten oder Entwicklungskonzepte zu schreiben.

Als Verbindung fehlt eine Aneinanderreihung verschiedener Geschäfte oder Einkaufszentren à la Europa Passage oder HanseViertel, die zum Einkaufsbummel einladen und in dessen Zuge man die Strecke bewältigen könnte. So etwas ist auf ewig lange Sicht nicht zu realisieren und auch nicht zu erwarten.

Das Einkaufszentrum im Alstertal, bisher Hamburgs größtes Einkaufsquartier, hat eine Nettoverkaufsfläche von rund 50 000 Quadratmetern. Bei dem Überseequartier ist eine Bruttogeschosfläche von gut 80 000 Quadratmetern avisiert und ergibt umgerechnet eine Nettoverkaufsfläche von circa 68 000 Quadratmetern ohne Gastronomie und Entertainment-Flächen. Hinzu kommen die bereits 8 000 Quadratmeter, die schon im Umfeld in direkter Nachbarschaft erschlossen sind; in Summe also 76 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche. Dabei entstehen besagte 68 000 Quadratmeter des Überseequartiers auf einen Schlag. Sie wachsen nicht organisch, sie sind heute auf morgen da, anders als im Poppenbüttler Einkaufszentrum, wo die Fläche über drei Erweiterungsstufen in den letzten drei Jahrzehnten ausgebaut wurde.

Bei dieser Größe ist meiner Ansicht nach schwer möglich, etwas Individuelles, etwas vom Warenangebot her Einzigartiges zu schaffen, etwas, was auf die HafenCity und auf das Maritime abgestimmt werden kann. Das, was ursprünglich vermieden werden sollte, nämlich die Wiederholung bekannter Warensortimente, wird durch diese Größe Makulatur. Wir würden dort in dem neuen Einkaufszentrum Überseequartier Angebote in großer Zahl finden, wie wir sie schon zu Dutzenden in vielen Teilen dieser Stadt ohnehin schon bekommen. Das Kind ist unserer Meinung wieder einmal in den Brunnen gefallen – nicht versehentlich, sondern unter tatkräftiger Unterstützung der politisch Verantwortlichen, die in ihrer gewohnt wachweichen Art den Bedingungen großer Investoren nachgegeben haben und wieder zum Umfaller geworden sind. Von der ursprünglichen Sortimentsvorgabe, mit welcher Besonderes in besonderem Format angeboten werden sollte, der ursprünglichen Größe der Verkaufsfläche in Einkaufsstraßen ohne Überdachung ist nichts übrig geblieben. Deswegen ist auch noch nichts erledigt, Herr Kienscherf. Denn als Sie an Ihrem Entwicklungskonzept gearbeitet haben, war noch nicht klar, dass dort jetzt Hamburgs größtes Einkaufszentrum entstehen

(Detlef Ehlebracht)

wird und all Ihre ursprünglichen Planungseckpunkte über Bord geworfen werden. Deshalb ist es völlig legitim zu fordern, dass dieses Entwicklungskonzept dementsprechend anzupassen ist.

Etwas Besonderes, angepasst an die HafenCity und das Maritime, sollte an dieser exponierten Stelle entstehen. Stattdessen wird wieder eine Chance verpasst. Es entsteht wieder ein Einkaufszentrum, wie wir sie schon zu Dutzenden kennen, mit der Besonderheit, dass dort Schiffe anlegen können. Wieder eine Chance verpasst, Beliebigkeit statt Besonderheit.

Man muss jetzt sehen, wie man aus dem Gegebenen das Beste macht. Aber es kann nur ein Versuch bleiben, den Kardinalfehler zu kaschieren, einen Kardinalfehler, der aus dem Antrieb heraus begangen wurde, einem Kunstgebilde Leben einzuhauchen, indem man dort das größte Einkaufszentrum Hamburgs errichtet. Dieses Überseequartier ist jetzt der Versuch, neben der Ecke, um die Elbphilharmonie herum, einen weiteren Publikums-magneten zu errichten und auf einer Linie zwischen den Punkten Elbphilharmonie und Überseequartier eine pulsierende Lebensader des Lebens zu schaffen, damit die HafenCity endlich zum Leben erwacht. Es wird bei diesem Versuch bleiben. Von einer Lebensader in Richtung Innenstadt ganz zu schweigen.

Von dieser Ausgangssituation ausgehend schmälert es in keiner Weise nicht die Absichten des vorliegenden Antrags der FDP. Auch wenn wir den Punkt 3 Ihres Petitums nicht so einschätzen, dass bei der bestehenden Konkurrenzsituation ein gemeinsames Quartiersmanagement wirklich sinnvolle Ergebnisse aufgrund dieser Konkurrenzsituation erzielen würde und wir zum anderen die Flexibilisierung der Sonntagsöffnungszeiten auch bei uns sehr kontrovers diskutieren, unterstützen wir Ihren Antrag und lehnen den Zusatzantrag der CDU ab. Um es kurz zu machen: Es steht nicht viel drin und der Antrag ist mehr vom Typ Schaufensterantrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Das Wort hat Frau Senatorin Stapelfeldt.

Senatorin Dorothee Stapelfeldt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre sehr gut, wenn wir nach der Befassung heute und dann der Befassung im Stadtentwicklungsausschuss zu einem breiteren Konsens über die Bedeutung und die Entwicklung der Innenstadt kommen würden.

Wir haben bereits 2014 das Innenstadtkonzept vorgelegt. Wir haben 2010 einen ersten Entwurf gehabt und – das hat Herr Kienscherf eben schon

dargestellt – dann bis zur Beschlussfassung im Senat und der Debatte in der Bürgerschaft einen sehr breiten Beteiligungsprozess gehabt. Sieben thematische Handlungsfelder sind behandelt worden. Dieses Innenstadtkonzept enthält die wesentlichen strategischen Leitlinien, die sich durch die heutige Entwicklung des südlichen Überseequartiers nicht grundsätzlich verändert haben. Welche Fragen stehen dabei im Fokus? Natürlich dem Thema Wohnen ein stärkeres Gewicht zu geben, natürlich den Einzelhandel zu stärken und auch selbstverständlich das Zentrum als geistigen und kulturellen Mittelpunkt unserer Stadt zu entwickeln.

Also noch einmal: Ich glaube, dass alle wesentlichen strategischen Entwicklungsthemen dort aufgeführt sind und es insoweit keine Veränderungen beziehungsweise keine Neuentwicklung geben muss. Aber zusätzlich zu diesem Innenstadtkonzept von 2014 und darauf aufbauend habe ich einen Arbeitskreis Innenstadt für diese Fragen eingerichtet. In diesem Rahmen können in einem gemeinsamen Austausch zwischen dem Trägerverbund Innenstadt, den Vertretern der Business Improvement Districts, den Fachbehörden – das sind die Stadtentwicklungsbehörde, die Wirtschaftsbehörde, die Kulturbehörde und das Bezirksamt Hamburg-Mitte – die Potenziale und die Defizite einzelner Teilräume benannt und Lösungsstrategien entwickelt werden. Ich kann Ihnen versichern, dass die Arbeit in diesem Arbeitskreis, der im Januar 2016 seine Arbeit begonnen hat, sehr konstruktiv verläuft.

(Beifall bei der SPD)

Was ist in den letzten Jahren bewegt worden? Nur wenige Punkte: Die Mönckebergstraße, die Bergstraße, der Zugang zu den Colonnaden sowie der Jungfernstieg sind beispielsweise mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln hochwertig umgestaltet worden. Die Verkehrsflächen der Domplatzachse, welche selbstverständlich für die Verbindung der Kerncity zur HafenCity enorm bedeutend ist, wurden vor wenigen Jahren umfangreich umgebaut. Die Stadt unterstützt die zahlreichen Business Improvement Districts, die in den letzten Jahren zur weitreichenden Qualifizierung der öffentlichen Räume vor allem in der Innenstadt beigetragen haben – Sie kennen sie alle: Adolphsplatz, Gänsemarkt, die Großen Bleichen oder den Heuberg –, und die Stadt wird das auch weiterhin tun. Zum Georgsplatz steht eine verkehrsplanerische Untersuchung als Basis für weitere Gestaltungsvorstellungen kurz vor dem Abschluss.

Ein letzter Punkt in diesem Zusammenhang: Mit der Ernennung des Kontorhausviertels zum Weltkulturerbe wird auch eine Aufwertung der öffentlichen Räume stärker in den Blick rücken. Deshalb wird gegenwärtig ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Mit dem Kontorhausviertel,

(Beifall Dr. Andreas Dressel SPD)

(Senatorin Dorothee Stapelfeldt)

mit der städtebaulichen Neugestaltung des Klosterwalls werden wir uns natürlich auch dem Burchardplatz zuwenden, dessen Aufenthaltsqualität und gestalterische Qualitäten erheblich gehoben werden können, damit diese besser zum Vorschein kommen. Herr Duge hat bereits darauf hingewiesen, dass wir uns den Verbindungsachsen zwischen der Innenstadt und der Hafencity und damit auch dem Überseequartier deutlich zuwenden werden. Das ist auch ein strategisches Thema des Innenstadtkonzeptes.

Wenn wir über die Entwicklung der Innenstadt sprechen, möchte ich den Blick auch etwas weiter in die Zukunft richten und einen weiteren Aspekt nennen, der das Bild und die Attraktivität der Innenstadt für die nächsten Jahrzehnte zentral beeinflussen und auch verbessern kann. Das ist eine mögliche Umgestaltung des Hauptbahnhofs. Auch wenn dabei vornehmlich verkehrliche Aspekte im Vordergrund stehen, ist das ein zentrales Thema für die Innenstadt. Es gibt Planungen zur Öffnung der Südfassade des Hauptbahnhofs, und in diesem Zusammenhang werden gegenwärtig umfangreiche verkehrstechnische Untersuchungen für das südliche Umfeld des Hauptbahnhofs durchgeführt, allerdings mit dem Ziel, den gesamten Hauptbahnhof aufzuwerten. Das ist eine gute Botschaft für die Innenstadt, denn natürlich wird so der Eingangsbereich für die Innenstadt völlig neu bewertet und auch attraktiver gemacht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich auf die Debatte im Stadtentwicklungsausschuss. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Senatorin. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zu den Abstimmungen.

Wer möchte zunächst den FDP-Antrag aus der Drucksache 21/6147 an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 21/6302 ebenfalls an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zu der Abstimmung in der Sache und beginnen mit dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/6302. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/6325 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise. Wir sehen uns morgen um 15 Uhr wieder.

Ende: 21.01 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Hendrikje Blandow-Schlegel, Jennyfer Dutschke, Nebahat Güçlü, Antje Möller, Dirk Nockemann, Brigitta Schulz, Dr. Joachim Seeler, Richard Seelmaecker, Ulrike Sparr und Dr. Jens Wolf